Ernst Aust: Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus“ S.13 1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 2 vom 15. Januar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Arbeitslosenquote auf 7,3 Prozent gestiegen

Über zwei Millionen ohne Arbeit!

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit meldete in der vergangenen Woche mit mehr als 1,7 Millionen registrierten Arbeitslosen den höchsten Dezember-Stand seit 28 Jahren. Nimmt man jedoch die Dunkelziffer der nicht-registrierten Erwerbslosen hinzu, so ergibt sich eine reale Arbeitslosigkeit von mindestens 2,5 Millionen. Trotz dieser alarmierenden Zahlen werden seitens der Verantwortlichen keinerlei Gegenmaßnahmen ergriffen. Stattdessen wird die Arbeitsplatzvernichtung skrupellos weiter vorangetrieben.

Allein im vergangenen Dezember ist die Zahl der registrierten Erwerbslosen um 213886 gestiegen. Gegenüber dem Jahresende 1980 hat sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen Ende Dezember '81 um nahezu 600000 oder mehr als 52 Prozent erhöht. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in der gleichen Zeitspanne von 4,8 auf 7,3 Prozent. Gegenüber der Jahreswende 1980/81 halbierte sich zugleich die Zahl der offenen Stellen von 226000 auf 118000. Das ist der niedrigste Stand seit 30 Jahren!

Eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht. Im Gegenteil! Für den Verlauf des Winters wird mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen gerechnet. Und was den kommenden Sommer betrifft, so rechnen die Wirtschaftsforscher mit keiner wesentlichen Änderung. Die Bundesanstalt für Arbeit geht in ihrem Haushaltsansatz für 1982 von einem Durchschnittsstand von mindestens 1,6 Millionen registrierten Arbeitslosen aus.

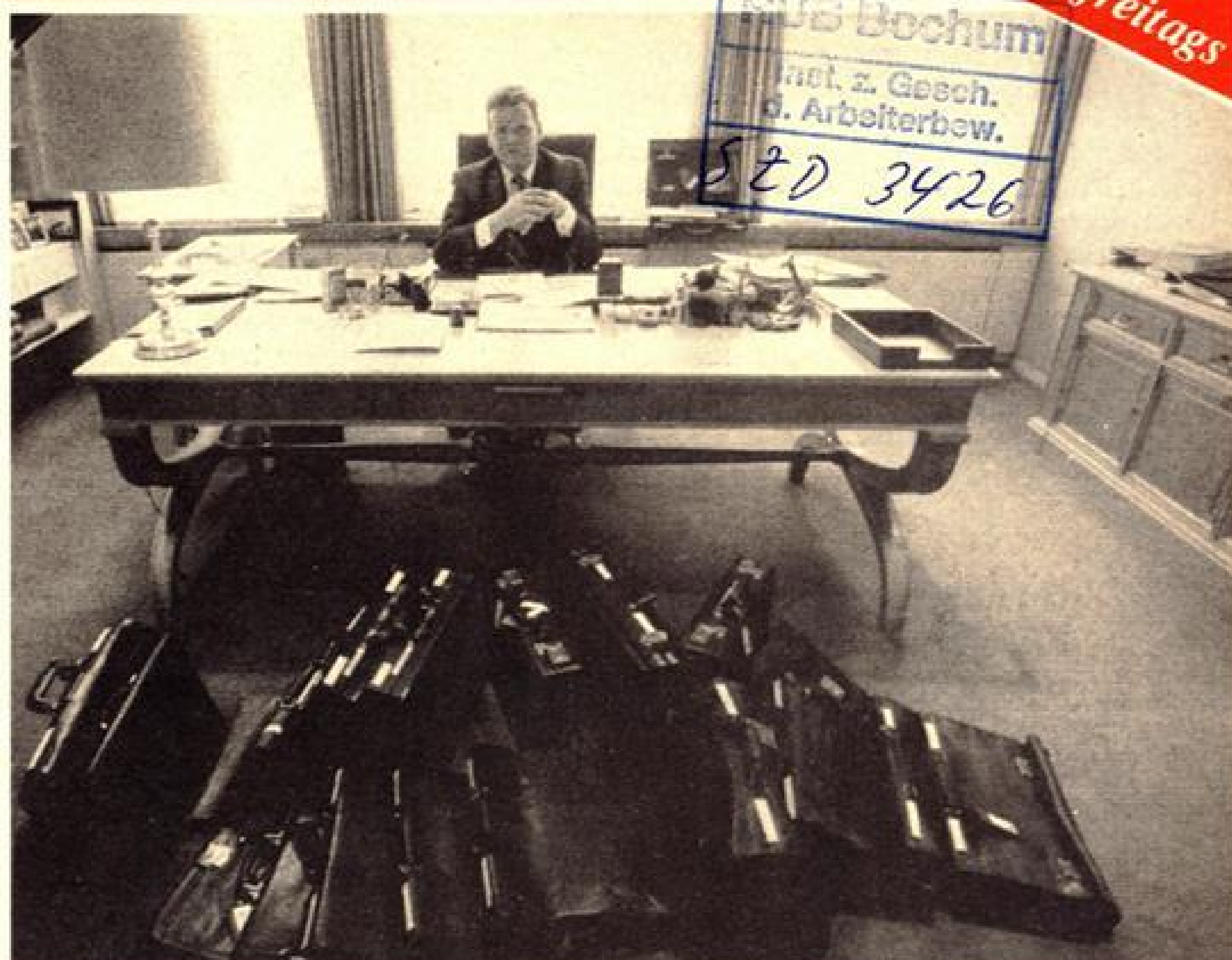
Diejenigen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, geben sich in der Öffentlichkeit „betroffen“ und „besorgt“. Aber ihre Taten sprechen eine andere Sprache. Da werden in den Betrieben ohne die geringste Einschränkung weiterhin Arbeitsplätze vernichtet, werden skrupellos Rationalisierung- und Entlassungsfeldzüge vorangetrieben. Da werden weiterhin die sozialen Dienstleistungen des Staates zusammengestrichen, wird der Stellenabbau im öffentlichen Dienst per Rotstift hemmungslos verschärft.

Und der DGB? Die Gewerkschaftsführer beschränken sich auf verbale Proteste. Kampfmaßnahmen und Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rotstiftpolitik aber werden nicht organisiert. Sie werden von den rechten DGB-Führern im Gegenteil mit allen Mitteln blockiert und abgewiegelt.

Zwar reden die Vetter und Loderer ständig von einem Beschäftigungsprogramm. Jedoch dient das nur dazu, eine in Wahrheit gar nicht vorhandene Strategie des DGB zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorzutäuschen.

Solange die Gewerkschaftsbonzen immer wieder aus sogenannten Rentabilitätsgründen der Vernichtung von Arbeitsplätzen und sogar Stillegungen und Massenentlassungen ihre Zustimmung geben, solange sie sich weigern, den Widerstand der Belegschaften dagegen zu organisieren, sind auch ihre „beschäftigungspolitischen Initiativen“ nur als Beschwichtigungsmanöver zu verstehen.

Notwendig ist der konsequente gewerkschaftliche Kampf gegen jede Stillegung, gegen jede Arbeitsplatzvernichtung. Notwendig ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Notwendig ist ein kompromißloser Widerstand gegen die staatliche Rotstiftpolitik im Sozialbereich. Das sind Grundbedingungen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit.



SUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 3426

Alle Bonner Parteien geschmiert hat der Flick-Konzern (unser Bild zeigt den Generalbevollmächtigten Brauchitsch). Im Zusammenhang mit der Bonner Spendenaffäre wurden Büros des Konzerns durchsucht. Wie jetzt bekannt wurde, ergaben sich dabei nicht nur Hinweise auf illegale Spenden an die Bundestagsparteien (also auf Steuerhinterziehung), sondern auch auf die „Bestechung von Amtsträgern“. Und alles deutet darauf hin, daß es sich bei diesen Amtsträgern um Bonner Minister handelte (siehe auch Seite 12).

CSU-Jahrestagung in Kreuth

Zimmermann droht mit verschärftem Kurs

Auch ohne den Chef, den erkrankten Franz Josef Strauß, ergab die alljährliche Tagung der Bundestagsfraktion der CSU im Wildbad Kreuth das Bild einer fest geschlossenen, extrem reaktionären Gruppierung. Neben dem üblichen Rummel, den vorhersehbaren Zusammenbruch der Regierung anzukündigen, gab es aber auch handfeste Aussagen zum künftigen CSU-Kurs, was Fraktionschef Zimmermann mit den Worten zusammenfaßte, man werde einen härteren Kurs steuern.

„Härter, kantiger, kämpferischer“ solle der Stil der CSU-Politik werden, so beschlossen Straußens Abgeordnete in Kreuth. Man wolle keine Variante der Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien sein, sondern eine für alle Bürger erkennbare Alternative.

Was das genau heißt, wurde ebenfalls unterstrichen: Bei den Spekulationen über einen vorzeitigen Sturz der Regierung Schmidt wurde vor allem hervorgehoben, es werde dann eine Krise geben, wenn die SPD ein Beschäftigungsprogramm durchsetzen wolle, das die FDP nicht hinnehmen werde. Da rechnet man offensichtlich auf Gemeinsamkeiten mit der FDP und mit einer Basis für einen Koalitionswechsel.

Was dies heißen soll, ist klar: noch härter will man gegen „Halbheiten“ in der Politik des Sozialabbaus vorgehen, wie sie heute von der Regierung betrieben wird und für die CSU und die direkt mit ihr verbundenen reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals noch nicht weitgehend genug ist.

Diese Woche

Polen und Türken
leiden unter faschistischen Militärdiktaturen. Zum Verhältnis dieser Tatsachen und wie damit taktiert wird der Kommentar auf Seite 2.

Massenarbeitslosigkeit
ist heute eine reale Erscheinung. Über Hintergründe und Zustandekommen der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen ein ausführlicher Artikel auf Seite 4.

Das wird ein guter Kongreß
Ein Artikel über die Vorbereitung des zweiten Bundeskongresses der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg auf Seite 7.

Ostfriesland —
über die gar nicht witzige Lage einer Gegend, die auf dem Weg zum westdeutschen Armenhaus ist, eine Volkskorrespondenz auf Seite 8.

KBW schafft Imperialismus ab
Eine Polemik gegen die „neue“ Imperialismusanalyse des KBW beginnt in dieser Ausgabe auf Seite 9.

Spendenaffäre
Über den neuesten Dreh sich reinzuwaschen und die ausweglose Lage eines Ministers auf Seite 12.

Vergebliche Beschönigungsversuche

Polnisches Kriegsrecht immer schärfer gegen Gewerkschaft

WARSCHAU. — In der letzten Woche unternahm die Militärjunta Jaruzelskis verschiedene Maßnahmen, um den Eindruck zu erwecken, das Kriegsrecht in Polen werde gelockert, die Situation normalisiere sich weiterhin und alle Polen seien zufrieden. Besonders wurde dazu das Gespräch der Junta mit dem Erzbischof Glemp ausgeschlachtet.

Hinter diesem Rauchvorhang wird aber immer deutlicher, daß das wichtigste Ziel der Verhängung des Kriegsrechts es war und bleibt die Gewerkschaftsbewegung der polnischen Arbeiterklasse zu zerschlagen und die angetasteten Machtpositionen und Privilegien der neuen Kapitalistenklasse zu sanieren.

Immer deutlicher wird nun, daß entgegen aller zunächst geäußerten Beteuerungen, es gäbe kein Zurück hinter den August des Jahres 1980 nun genau dieser Kurs gesteuert wird.

Die massive Hetzkampagne der sozialfaschistischen Militärbehörden der letzten Tage, die den zahlreichen inhaftierten Solidarność-Funktionären die Vorbereitung immer neuer angeblicher Verbrechen andichten, weist darauf hin, daß jetzt radikal Schluß gemacht werden soll. Diese Propaganda in ihrer Gesamtheit stellt die Solidarność, ganz wie es die revisionistischen Pressorgane von Moskau bis Ostberlin bereits seit langem taten, als eine verbrecherische, umstürzlerische Verschwörerorganisation dar —, daß man dieser erlauben wird, weiter zu arbeiten, das mag wohl niemand glauben.

Weitere Massenentlassungen angekündigt

Pleitewelle der Bauindustrie ohne Ende

1981 war das Jahr, in dem seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die meisten Baubetriebe in Konkurs gingen. Aber alles deutet darauf hin, daß dieser traurige Rekord nur ein Jahr lang bestehen wird. Denn bereits jetzt werden überall in der Baubranche neue Massenentlassungen angekündigt.

Im letzten Jahr hatte es über 1500 Firmenzusammenbrüche in der Bauwirtschaft gegeben, gegenüber 1220 im bisherigen „Rekordjahr“ 1975. Der Präsident der Bauindustrie Herion meinte nun auf einer Tagung, dies sei noch nicht der Höhepunkt der Pleitewelle, da erst im nächsten Jahr damit zu rechnen sei, daß der Rückgang des privaten Auftragseingangs voll durchschlagen werde.

Dadurch würden mindestens 150000 Bauarbeiter dieses Jahr ihren Arbeitsplatz „verlieren“. Der Auftragsbestand entspricht diesen Erwartungen — er ist im gesamten Baugewerbe auf nur noch 2,2 Monate gesunken, beim Straßenbau sogar auf nur noch 1,7 Monate.

Die Großbanken begegnen dem mit einer weiteren Konzentrationswelle innerhalb der Branchenriesen, die in dieser Form in der letzten Krise der Jahre 1974 und 1975 geschaffen worden waren. Die Übernahme von 20 Prozent der Holzmannaktien durch die Hochtief vor wenigen Tagen ist dafür ein deutliches Zeichen. Für die Bauarbeiter bedeutet dies, daß nicht nur diejenigen, die in Klein- oder Mittelbetrieben arbeiten, gefährdet sind, sondern auch die Belegschaften der großen Baukonzerne.



Bauarbeiter — sie stellen schon jetzt einen großen Anteil der Arbeitslosen, und neue Massenentlassungen für 150000 Kollegen werden angekündigt.

Kommentar der Woche

Es ist schon auffallend: aus den Schlagzeigen der westdeutschen Presse ist ein ganzes Land verschwunden, das gerade begonnen hatte, dort seinen Stammplatz zu finden. Die Türkei.

Kein Wort mehr über die Folterkamarilla des Generals Evren, über den Terror, der dort Alltag ist, über die Massenprozesse gegen Gewerkschafter. Und kein Wort mehr über den „Prozeß" gegen Türkes, der ja der Beweis für die sogenannte Neutralität der türkischen faschistischen Militärjunta sein sollte. Nur noch über den Sozialfaschisten Jaruzelski. Über dessen Massenprozesse gegen Gewerkschafter, über den Widerstand der polnischen Arbeiter, so weit er ins kapitalistische Bild paßt. Und über den Grad der Verantwortlichkeit Breschnews.

Wegen Polen die Türkei vergessen?

Auf der anderen Seite dieses Spektrums die Presse der DKP oder der von ihr beeinflußten Organisationen. Dort weiß man über Polen nur „Normalisierendes" zu berichten und bringt stattdessen plötzlich viel mehr über die Türkei, die man vor einiger Zeit für nicht faschistisch regiert erklärte.

So stehen beide Seiten, jeder der Blöcke und seine politischen Vertreter da und greifen den Faschisten des anderen an. Und da ist es nach Lage der Dinge in der Bundesrepublik ziemlich klar, daß man kaum etwas über die Türkei liest. Gerade zu einem Zeitpunkt, da die Unterstützung für die Junta Kenan Evrens immer weniger populär wurde, da kam auf der anderen Seite die Junta Jaruzelskis gerade recht.

Der Standpunkt der Kommunisten, der Standpunkt der Arbeiter muß ein anderer sein. Dort, wo man im Blut der Arbeiter watet, dort, wo man die Gewerkschaft verbietet, verfolgt und vernichten will, dort regiert der Arbeiterfeind. Egal, wie er sich selbst nennen mag. Und da kann man weder den einen gegen den anderen aufrechnen, noch kann man den einen über den anderen vergessen. Und natürlich dürfen wir als Kommunisten, natürlich dürfen die westdeutschen Arbeiter auch gerade den nicht vergessen, den die eigenen Kapitalisten gerne aus der Schußlinie gezogen hätten.

Natürlich ist es eine widerliche Heuchelei, wenn Strauß gegen die polnische Militärdiktatur „demonstriert", er, der ein Duzfreund des türkischen Faschistenbosses Türkes ist. Natürlich ist es eine Heuchelei, wenn dieselben Leute, die die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu immer neuen „Sonderopfern" treiben oder zwingen wollen, sich jetzt für Gewerkschaftsfreiheit — in Polen versteht sich — einsetzen. Diese Vorgehensweise versucht ja auch die DKP auszunutzen um fortschrittliche Menschen, die sich davor scheuen, in einer Reihe mit der Reaktion zu marschieren, gegen die sie sonst immer kämpfen, davon abzuhalten, sich an Demonstrationen gegen Jaruzelski zu beteiligen.

Deshalb liegt es auf der Hand, hier die Trennungslinie zu ziehen, wo nur gegen denjenigen demonstriert wird, der einem gerade nicht paßt, während über den Rest nicht nur geschwiegen wird, sondern dieser „Rest" selbst mitfinanziert wird.

Deshalb liegt es auch auf der Hand, bei solchen Aktionen die entsprechenden Parallelen — nicht zu ziehen, denn es gibt sie ja schon — sondern aufzuzeigen. Was heißt, daß man dabei gegen beide Seiten Stellung bezieht und so die Trennungslinie bereits gezogen hat.

Denn wie unsere Partei gegen den Imperialismus jeder Prägung kämpft, so tut sie es auch gegen den Faschismus aller Spielarten. Egal ob er sich als nationaler Retter, Militärausschuß oder technokratisches Leitungsgremium darstellen mag. Egal ob er sich hinter Phrasen von parlamentarischer Demokratie oder gar hinter dem Scheinbild eines nicht bestehenden Sozialismus verstecken mag.

Die antifaschistisch eingestellten Menschen, die demokratisch gesinnten, die ehrlichen werden diesen Standpunkt verstehen und teilen, denn es ist ja oft auch bereits ihr Standpunkt. Nicht teilen werden ihn jene, die mit der Kritik an einer Seite eigenes vergessen machen wollen, die ihre eigenen parteiischen Interessen haben, die sie gegen die arbeitende Bevölkerung in unserem Land stellen.

Weg mit der faschistischen Junta in der Türkei!
Weg mit der sozialfaschistischen Junta in Polen!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nach dem Treffen zwischen Schmidt und Reagan

Anhaltender Streit über Sanktionen gegen Polen

BONN. — Als wichtigstes Ergebnis der Gespräche zwischen Schmidt und Reagan, bei denen die Haltung der beiden imperialistischen Mächte in der Polen-Frage im Mittelpunkt stand, nannte der SPD-Politiker Wischnewski am Wochenende die „Herstellung einer klaren westlichen Linie". Das ist in Wahrheit eine reichlich plumpe Verdrehung der Tatsachen.

Schon unmittelbar nach der Errichtung der Militärdiktatur in Warschau hatte sich gezeigt, daß in Bonn und Washington unterschiedlich darauf reagiert wurde. Während die Reagan-Leute sofort die „Bestrafung" Moskaus als des eigentlichen Verantwortlichen für die Errichtung des Militärregimes ankündigten, zog sich die Bundesregierung auf eine Position zurück, von der aus die Entwicklung in Polen im wesentlichen als „innere Angelegenheit" des Landes betrachtet wurde.

Diese unterschiedlichen Handlungen spiegelten sich auch innerhalb der EG wider. Bei der Außenministertagung am Montag letzter Woche — unmittelbar vor dem Treffen Reagan/Schmidt — gelang es Bonn jedoch, seine Positionen im wesentlichen durchzusetzen. Es wurde zwar eine Reihe von Forderungen an das polnische Militärregime erhoben, jedoch ausdrücklich darauf verzichtet, Sanktionen gegen Polen zu verhängen. Andererseits sollen aber auch Boykottmaßnahmen Washingtons nicht unterlaufen werden. Der belgische Außenminister Tindemanns, der gegenwärtig Vorsitzende des Ministerrats, wurde damit beauftragt, in Warschau und Moskau die Lage zu sondieren und dort die Forderungen der EG vorzutragen. Insgesamt wurde deutlich, daß die imperialistischen Mächte Westeuropas in der Polen-Frage zunächst einmal Zeit gewinnen wollen; immerhin aber konnte sich die amerikanische Supermacht mit ihrem Verlangen nach einer umfassenden westlichen Boykottkampagne gegen Moskau und Warschau nicht durchsetzen.

Das stärkte natürlich Schmidt bei seinen Verhandlungen mit Reagan den Rücken. Die angeblich dort hergestellte „klare Linie" sieht so aus, daß der Bonner Kanzler zwar ein Zugeständnis machte, indem er nunmehr auch die Mitverantwortung Moskaus für die Errichtung der Militärdiktatur herausstrich. Aber eine solche Erklärung kostet ja nicht viel, und in der Sache selbst blieb Schmidt hart: Boykottmaßnahmen lehnt die Bundesregierung nach wie vor ab. Alles Gerede von der westlichen Einheit in der Polen-Frage kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier tatsächlich vor allem zwischen Bonn und Washington nach wie vor erhebliche Widersprüche gibt.

Dabei hat sich die CDU/CSU wie gehabt uneingeschränkt hinter die Reagan-Linie gestellt und die kompromißlose Unterstützung der amerikanischen Boykottpolitik gefordert. Zum lautesten Schreier aus diesem Lager machte sich natürlich Strauß, der Schmidt vorwarf, er habe den amerikanischen Präsidenten vor den Kopf gestoßen. Die Bundesregierung, so Strauß, finde „mehr und mehr Verachtung bei den Freunden und Vorkämpfern der Freiheit in der Welt", weil sie „vor den politischen Erpressungen der kommunistischen Machtpolitik feige am Boden" krieche.

Hier wird zwar kräftig moralisch auf die Pauke gehauen, in Wahrheit geht es bei dem Streit um Polen jedoch um unterschiedliche imperialistische Interessen. Was erwartet denn beispielsweise die Bundesregierung von der Entwicklung in Polen? Wischnewski wies kürzlich in einem Interview voller Befriedigung darauf hin, daß man sich in dieser Sache mit dem Vatikan einig sei. Nun ist dessen Politik ja inzwischen schon deutlich geworden. Sie zielt darauf ab, die Position der Kirche in Polen weiter zu stärken — und zwar auf Kosten der in den Untergrund gedrängten „Solidarität" — und ihre Rolle als „legale Opposition" auszubauen. (Siehe auch Seite 11 in diesem RM).

Es liegt auf der Hand, daß Bonn ebenfalls ein Interesse an der Ausschaltung einer wirklich kämpferischen Arbeiterbewegung hat. Schließlich hat man erhebliche Investitionen in Polen getätigt, und damit die ihre Früchte für das westdeutsche Finanzkapital tragen, müssen eben „stabilere Verhältnisse" herrschen. Wichtig für Bonn ist nur, daß der sogenannte Reformkurs in Polen forgeführt, daß also die Möglichkeit der weiteren ökonomischen Durchdringung dieses Landes offengehalten wird.

Aber es geht bei dem jetzigen Streit zwischen den westlichen Imperialisten ja nicht nur um Polen, sondern ganz allgemein um die Haltung gegenüber dem Sowjetischen Block — was sich unter anderem schon dadurch zeigt, daß eine der zentralen Forderungen Washingtons an Bonn nach wie vor die Aufkündigung des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der Sowjetunion ist. Damit aber ist die westdeutsche „Ostpolitik" insgesamt in Frage gestellt, deren Kern eben in der langfristigen „friedlichen" wirtschaftlichen Infiltration des sowjetischen Machtbereichs besteht. Diese Politik entspringt nicht nur einem unmittelbaren materiellen Interesse eines Teils der westdeutschen Monopolbourgeoisie (das ohnehin schon milliardenschwere Erdgas-Röhren-Geschäft beispielsweise soll ja nur der Auftakt für eine Beteiligung an der Ausbeutung der riesigen Reichtümer Sibiriens sein). Man verspricht sich von dieser Politik auch eine schrittweise Auflösung der Machtstrukturen im Herrschaftsbereich des sowjetischen Sozialimperialismus.

Die amerikanische Supermacht, deren wirtschaftliche Interessen in Osteuropa eh nicht so stark ins Gewicht fallen, setzt dagegen spätestens seit dem Machtantritt der Reagan-Leute auf die allseitige Konfrontation gegenüber der östlichen Rivalin. Dazu gehören die „Bestrafungs"-Aktionen aller Art — vom Wirtschaftsboykott über den massiven politischen Druck bis zur Androhung von militärischen Maßnahmen. Wenn die amerikanischen Imperialisten heute die Beendigung der „Ostpolitik" fordern, so dient das nicht nur dazu, jeden Ansatz für eigenständige Beziehungen zwischen den europäischen Imperialisten und dem sowjetischen Machtbereich zu zerstören und damit nicht zuletzt natürlich auch die amerikanische Kontrolle über Westeuropa zu verstärken. Es dient auch dazu, in Europa die Fronten zu begradigen und die „Bündnispartner" auf die Linie der Konfrontation zu zwingen. In diesem Zusammenhang muß man die von Reagan geforderten und von Schmidt bislang abgelehnten Boykottmaßnahmen sehen. Sie sind alles andere als eine Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter — sie sind ein Ausdruck der imperialistischen Machtpolitik Washingtons.

Und mit dem Abschluß der Beratungen zwischen Reagan und Schmidt sind die Widersprüche in der Boykottfrage natürlich nicht aus der Welt geschafft. Schon auf der Tagung der NATO-Außenminister in dieser Woche werden die Reagan-Leute ihre Forderungen erneut präsentieren.



Schmidt mit Reagan vor dem Weißen Haus.

Mordet die VSBD bald auch in Berlin?

Waffen und Hetzschriften gefunden
Immer noch kein Verbot

WESTBERLIN. — Die militante neofaschistische Vereinigung Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD), im wahrsten Sinne des Wortes eine Mörderbande, dehnt sich weiter über die Bundesländer aus. Am 7. Januar wurden umfangreiche Funde von Waffen und faschistischem Propagandamaterial aus Westberlin gemeldet, wo jugendliche Neonazis einen Landesverband der VSBD aufbauen wollen. Die Behörden weigern sich weiterhin, die VSBD und alle anderen Nazi-Organisationen zu verbieten.

Messer, Schlagwerkzeuge und 26 Sprengkapseln sowie haufenweise Zeitschriften, Schallplatten und anderes altes und neues faschistisches Propagandamaterial fand die Polizei im Zuge von Hausdurchsuchungen, die bei insgesamt zwölf Westberliner Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren am Morgen des 7. Januar durchgeführt wurden.

Bisher ist nicht einmal sicher, ob überhaupt einer der Neonazis, die sich den Aufbau eines Westberliner Landesverbandes der VSBD zum Ziel gesetzt haben, festgenommen wurde. Die Staatsschutzbehörden verweigerten entsprechende Angaben.

Spätestens seit dem Mord an zwei Schweizer Grenzern durch Frank Schubert und der Schießerei in München-Waldperlach ist die Tatsache bekannt, daß die VSBD sich umfangreich und schwer bewaffnet und vor keinem Gewaltverbrechen zurückschreckt. Bekannt ist auch, daß die VSBD das Ziel verfolgt, die militante Rechte zu einigen, und dabei bereits Erfolge aufzuweisen hat. Dennoch ist weiterhin nicht an ein Verbot dieser verbrecherischen Vereinigung gedacht! So ist es auch kein Wunder, wenn die Faschisten trotz gelegentlicher Hausdurchsuchungen oder Festnahmen munter weiterarbeiten.

Daß immer mehr Menschen durch faschistischen Terror sterben, stört den Staat nicht; er bezieht die Nazis, wie der „Rote Morgen" bereits mehrfach konkret belegt hat, in sein politisches Spiel mit ein.

Justizminister Schmude legte kurz vor den Westberliner Funden einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß seit September 1978 19 Menschen von Nazis ermordet wurden. 223 Personen hatten zum Teil schwerste Verletzungen.

Der Kampf für das Verbot und die Zerschlagung aller Nazi-Gruppen und -parteien muß in diesem Jahr einen neuen Aufschwung nehmen!

Heiße Phase der Lohnrunde hat begonnen

Reallohnsicherung heißt volle Durchsetzung der Forderungen!

FRANKFURT. — In dieser Woche beginnen die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie (Informationen lagen uns dazu bis Redaktionsschluß noch nicht vor). Die „heiße Phase" der diesjährigen Lohnrunde ist damit eröffnet. Für die Arbeiter und kleinen Angestellten steht viel auf dem Spiel: Nur wenn wir einen neuerlichen Abbau der Reallöhne verhindern, können wir ein empfindliches Absinken unseres Lebensstandards auffangen.

In Verbindung mit den Sparbeschlüssen der Bundesregierung (deren Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterfamilien heute noch gar nicht voll zu ermessen ist) würde ein neuerlicher Tarifabschluß unterhalb der Reallohnsicherungsgrenze unser Einkommensniveau ruckartig absinken lassen.

Genau darauf aber haben die Kapitalisten und die etablierten Politiker es abgesehen. Mit ihrer unverschämten Hetze gegen die gewerkschaftliche Forderung nach Sicherung des Reallohns haben sie deutlich gemacht, daß sie uns die Butter vom Brot stehlen wollen. Damit die Unternehmerprofite weiterhin steigen können, sollen wir unseren Gürtel enger schnallen.

Um uns ihre Ausbeutungsphilosophie eintrichtern zu können, mißbrauchen sie zynisch die Angst vor einer weiteren Verschärfung von Krise und Arbeitslosigkeit, die Furcht vor zunehmender Existenzunsicherheit. Massiver als je zuvor verbreitet man die verlogene Propaganda, Lohnverzicht diene zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

„Einkommenseinbußen für Arbeitnehmer sind nicht nur vollkommen unakzeptabel, sondern würden auch die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht beheben", erklärte demgegenüber völlig zu Recht HBV-Vorsitzender Günter Volkmar. „Im Gegenteil: Die Kaufkraft der Arbeitnehmer würde weiter zurückgehen und zu einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme führen".

Das gewerkschaftliche Ziel dieser Lohnrunde muß demgemäß ein Tarifabschluß sein, der zumindest ein nochmaliges Sinken unserer Reallöhne, wie wir es bereits in den letzten beiden Jahren hinnehmen mußten, einigermaßen ausschließt. Das bedeutet, daß die **gegenwärtige** (nicht irgendeine für das kommende Jahr geschätzte) Inflationsrate in netto ausgeglichen werden muß!

Bekanntlich liegt die offizielle Preissteigerungsrate gegenwärtig bei etwa 6,5 Prozent. Rechnet man die steigenden Sozialabgaben und die Lohnsteuerprogression hinzu, so wird deutlich, daß bei Abschlüssen, die sich noch unter den Forderungen der IG Metall bewegen (7,5 Prozent mit sozialer Komponente), von einer Reallohnsicherung überhaupt nicht die Rede sein kann!

In einigen kleineren Tarifbereichen verschiedener Branchen hat es inzwischen bereits Lohnabschlüsse gegeben. So hat die ÖTV für die Seehäfen mit nur 4,8 Prozent abgeschlossen und die IG Bergbau und Energie akzeptierte für die Braunschweigischen Kohlebergewerke im Helmstedter Braunkohlerevier einen 4,9-Prozent-Abschluß.

Das ist Verrat am Ziel der Reallohnsicherung! Mit derart niedrigen Abschlüssen wird für 1982 ein noch stärkerer Reallohnabbau vorprogrammiert, als er bereits im letzten Jahr stattgefunden hat!

Die erwähnten Abschlüsse sind ohne Streik zustandegekommen. In der heutigen Situation ist jedoch ganz klar, daß die Kapitalisten uns das Fell über die Ohren ziehen, wenn wir uns nicht mit aller Macht zur Wehr setzen. Und wir hätten auch durchaus die Kraft, Reallohnsicherung durchzusetzen, sofern unsere Gewerkschaften nicht von vornherein die Weichen auf Kapitulation stellen würden. Die gewaltige Lohnbewegung der Metaller im vergangenen Frühjahr hat bewiesen, daß die Kampfbereitschaft und die Durchschlagskraft dazu vorhanden ist. Allerdings ist auch sonnenklar, daß in diesem Jahr ohne massiven Erzwingungsstreik nichts zu bewegen ist.

Letzte Meldung

Videocolor-Belegschaft im unbefristeten Streik!

ULM — Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß die Belegschaft des Farbbildröhrenwerkes Videocolor GmbH, Ulm, am Montag (11.1.82) mit Beginn der Frühschicht in den unbefristeten Streik getreten ist. Die Belegschaft des von Schließung bedrohten Werkes fordert von den Bossen des französischen Mutterkonzerns Thomson-Brandt konkrete Zusagen zur Erhaltung des Werkes mit seinen 1630 Arbeitsplätzen.

Die Thomson-Brandt-Bosse hatten Videocolor 1979 gemeinsam mit dem US-amerikanischen Elektro-Riesen RCA vom AEG-Konzern gekauft. Von vornherein hatten die Käufer die Absicht, das mit modernsten Maschinen ausgestattete Werk zu schließen, um dadurch ihre Monopolstellung auf dem Farbbildröhrenmarkt auszubauen. Obwohl die Marktchancen von Videocolor gut sind, beantragte das Unternehmen am 19. November beim Amtsgericht Ulm die Eröffnung des Vergleichsverfahrens.

Durch Bilanzmanipulationen wurde ein angebliches Minus von 185 Millionen Mark vorgetäuscht. Den riesigen Maschinenpark, dessen Wert allein auf 30 Millionen Mark geschätzt wird, wollen die Konzernherren nach Frankreich und Italien verschieben.

Die Videocolor-Arbeiter haben bereits im letzten Jahr mit einer mehrtägigen Werksbesetzung und anderen Aktionen den Kampf für die Erhaltung von Videocolor aufgenommen. Auch kam es Ende November zu einer großen Protestdemonstration in Ulm gegen die Stillegung des Werkes, an der sich mehr als 6000 Menschen beteiligten. Die IGM-Führung ist jedoch nach den uns bisher vorliegenden Informationen auch in diesem Falle nicht bereit, den konsequenten Kampf der Belegschaft zu unterstützen. IGM-Bezirksleiter Steinkühler ließ in Ulm erkennen, daß eine offizielle Unterstützung des Streiks durch die IGM nicht in Frage komme.

Um so wichtiger ist jetzt die praktische Solidarität aller klassenkämpferischen Gewerkschafter in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin mit der streikenden Videocolor-Belegschaft! Dieser Kampf ist von exemplarischer Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse und für den Kampf gegen die uferlos anwachsende Arbeitslosigkeit!

Loderer und Janßen treiben ein falsches Spiel

Einerseits sprechen IGM-Chef Loderer und sein „Tarifexperte" Hans Janßen scheinheilig von Reallohnsicherung. Andererseits aber geben sie an die Unternehmerseite Signale, daß dies so ernst dann auch wieder nicht zu nehmen sei. So berichtet beispielsweise die „Frankfurter Rundschau" vom 12. Januar:

„Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte Janßen, man wisse, daß die ‚tarifpolitischen Bäume nicht in den Himmel wachsen können'. Auch in diesem Jahr könne bei der IG Metall mit ‚gesamtwirtschaftlicher Verantwortung' und ‚Augenmaß in der Tarifpolitik' gerechnet werden."

Auf gut deutsch: Auch in diesem Jahr dürfen die Unternehmer auf die Verrätereien und Abwiegelungskünste der IGM-Führung hoffen. Ähnliche Äußerungen ließen sich noch viele anführen. So etwa meldete das „Handelsblatt" am 3. Dezember in einem Beitrag zur Metall-Lohnrunde: „Das Vorstandsmitglied der IG Metall, Rudolf Judith, räumte ein, daß Forderungen und Ergebnis von Tarifverhandlungen in schlechten Zeiten, wie wir sie jetzt haben, noch weiter auseinanderliegen könnten als sonst üblich."

Um ihr falsches Spiel ein wenig zu verschleiern, greifen die Bonzen zu einem billigen Trick: man erklärt einfach die aktuelle Preissteigerungsrate für nicht maßgeblich und zieht stattdessen eine angeblich zu erwartende geschätzte Preissteigerungsrate des laufenden Jahres heran. Dabei stellt sich am Ende des Jahres dann stets heraus, daß diese Schätzung erheblich zu niedrig angesetzt worden war (kein Wunder, wird sie doch immer den hofamtlichen Bonner Wirtschaftsgutachten entnommen, die von vornherein auf Disziplinierung der Gewerkschaften und die Durchsetzung der Unternehmerinteressen ausgerichtet sind). Die Lackierten sind dabei dann immer die Arbeiter.

Demgegenüber gilt es nachdrücklich geltend zu machen: Wir Arbeiter und kleinen Angestellten müssen uns an die harten Realitäten halten, nicht aber an irgendwelche Fiktionen! Ansonsten barbiert man uns mit Sicherheit über den Löffel. Und real ist nur die aktuelle Preissteigerungsrate (abgesehen davon, daß bekanntlich die wirkliche Teuerung sogar noch schlimmer ist, als uns die beschönigende amtliche Statistik glauben machen will), nicht aber irgendeine Schätzung! Deshalb kann nur die aktuelle Preissteigerungsrate den Maßstab für unsere Lohnforderung und für den Inhalt des Begriffes „Reallohnsicherung" bilden. Das ist völlig klar.

Eine zweite wichtige Frage ist: Wie kann ein erneuter Reallohnabbau verhindert, wie ein Tarifabschluß von der nötigen Höhe durchgesetzt werden? Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre und die aktuelle Entwicklung lassen nicht den leisesten Zweifel daran zu, daß dazu die volle Entfaltung der ganzen Kampfkraft der Arbeiterklasse nötig ist. Ohne einen konsequent geführten Erzwingungsstreik, ohne Vollstreik also, ist da überhaupt nichts drin.

Diese Lage der Dinge wird zusätzlich unterstrichen durch die diesjährigen Kampfvorbereitungen des Unternehmerverbandes Gesamtmetall.

So wurden beispielsweise organisatorische Vorkehrungen in Richtung auf eine eiserne Zentralisierung der letztinstanzlichen Entscheidungsmacht bei der Verbandsspitze getroffen, die einen „Alleingang" nach dem Beispiel der baden-württembergischen Metallunternehmer bei der Lohnrunde im letzten Jahr, also ein „Ausscheren aus der Solidaritätsfront", unmöglich machen sollen.

Trotz alledem sprach der IGM-Vorsitzende Loderer kürzlich davon, daß „eine schnelle und friedliche Lösung der Tarifrunde" anzustreben sei. Als ob dies ohne vollständige Kapitulation der Gewerkschaften gegenüber den Lohnraub-Strategen überhaupt denkbar sei!

Sicherlich ist eine möglichst schnelle Lohnrunde vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert. Dazu kann man nur sagen: je entschlossener und konsequenter die IG Metall ihre Kampfkraft in die Waagschale wirft, umso schneller ist auch ein erfolgreicher Abschluß der Lohnrunde zu erreichen.

Bevorstehende Lohnrunden

Kündigungstermin der Tarifverträge	Beschäftigte in Mio	Wirtschaftsbereiche (z.T. regional begrenzt)
Dezember 1981	0,7	Holz, Metallhandwerk, Leder, Seehäfen, Gastgewerbe u.a.
Januar 1982	4,0	Metall, Eisen u. Stahl, VW, Papier, Holz u.a.
Februar 1982	4,6	Öffentl. Dienst, Bahn, Post, Banken, Handel, Ernährung u.a.
März 1982	3,1	Bau, Druck, Handel, Versicherungen, Steine u. Erden u.a.
April 1982	2,5	Kohle, Textil, Bekleidung, Chemie, Ernährung, Handel u.a.
Mai 1982	0,5	Chemie, Energie, Wohnungswirtschaft u.a.

G 4099

Für rund 14 Millionen Arbeiter und Angestellte sind bis zum Mai 1982 Verhandlungen über Lohn- und Gehaltserhöhungen angesetzt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523986.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Die DGB-Führung versagt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit total

Sozialpartnerschaft führt in die Sackgasse

Das schockierende Anwachsen der Arbeitslosigkeit hat sich keineswegs unerwartet wie ein Blitz aus heiterem Himmel ergeben. Prognosen bürgerlicher Wirtschaftsforscher und Äußerungen aus der Bundesanstalt für Arbeit weisen bereits seit Monaten in diese Richtung. Was jedoch wurde seitens der DGB-Führung unternommen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten? Nichts! Die sogenannten Krisengespräche der Gewerkschaftsführer mit Regierung und Unternehmerführern in den letzten Wochen wird man wohl nicht als Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bezeichnen wollen? Sie haben, wie nicht anders zu erwarten, keinerlei greifbare Ergebnisse gebracht. Immer deutlicher tritt zutage, daß die Vetter, Loderer, Kluncker und Konsorten vor der Aufgabe, eine gewerkschaftliche Strategie des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit zu entwickeln, total versagt haben. Außer Illusionsmacherei und markigen Sprüchen haben sie nichts zu bieten.

Schlägt man die Ausgabe vom Dezember '81 der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle" auf, so stößt man als erstes auf einen Beitrag zur Arbeitslosigkeit. Überschrift „Der DGB ergreift die Initiative im Kampf gegen Arbeitslosigkeit".

Für eine solche Initiative des DGB wäre es nun fürwahr allerhöchste Eisenbahn! Die inzwischen bekannten schockierenden Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit zum Jahresende unterstreichen das eindringlich. Schon in dem besagten Beitrag war in den einleitenden Sätzen zu lesen: „In den vor uns stehenden Wintermonaten kann die Arbeitslosenzahl durchaus der 2-Millionen-Marke nahekommen."

Genau genommen hätte der DGB ja schon längst die Initiative ergreifen müssen. Schließlich haben wir bereits seit sieben Jahren eine Massenarbeitslosigkeit. Und daß diese keine Anstalten macht, von selbst wieder zu verschwinden, sondern im Gegenteil zunehmend die Tendenz zeigt, katastrophale Ausmaße anzunehmen, wird sogar von bürgerlichen Wirtschaftsforschern schon seit Jahren pronostiziert.

Ist aber wenigstens jetzt endlich Schluß mit der Untätigkeit der DGB-Führung, mit ihrem Mangel an Initiative im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit? Weht jetzt ein ganz neuer Wind? Beschreitet die DGB-Führung endlich ernsthaft den Weg eines konsequenten Kampfes gegen jede Arbeitsplatzvernichtung?

Das müßte nicht zuletzt folgende Änderungen in der Politik des DGB bedeuten:

- Mit der Tolerierung der Rationalisierungsfeldzüge und sogenannten Gesundschrumpfungskampagnen in Betrieben und Konzernen, denen in der Bundesrepublik und Westberlin Tag für Tag Tausende von Arbeitsplätzen zum Opfer fallen, ist ab sofort Schluß! Ab jetzt gilt stattdessen die Parole: „Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!"
- Von nun an werden keine Stillegungen und Massenentlassungen mehr hingenommen. Statt wie bisher den Widerstand der betroffenen Belegschaften abzuwiegeln, ruft die Gewerkschaftsführung nun selbst zu entsprechenden Kampfmaßnahmen bis hin zu Streik und Betriebsbesetzung auf. Sie organisiert zugleich auch Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben!
- Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird nicht länger auf den Sanktnimmerleinstag verschoben, sondern ab sofort zur konkreten Kampfforderung hier und jetzt gemacht, deren schnellstmögliche Durchsetzung mit aller Kraft und allen gewerkschaftlichen Mitteln angestrebt wird. Die entsprechende Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit wird unverzüglich mit Schwung in Angriff genommen.
- Die DGB-Führung gibt ihren Standpunkt auf, daß es im gewerkschaftlichen Interesse sei, die sozialliberale Regierungskoalition in Bonn zu stützen und verzichtet fürderhin darauf, die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen gegenüber der Regierung durch Massenproteste und Kampfmaßnahmen zu boykottieren. Stattdessen organisiert sie, anknüpfend an das Beispiel der Stuttgarter Demonstration der 70000 vom 7. November '81, eine machtvolle Volksbewegung gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Ein Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird nicht länger toleriert. Stattdessen wird der Ausbau sozialer Dienstleistungen und die entsprechende Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in den entsprechenden Bereichen des öffentlichen Dienstes durch Massenproteste und gewerkschaftlichen Kampf durchgesetzt.

Damit sind nur einige der wichtigsten Punkte genannt, die aus der so dringend notwendigen Wende hin zu einem konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit folgen müßten.

Aber von einer derartigen Wende kann natürlich nicht die Rede sein. Die Vetter, Loderer, Kluncker, Hauenschild und Co. denken doch nicht im Traum daran, von ihrem sozialpartnerschaftlichen Kurs abzugehen! So heißt es denn auch in dem besagten Beitrag in der DGB-Funktionärszeitschrift: „Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame Anstrengung aller beteiligten sozialen Gruppen und staatlichen Institutionen." Und desweiteren wird in dem Artikel dann die von H.O. Vetter bereits Anfang November gemachte Offerte an „Regierung, Parteien, Arbeitgeber und Bundesbank" wiederholt, „sich mit den Gewerkschaften zusammenzusetzen, um eine Übereinstimmung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu suchen und zu finden."

Und es wird in dem Artikel auch das vom DGB-Chef Vetter damals gemachte Angebot wiederholt: „In einer großen gemeinsamen Anstrengung wären auch die Gewerkschaften bereit, mit sich über alle Punkte reden zu lassen, auch über solche, die uns weh tun könnten."

Das läuft auf einen Pakt der Gewerkschaften mit Kapital und Regierung hinaus, auf einen „Sozialpakt". Wesentlicher Inhalt eines solchen Paktes könnte es faktisch nur sein, daß die Gewerkschaften sich zum Stillhalten verpflichten und daß jeder Widerstand gegen Angriffe auf die Arbeiterinteressen, zum Beispiel gegen Reallohnabbau, geächtet und als Bruch der „gemeinsamen Anstrengung'' bzw. des „beschäftigungspolitischen Konsens" unterdrückt würde.

Bezeichnenderweise haben sowohl die Regierung als auch die führenden Sprecher der Unternehmerverbände und ebenso die „vier Weisen" in ihrem Jahresgutachten 1981/82 diese Offerte der DGB-Führung begrüßt!

Um einem solchen Sozialpakt einen positiven Anstrich zu geben, sprechen die DGB-Führer in diesem Zusammenhang von folgenden Gegenleistungen der Unternehmer und des Staates:

„Zinssenkung durch die Bundesbank; verbindliche Preisdisziplin der Unternehmer; Einstellung von einer Million Arbeitslosen in kürzester Zeit, gegebenenfalls durch Arbeitszeitverkürzung; Sicherung des sozialen Netzes durch die Bundesregierung."

Als ob die Unternehmer sich aus freien Stücken bereit finden würden, eine Million Arbeitslose kurzfristig wieder einzustellen! Als ob sie jemals freiwillig Preisdisziplin üben würden! Als ob die Bonner Rotstiftpolitiker plötzlich ihre Arbeiterfeindlichkeit ablegen würden, um die Sicherung des sozialen Netzes zum Inhalt ihrer Politik zu machen!

Gewiß, durch Arbeiterkämpfe vom Ausmaß und der Kompromißlosigkeit derer in den letzten Jahren in Polen könnten wir Zugeständnisse der Unternehmer und der Regierung, die erheblich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, durchsetzen. Aber die DGB-Führer wollen uns ja weismachen, dies sei anstatt durch Kampf durch Gespräche und Vereinbarungen mit Unternehmern und Regierung und durch einen faulen Kuhhandel (Lohnverzicht gegen Arbeitsplätze) erreichbar.

An derlei Märchen aus Tausendundeiner Nacht glauben die Vetter, Loderer und Konsorten doch wohl selber nicht! Solche Luftschlösser sollen in der Mitgliedschaft des DGB neue Illusionen entstehen lassen, damit die Kritik am sozialpartnerschaftlichen Kurs des Stillhaltens gegenüber der Arbeitsplatzvernichtung nicht überhand nimmt. Die Vetter, Loderer und Hauenschild haben kein Konzept zum Kampf gegen die anwachsende Arbeitslosigkeit. Darüber sollen solche Luftschlösser hinwegtäuschen. Es soll übertüncht werden, daß die Konzeption der Sozialpartnerschaft unsere Gewerkschaften gegenüber der Arbeitslosigkeit zu Hilflosigkeit und Untätigkeit verurteilt.

In dem besagten Artikel in der DGB-Funktionärszeitschrift fehlt natürlich auch nicht der Verweis auf das von der DGB-Führung im März '81 vorgelegte Beschäftigungsprogramm. Aber auch dieses Programm ist nur Ausdruck der Unfähigkeit der DGB-Führung, ein echtes Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln.

Dieses Programm sieht bekanntlich zusätzliche staatliche Investitionsausgaben in Höhe von 50 Milliarden Mark bis 1985 vor und soll — wie es in dem besagten Beitrag in „Die Quelle" heißt — „zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum" dienen. Dabei sollen die Investitionen „vorwiegend der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung, dem Wohnungs- und Städtebau, dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, dem Umweltschutz sowie der Forschungs- und Technologieförderung" dienen.

Wie sieht es nun mit der Wirkung dieses Beschäftigungsprogrammes aus? Die DGB-Führung selbst gibt an, durch dieses Programm könnten innerhalb von fünf Jahren 300000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Selbst wenn dies zuträfe — und es gibt genügend Gründe, daran zu zweifeln — dann wäre dies doch angesichts der ungeheuren Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Unternehmer, die gegenwärtig laufen und die in den kommenden Jahren noch zu erwarten sind, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein!

Sogar Bundesfinanzminister Matthöfer erklärte in einem von der „Frankfurter Rundschau" veröffentlichten Ausblick auf das neue Jahr: „In der Bundesrepublik müssen in den kommenden Jahren knapp zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes auch nur annähernd zu erreichen." Und man muß Matthöfers Aussage im Rahmen eines regierungsamtlichen Zweckoptimismus werten, der mit der Realität nicht zu vereinbaren ist.

Nach Untersuchungen bürgerlicher Wissenschaftler droht in den nächsten Jahren durch die Einführung der elektronischen Daten- und Textverarbeitung allein in den Angestelltenbereichen die Vernichtung von rund zwei Millionen Arbeitsplätzen. Von der Rationalisierung in den Produktionsbereichen durch Roboter usw. gar nicht zu reden. Auf der anderen Seite nimmt jedoch das sogenannte Erwerbspotential nach den Angaben Matthöfers in den kommenden Jahren nicht etwa ab, sondern noch gewaltig zu (die geburtenstarken Jahrgänge drängen auf den Arbeitsmarkt): Matthöfer geht davon aus, daß sich diese Zunahme zwischen 500000 und einer Million bewegen wird.

Dies alles bestätigt die von bürgerlichen Wirtschaftsforschern schon vor Jahren angestellte Prognose, daß im Laufe der 80er Jahre ein Anstieg der Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik und Westberlin auf den katastrophalen Stand von ca. fünf Millionen droht.

Die DGB-Führung hat dieser Entwicklung nichts entgegenzusetzen. Das vielzitierte 50-Milliarden-Programm kann nicht die Unfähigkeit der DGB-Führer verdecken, Forderungen zu entwickeln, die geeignet sind, dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf mehrere Millionen ernsthaft entgegenzuwirken.

Vom Standpunkt der Sozialpartnerschaft ist ein wirkliches Konzept des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit auch gar nicht möglich. Warum? Wirkungsvolle Maßnahmen, Schritte und Forderungen müssen sich naturgemäß gegen diejenigen Kräfte und Interessenlagen richten, die infolge ihres egoistischen Gewinnstrebens die Urheber der Misere sind (indem sie beispielsweise skrupellos die Arbeitsplatzvernichtung vorantreiben): also gegen die Kapitalisten und die Politiker, die in Bonn und anderswo die Interessen des Kapitals durchsetzen.

Genau deshalb wollen die DGB-Führer ums Verrecken nichts vom Kampf für die Durchsetzung der Forderungen und Schritte wissen, die wir eingangs erwähnt haben (35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich usw.). Und eben aus diesem Grund ist ihr Geschwätz von Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Betrug. Eine ernsthafte Strategie des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit setzt eine radikale gewerkschaftspolitische Wende voraus: Weg von der Sozialpartnerschaft, hin zum revolutionären Klassenkampf, also zur Politik des kompromißlosen Verfechtens der Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen die Unternehmer und die Regierung.



Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit muß die kompromißlos Verteidigung unserer Arbeitsplätze sein. Stattdessen aber wiegeln die Gewerkschaftsbonzen den Widerstand gegen Personalabbau, Massenentlassungen und Stillegungen immer wieder ab. So auch bei VDM in Frankfurt-Heddernheim (Foto), wo die Arbeiter acht Tage lang den Betrieb besetzt hielten, um die Stillegung des Werkes zu verhindern. Die IGM-Bonzen verhandelten lediglich über einen besseren Sozialplan.

Forderungen der KPD zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

- *35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!*
- *Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen! Für Schicht- und Schwerstarbeiter/innen fünf Jahre früher!*
- *Sechs Wochen Mindesturlaub!*
- *Reform der Arbeitszeitordnung (48-Stunden-Woche) ausgehend von den in der Regel bestehenden tarifvertraglichen Vereinbarungen (40-Stunden-Woche, 8-Stunden-Tag, 5-Tage-Woche) und unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden! Den Unternehmern muß die gesetzliche Möglichkeit genommen werden, Arbeiter und Angestellte gegen ihren Willen zu Überstunden zu zwingen!*
- *Investitionen, die die Zahl und Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze verändern, müssen der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen!*
- *Vetorecht des Betriebsrates bei Massenentlassungen!*
- *Statt einfacher Anmeldungspflicht Genehmigungspflicht für Massenentlassungen!*
- *Alle staatlichen Subventionen an Unternehmen müssen rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sein. Die Kontrolle soll durch die Betriebsräte erfolgen!*

Zahl der Arbeitslosen stieg um mehr als eine halbe Million

Viele Städte melden bereits mehr als 10 Prozent Arbeitslose!

NÜRNBERG. — Im Laufe des vergangenen Jahres ist die Arbeitslosigkeit in verheerendem Ausmaß angewachsen. Ende Dezember '81 wurde gegenüber dem gleichen Datum des Vorjahres eine Steigerung um mehr als die Hälfte, nämlich 52,4 Prozent registriert. In einer ganzen Reihe von Groß- und Mittelstädten melden die Arbeitsämter inzwischen Arbeitslosenquoten von über 10 Prozent.

Allein im Dezember des alten Jahres stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 213886 auf nunmehr 1703862 an. Die Arbeitslosenquote kletterte in diesem kurzen Zeitraum von 6,4 auf 7,3 Prozent. Sie erreichte damit den höchsten Stand seit 26 Jahren.

Gegenüber der Jahreswende 1980 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen zum Jahresende 1981 um 585560 bzw. 52,4 Prozent an.

Die Kurzarbeit hat sich im Dezember '81 auf weitere 2306 Betriebe ausgedehnt. Jetzt wird in insgesamt 11975 Betrieben kurzgearbeitet. Die Zahl der in Kurzarbeit Tätigen liegt nun bei 505542. Das ist gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine Steigerung um 41,6 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 1981 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen bei 1271600. Das ist gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1980 ein Anstieg um fast 400000.

Das Angebot an offenen Stellen lag zum Jahresende '81 gegenüber dem Jahresende '80 um 47,6 Prozent niedriger. Den rund 1,7 Millionen registrierten Arbeitslosen stehen nur noch 118410 registrierte offene Stellen gegenüber.

Am stärksten war der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen bis zu 20 Jahren: Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in dieser Altersgruppe 1981 um 68,9 Prozent nunnunmehr 156591 an.

Ebenfalls besonders stark betroffen sind die ausländischen Kollegen. Die Zahl der registrierten ausländischen Arbeitslosen erhöhte sich 1981 gegenüber dem Vorjahr um 63,8 Prozent auf nunmehr 230120. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote bei den Ausländern um 11,1 Prozent.

Was die regionalen Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit betrifft, so hat sich inzwischen Niedersachsen mit 9,3 Prozent an die Spitze der Bundesländer gesetzt. Bislang hatte diese traurige Spitzenposition das Saarland eingenommen, das nunmehr eine Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent aufweist. Gleichgezogen mit dem Saarland hat Schleswig-Holstein mit ebenfalls 9,1 Prozent (teilweise werden diese Verschiebungen mit saisonalen Einflüssen erklärt). Zu den Bundesländern mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote gehört mit 8,1 Prozent auch das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen.

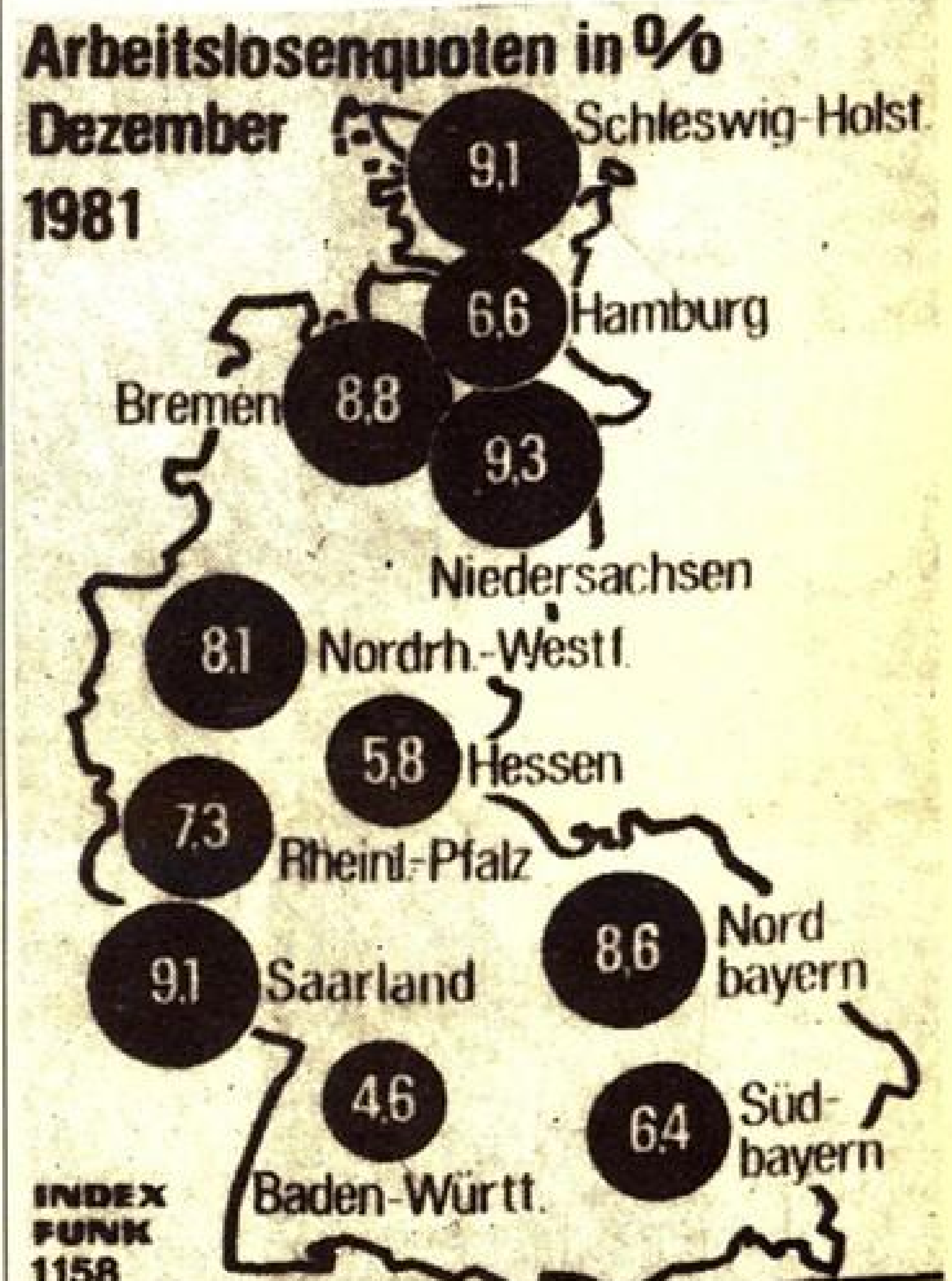
Innerhalb Nordrhein-Westfalens ist das Ruhrgebiet, das als größtes industrielles Ballungsgebiet Westeuropas gilt, besonders extrem betroffen. Hier wird jetzt eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent gemeldet. In den Arbeitsamtbezirken Dortmund und Paderborn liegt die Arbeitslosenquote über 10 Prozent. In den fünf Bezirken Aachen, Coesfeld, Detmold, Duisburg und Gelsenkirchen liegt sie nur knapp unter 10 Prozent.

Nimmt man nicht die Arbeitsamtbezirke, sondern die Städte als solche, dann wurde bereits im November letzten Jahres in vier Ruhrgebietsstädten die 10-Prozent-Marke überschritten: In Oberhausen (10,5), in Dortmund, in Gelsenkirchen und in Lünen (je 10 Prozent). In Dortmund wird für das Jahresende nun ein weiterer Anstieg auf 10,7 Prozent gemeldet. Ähnlich dürften die neuen Zahlen auch bei den anderen genannten Ruhrgebietsstädten liegen.

Natürlich werden auch in Städten außerhalb des Ruhrgebietes und Nordrhein-Westfalens Arbeitslosenquoten von mehr als 10 Prozent registriert: Beispielsweise 10,1 Prozent in Coburg, 10,4 Prozent in Saarbrücken, 10,7 Prozent in Bayreuth, 10,9 Prozent in Schweinfurt. Absolute Negativrekorde melden Deggendorf mit 17,1, Leer mit 18,7 und Passau mit 19,1 Prozent.



Vergleicht man die Arbeitslosenstatistiken von 1980 und 1981, so zeigt sich, daß im Jahresdurchschnitt 1981 die Zahl der registrierten Arbeitslosen um fast 400000 höher lag als im Vorjahr. Der Anstieg vom Jahresende 1980 zum Jahresende 1981 beträgt sogar 585560 bzw. 52,2 Prozent.



Bei den Bundesländern liegen Niedersachsen mit 9,3, sowie Schleswig-Holstein und das Saarland mit jeweils 9,1 Prozent an der Spitze der Arbeitslosigkeit.

IG Druck und Papier Hamburg

Auseinandersetzung um Solidarität mit Solidarność

HAMBURG. — In Hamburg kam es unter den Gewerkschaftsfunktionären der IG Druck und Papier zu einer scharfen Auseinandersetzung über die „Polenfrage". Aus Protest gegen die Niederbügelung eines Antrages, der Solidaritätsaktionen für die polnischen Arbeiter und ihre Gewerkschaft Solidarność fordert, erklärte zum Jahreswechsel der Kassierer des Ortsvereins Hamburg der IG Druck seinen Rücktritt.

Auf einer Delegiertenversammlung des Hamburger Ortsvereins der IG Druck und Papier im Dezember brachten klassenkämpferische Kollegen einen Antrag ein, der darauf abzielte, daß sich die Hamburger IG Druck an den DGB wendet mit der Forderung, Aktivitäten zum Protest gegen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zur Solidarität mit den polnischen Arbeitern und ihrer Gewerkschaft Solidarność zu organisieren. Unter anderem war an die Durchführung einer Kundgebung und Demonstration durch den DGB Hamburg gedacht.

Dieser Antrag war vor allem von den anwesenden DKP-Mitgliedern heftig bekämpft worden. Der Mehrheit des Geschäftsführenden Vorstands und der anwesenden Vorstandsmitglieder des Hamburger Ortsvereins der IG Druck gelang es, den Antrag zu Fall zu bringen.

Der Kassierer B. Nordmeyer zog daraus durch seinen Rücktritt seine Konsequenzen. In seiner Rücktrittsbegründung erklärt Nordmeyer zu Recht, „daß wir als Gewerkschafter uns gegen alle Angriffe, die sich gegen Arbeitnehmer und ihre Vertretungen richten, zur Wehr setzen müssen, egal in welchem Land und unter welchem Gesellschaftssystem dies geschieht." Wobei unserer Ansicht nach hinzuzufügen wäre, daß ein „Gesellschaftssystem", das die Arbeiterklasse unterdrückt und ihre Gewerkschaft zu zerschlagen versucht, wie dies in Polen der Fall ist, mit Sozialismus in Wahrheit nichts gemein hat.

Die klassenkämpferischen Gewerkschafter in der Hamburger IG Druck haben nicht aufgegeben. Sie wollen weiterhin versuchen, die in dem Antrag geforderten Schritte durchzusetzen, damit der DGB in Hamburg für die Freiheit der polnischen Arbeiter auf die Straße geht.

Ja, wenn das so ist...

DGB-Bank macht Moos in Polen

Die polnische Militärregierung zahlte zur Jahreswende 880000 Schweizer Franken (ca. eine Million Mark) Zinsen an die Tochter der DGBeigenen Bank für Gemeinwirtschaft, BfG Luxemburg S.A. Es handelt sich dabei um Zahlungen auf den BfG-Anteil an einem 550-Millionen-Dollar-Kredit, der im März 1979 der Volksrepublik Polen von einem internationalen Bankenkonsortium gestellt worden ist. Das Konsortium wird von der Bank of America angeführt.

Neue Heimat für mehr Mietwucher

Albert Vietor, Chef des DGB-eigenen Baukonzerns Neue Heimat, ist unzufrieden mit dem Mietwucher in deutschen Landen. Er wünscht sich sehnlichst ein noch hemmungsloseres Steigen der Wohnungsmieten. Zitat aus der „Frankfurter Rundschau" vom 28. Oktober 1981:

„Entscheidend für eine Belebung des Baumarktes sind nach Auffassung Vietors eine Veränderung des Mietrechts und eine ‚Entzerrung' der Mieten. Das bedeutet, daß in vielen Fällen eine Erhöhung der Mieten nicht auszuschließen sei. Dies sei angesichts einer durchschnittlichen Kaltmiete von nur etwa 14 bis 15 Prozent der Einkommen ein Weg, zu neuen Mieten zu kommen."

Enormer Anstieg der Produktivität

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde in der bundesdeutschen Industrie von 1976 bis 1980 eine Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde um durchschnittlich fast 15 Prozent erzielt. Spitzenreiter des Produktionsfortschritts war der Bereich Büromaschinen/EDV mit einer Steigerung um 55,8 Prozent. Ferner lagen folgende Branchen ebenfalls über dem Durchschnitt: Papier-/Pappeerzeugung (+ 31,2), Steine und Erden (+ 23,4), Glasindustrie (+ 22,5), EBM-Industrie (+ 22,4), Elektrotechnik (+19,7) und Eisenschaffende Industrie (+ 19,6). Die Reallöhne der Arbeiter sind demgegenüber in der gleichen Zeitspanne insgesamt gesehen nicht mehr gestiegen, sondern stagniert.

Europarekord für Bergbau

In punkto Rationalisierung und Produktivität liegt der bundesdeutsche Steinkohlenbergbau in Europa an der Spitze. Die Schichtleistung je Kumpel in der Kohlegewinnung stieg von 1960 bis 1980 von rund 6 Tonnen auf fast 20 Tonnen. In der gleichen Zeitspanne aber rutschten die Kumpels auf der Lohnskala, wo sie ursprünglich eine Spitzenstellung einnahmen, immer weiter ab, weil die Tarifabschlüsse der IG-Bergbau-Führung noch niedriger waren wie in anderen Branchen.

Hungerlohn für Verkäuferinnen

Trotz harter Arbeitsbedingungen und ungünstiger Arbeitszeiten müssen sich Verkäuferinnen in der Bundesrepublik und Westberlin mit einem Hungerlohn begnügen. Das höchste der Gefühle, was eine Verkäuferin hierzulande erreichen kann, ist gegenwärtig 1830 Mark brutto. Das ist die Endstufe einer gelernten Verkäuferin mit vielen Jahren Berufspraxis. Übertarifliche Bezahlung gibt es im Einzelhandel so gut wie gar nicht.

„Kanzler Schmidt als Mai-Redner? Nicht mit uns!"

Nach dem Willen der DGB-Führung sollte die diesjährige zentrale Mai-Kundgebung des DGB, auf der nach schlechter Sozialpartnerschaftstradition neben dem DGB-Chef Vetter stets auch der Bundeskanzler als Hauptredner auftritt, in Nürnberg stattfinden. Schmidt und Vetter müssen sich jedoch nach einer anderen Stadt umsehen. Der Nürnberger DGB verbat sich den Auftritt des Kanzlers. Begründung: Die Sparpolitik der Bundesregierung sei arbeiterfeindlich.

Bremer Gewerkschafter kurbeln Solidarität an

Solidarität mit Solidarność!

Am 9. Januar fand in Bremen ein Solidaritätsfest zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiter in Polen und ihrer Gewerkschaft Solidarność statt. Die Initiative dazu hatten vor allem Betriebsräte, Vertrauensleute und andere aktive Gewerkschafter ergriffen, jedoch auch Vertreter verschiedener Jugendorganisationen wie z.B. der Naturfreundejugend, der Falken und der Evangelischen Jugend. Nach ihren eigenen Aussagen geht es den Initiatoren darum, „die praktische Solidarität mit Solidarność weiter anzukurbeln", und zwar vor allem auch in den Gewerkschaften. Im folgenden geben wir den Aufruf im vollen Wortlaut wieder. Ein Bericht über den Verlauf des Solidaritätsfestes lag uns zum Redaktionsschluß leider noch nicht vor.

Seit dem 14.12.81 herrscht in Polen das Kriegsrecht. Tausende von aktiven Gewerkschaftern wurden seitdem in Internierungslager gesperrt, wo sie ohne ausreichende Nahrung und Kleidung gefangengehalten werden. Jeglicher Widerstand des polnischen Volkes wird von Anfang an, zum Teil mit Waffengewalt, brutal niedergeschlagen. So ermordeten die Schergen Jaruzelskis z.B. bei der Räumung eines bestreikten Fabrikgebäudes sieben streikende Arbeiter. Trotz der brutalen Terrormaßnahmen der Militär-Junta ist der Widerstand des polnischen Volkes nach wie vor ungebrochen.

In Bremen hält sich zur Zeit eine Delegation der Gewerkschaft Solidarność auf, die für eine Woche von DGB und Arbeiterkammer eingeladen war. Da trotz aller Solidaritätsbekundungen keine konkreten Schritte unternommen wurden, fordern wie den DGB dringend auf, zu Solidaritätsaktionen aufzurufen.

- **Sofortige Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter in Polen!**
- **Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Kriegsrechtes!**
- **Sofortige Auflösung der Internierungslager!**
- **Bestrafung der Verantwortlichen für die Ermordung polnischer Arbeiter!**
- **Hände weg von den polnischen Arbeitern!**
- **Für freie gewerkschaftliche Betätigung der Solidarność!**

Reaktionärer Vorstoß von CDU/CSU im Bundestag

„Das Faustrecht gewinnt an Boden"

BONN. — Am 2. Dezember 1981 unternahmen CDU und CSU einen neuen reaktionären Vorstoß im Bundestag, der bisher in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand. Diese Beachtung aber hätte er durchaus verdient.

30 Abgeordnete, unter ihnen Dregger, sowie die CDU/CSU-Fraktion als solche, vertreten durch Kohl und Zimmermann, brachten einen Antrag ein mit dem Titel: „Wiederherstellung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit".

Mit diesem Antrag versucht die CDU/CSU erklärtermaßen, den gesamten Komplex des von ihr geforderten Schwenks nach ganz rechtsaußen auf dem Gebiet der Innenpolitik, verbrämt durch demagogisches Geschwätz über die Rettung von Grundwerten und Idealen des Rechtsstaats, im Bundestag durchzusetzen und im gesamten Bundesgebiet zur Anwendung zu bringen.

Gleichzeitig gehen die CDU-regierten Bundesländer und Bayern bereits dazu über, die darin formulierten Grundsätze immer rücksichtsloser in die Tat umzusetzen.

Wir dokumentieren nachstehend den Antrag im Wortlaut, ohne die Begründung, aus der im folgenden noch zitiert wird.

Nun rechnen die Antragsteller sicher selbst nicht mit einer einfachen Annahme durch die Bundesregierung, die in anderthalb Monaten spätestens dazu Stellung nehmen soll. Aber sie verstärken ihren politischen Druck, gehen offensiv vor, versuchen die Regierung auf noch rechtere Positionen zu drängen, Widersprüche im Koalitionslager zu verschärfen; profilieren sich als die Kraft, die in der Zukunft die Niederschlagung der Klassenkämpfe und des demokratischen Widerstands am besten besorgen kann. Der Vorstoß im Parlament ist Bestandteil ihrer Vorbereitung auf die beabsichtigte Regierungsübernahme.

Denn darum geht es ja: Die sich verschärfende Krise und der damit in Zusammenhang stehende Kurs der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung erfordern von Parlament und Regierung Maßnahmen der verstärkten Unterdrückung, um dem ihnen vom Kapital übertragenen Auftrag gerecht werden zu können.

Die Politik der Unionsparteien ist die Vergegenständlichung des von ihnen selbst mit aller Kraft geförderten Rufs nach dem starken Staat, dem starken Mann als Retter aus der Not aus Chaos und Verfall.

Die Demagogie der Bewahrung von dem Verfall von Moral und Sitte, die Verwendung derartiger Begriffe überhaupt gehört dazu, ist Bestandteil der öffentlichen Selbstdarstellung, der Beeinflussung politisch ungebildeter und unwissender Menschen, der Kleinbürger, der nicht klassenmäßig bewußten Schichten des Proletariats. In diesem Sinne werden die Vertreter dieser Parteien auch in der sich anbahnenden Bundestagsdebatte auftreten.

Beim Lesen der Antrags-Begründung fühlt man sich stark erinnert an US-amerikanische Zustände, an Reagans Appelle an die „Moral Majority".

Wiederherstellung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag stellt mit Besorgnis fest, daß der innere Frieden und die demokratische Ordnung zunehmend in Frage gestellt werden. Rechtsbrüche gewalttätiger Minderheiten, das Eindringen von Extremisten und Verfassungsgegnern in staatliche und gesellschaftliche Institutionen sowie das Schwinden der demokratischen Gesinnung und des Rechtsbewußtseins in Teilen der Gesellschaft beunruhigen die Bevölkerung.

2. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit den anderen Staatsorganen in der Bundesrepublik Deutschland die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens und zur Gewährleistung der inneren Sicherheit zu treffen, insbesondere

a] das verfassungsrechtlich garantierte Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, vor gewaltsamem Mißbrauch und Aushöhlung zu schützen;

b] dem zunehmenden Terrorismus von links und rechts, insbesondere seiner internationalen Verflechtung, wirkungsvoll entgegenzuwirken;

c] der wachsenden Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen;

d] soziale Mißstände und Fehlentwicklungen zu beseitigen, es aber nicht zuzulassen, daß sie zum Vorwand für fortdauernde Rechtsverletzungen genommen werden;

e] den Datenschutz so zu regeln, daß der Persönlichkeitsschutz gewahrt, gleichzeitig aber die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsdienste dadurch nicht beeinträchtigt wird;

f] Verfassungsfeinde vom Staatsdienst fernzuhalten und zu einer Überprüfung der Verfassungstreue für den öffentlichen Dienst zurückzukehren, wie es Verfassung und Beamtengesetz fordern;

g] die „Bündnispolitik" der DKP und anderer extremistischer Organisationen offenzulegen und ihren wachsenden Einfluß auf gesellschaftsrelevante Bewegungen zurückzudrängen;

h] die Beamten der Sicherheitsbehörden gegen ungerechtfertigte Kritik und Diffamierung in Schutz zu nehmen;

i] die Grundwerte unserer Verfassung und der staatlichen Gemeinschaft sowie die Rechte und Pflichten der Bürger in der Öffentlichkeit offensiv zu vertreten und ihnen insbesondere in allen staatlich beeinflußten Trägern der Meinungsbildung (Schulen, Rundfunkanstalten usw.) Beachtung zu verschaffen;

j] die Gleichheit vor dem Gesetz wiederherzustellen und Gesetzesverstöße ohne Ansehen der Person und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu ahnden.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis spätestens 1. März 1982 über ihre Vorstellungen und das Veranlaßte zu berichten.

Bonn, den 2. Dezember 1981

Spranger, Dr. Dregger, Erhard (Bad Schwalbach), Dr. Miltner, Volmer, Dr. Laufs, Broll, Regenspurger, Krey, Dr. Waffenschmidt, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. von Geldern, Dr. Wittmann, Fellner, Weiß, Dr. Stark (Nürtingen), Clemens, Dr. Götz, Bohl, Deres, Dr. Bötsch, Dr. Olderog, Buschbom, Würzbach, Bayha, Kroll-Schlüter, Dr. Jobst, Dr. Kunz (Weiden), Neuhaus, Milz, Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

„Politische und moralische Wende" —wohin?

Wir wollen nun kurz die einzelnen, im Antrag 2. genannten Punkte beleuchten.

a) Hiermit ist nichts anderes gemeint, als eine Rückkehr zu und verschärfte Anwendung der Praxis, die bloße Teilnahme an einer für „gewalttätig" erklärten Versammlung ebenso zu bestrafen wie die „Gewalttaten" selber. In ihrer Begründung führen die Politiker aus, das Versammlungsrecht werde „von einer Minderheit mißbraucht, die im Schutz der demonstrierenden Menge ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit anderer brutal und rücksichtslos Gewalttaten begeht und außerdem Schäden in Millionenhöhe verursacht". **Die Unionsparteien wollen das Demonstrationsrecht entscheidend einschränken. Nürnberger Verhältnisse sollen zur Selbstverständlichkeit werden.**

b) In der Antragsbegründung wird sehr deutlich, was hiermit real gemeint ist. „Der Terrorismus von links und rechts hat an Boden gewonnen", heißt es da. Es ist dann kurz von der „Entdeckung beträchtlicher Waffenvorräte von Extremisten" die Rede — ohne daß in diesem Zusammenhang die Faschisten genannt würden! Stattdessen werden „merklich verstärkte Aktivitäten und Anschläge von Linksextremisten" vermeldet, womit die wenigen und zudem noch total mißlungenen RAF-Aktionen gegen US-Besatzer gemeint sind. Im folgenden werden dann die Teilnehmer an verschiedenen Protestaktionen besonders Jugendlicher, z.B. Hausbesetzungen, in das „terroristische Umfeld" gerückt!

Zu den Neonazis folgt nur noch ein Satz: „Rechtsextremisten versuchen, aus dem wachsenden Ausländerproblem Kapital zu schlagen und junge Menschen für ihre Ziele zu gewinnen". Das ist zum einen eine völlige Verkehrung der Tatsachen in der Darstellung und Bewertung der „extremistischen Szene", eine totale Verharmlosung der Faschisten. Zum anderen ist auch der Inhalt der „Kritik" an den Nazis bedeutungsvoll. Die CDU/CSU selbst erklärt die Ausländerfrage zu einem „wachsenden Problem". Die Nazis nutzen es nur aus; folglich: das Problem muß aus der Welt! Und die „Lösungsvorschläge" von Strauß und politischen Parteigängern sind sattsam bekannt und werden bereits praktiziert, decken sich in ihrem Ausmaß der Entrechtung unserer ausländischen Kollegen und der Asylsuchenden in bedeutendem Maße mit den Zielen, die faschistische „Bürgerinitiativen" immer wieder äußern.

c) Hier werden in der Begründung „Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz" — damit ist die Teilnahme an oder auch nur die Billigung von berechtigten kämpferischen Aktionen gemeint — schlicht mit der „allgemeinen Kriminalität", mit Mord, Totschlag und Freiheitsberaubung gleichgesetzt.

Durch die „unzureichende Rechtslage" und die „Scheu verantwortlicher Politiker, das geltende Recht anzuwenden", seien die Staatsorgane „oft nicht in der Lage, gegen die Gewalttäter und Rechtsbrecher mit der notwendigen Konsequenz und hinreichendem Erfolg vorzugehen". „Nur ein verschwindend geringer Teil der Straftäter" könne festgenommen und verurteilt werden (man denke an Nürnberg, oder auch an Westberlin!); den Vollzugsbeamten fehle oft der notwendige „Rückhalt im politischen und im publizistischen(!) Raum", sie fühlten sich „machtlos und alleingelassen". Es geht also um rücksichtslosen Polizeieinsatz — mit Genugtuung haben Dregger und Co. sicher den Einsatz von Giftgas und Blend-Schock-Granaten im SPD-regierten Hessen beobachtet — um ein volles Ausschöpfen eines möglichen Strafmaßes für Vergehen, die Festgenommenen angelastet werden — auch das wird z.B. in Westberlin an den Hausbesetzern praktiziert, denen Höchststrafen auferlegt werden, die erklärtermaßen der Abschreckung dienen, man nimmt da gar kein Blatt vor den Mund —, ebenso wie um die Schaffung neuer, noch härterer, noch undemokratischerer Gesetze.

j) Hinter dieser demagogischen Floskel verbirgt sich folgendes: „Gegenüber einer rechtsbrechenden Minderheit, die Gelegenheit erhalten hatte, sich lautstark bemerkbar zu machen, wurden (...) schwerste Gesetzesverstöße hingenommen und der Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz durch Pauschalbegriffe wie ‚Kriminalisierung einer Minderheit' und den unzulässigen(!) Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vernebelt".

Also nicht die Kapitalisten, die Haus- und Wohnungseigentümer und -spekulanten haben es bei uns besser, sondern die, die sich gegen ihre unwürdigen Lebensumstände, gegen Ausbeutung und soziales Unrecht auflehnen. Mit denen muß viel härter umgesprungen werden! Und vor allem: diese Leute sollen gar nicht mehr die „Gelegenheit" erhalten, sich überhaupt lautstark bemerkbar zu machen!

Wessen „Rechtsordnung"?

d) Die Begründung vollständig: „Soziale Mißstände und Fehlentwicklungen im Wohnungswesen sind zum Vorwand genommen worden, durch Hausbesetzungen und fortdauernde Mißachtung fremden Eigentums die geltende Rechtsordnung in diesen Bereichen praktisch außer Kraft zu setzen". Wer sich also effektiv wehrt, weil es soziales Unrecht und Not gibt, der setzt die Rechtsordnung außer Kraft, und da muß ganz hart eingeschritten werden. Denn selber aktiv werden, darf das Volk nicht. Es hat zu warten, bis die Politiker etwas unternehmen.

Dies ist ein wesentlicher Gedanke, der dem Volk eingehämmert werden soll. Verständlicherweise, denn sonst gerät die Rechtsordnung, die die einfachen Menschen, die Werktätigen zu passiven Wesen degradiert, die alles mit sich machen lassen sollen, was den Herrschenden gefällt oder notwendig erscheint, in der Tat ins Wanken.

Die „sozialen" Programme der Unionsparteien sind bekannt. Sie denken ebensowenig wie die Schmidt-Regierung an eine Verbesserung der Lebensbedingungen des werktätigen Volkes, sondern an ihre weitere Verschlechterung. Der Wohnungsbau ist doch nur ein Beispiel. Empfindlicher als auf Hausbesetzungen reagiert man in Bonn allemal auf Fabrikbesetzungen...

Natürlich ist die Rechtsordnung noch gar nicht außer Kraft gesetzt. Aber die Ausführungen der reaktionären Politiker machen nur noch deutlicher, daß nur die tatsächliche vollständige Beseitigung dieser „Ordnung" und ihre Ersetzung durch eine ganz andere dem Recht des Volkes zum Durchbruch verhelfen kann!

e) und g) Die armen „Sicherheitsdienste"! „Die Beamten werden oft durch sogenannte Enthüllungskampagnen als Gefahr für die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit hingestellt. Leider ist die Bundesregierung dieser Pervertierung der Wirklichkeit nicht mit der nötigen Klarheit und dem gebotenen Augenmaß entgegengetreten", heißt es in der Begründung.

Das zielt auf nichts anderes ab als auf **die Zensur von Presseberichten und Flugblättern,** die die kriminellen Machenschaften der „Verfassungsschützer" aufdecken, wie das im letzten Jahr mehrmals geschah. Wenn bespitzelte Demokraten und Revolutionäre sich an die Öffentlichkeit wenden, sollen sie womöglich dafür noch bestraft werden! Und die kärglichen Datenschutzbestimmungen will die CDU/CSU weitgehend ganz streichen.

f) Das Ziel ist klar: Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz, Ausweitung der Berufsverbote, Schluß mit allen „Liberalisierungs"-Phrasen. Das muß auch als ein Schritt zur Verwirklichung einiger der unter i) genannten Maßnahmen verstanden werden.

g) In der Begründung wird hier besonders der Einfluß der DKP auf die Friedensbewegung genannt. Die Union will auch gegen die DKP einen ganz harten Kurs fahren, gegen alle anderen „extremistischen Organisationen" sowieso. Sie will die Linken mit Gewalt isolieren, ihnen die Möglichkeit der Beeinflussung „gesellschaftsrelevanter Bewegungen" nehmen, was konkret auch auf Beschneidungen und Verbot fortschrittlicher und revolutionärer Propaganda und auch auf Organisationsverbote hinausläuft. Diese Leute wissen sehr gut, daß die kapitalistische Krise viele Menschen aufnahmebereiter macht für revolutionäre Politik.

Etwas weiter hinten heißt es in der Begründung: „Die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland müssen auch gegenüber lautstarken Minderheiten, die unser System in Frage stellen, **die Grundwerte unseres Rechtsstaates offensiv verteidigen".**

i) Hier kommt es ganz knüppeldick: **Völlige Gleichschaltung von Rundfunk und Fernsehen zu staatlichen Propagandamedien, Beseitigung aller kritischen Lehrer aus den Schulen, vollständige Unterordnung der Lerninhalte unter die staatliche Zensur.** Das wird im Endeffekt angestrebt. Wie heißt es so schön in der Begründung: Den „Gefahren für unsere Demokratie und dem Verfall des Rechts kann nur durch eine politische und moralische Wende begegnet werden:

Gerade in einer sich ständig wandelnden Umwelt brauchen die Menschen **eine verbindliche Wertordnung.** Alle **müssen** die demokratischen Verfahrensregeln (in der Auslegung von Dregger und Strauß) respektieren."

Eine grundlegende Wertung der gegenwärtigen Situation durch die Unionsparteien sei noch vollständig zitiert: „Die Erfolge gewalttätiger Minderheiten und ihre Behauptung, allein mit den Mitteln der Gewalt, der Drohung und des Rechtsbruchs gelinge es, die Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen auf sich zu ziehen, zeigen zunehmend Wirkung, zumal tatsächlich taktische Erfolge aufgewiesen werden können(!). **Das überwunden geglaubte Faustrecht gewinnt wieder an Boden."**

Hinter diesem Wortschwall steckt ein Eingeständnis der Schwäche und der Tatsache, daß es, wie oben schon erwähnt, die objektiven Umstände sind, die immer mehr Menschen dazu bringen, sich zu wehren. Und wenn die CDU/CSU, sobald sie selbst konkret wird, immer versucht, nur sogenannte „Randgruppen" zu nennen, kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre größte Sorge einer Entwicklung gilt, die immer breitere Kreise der werktätigen Bevölkerung in den organisierten und militanten Klassenkampf einbezieht.

Es ist das reaktionäre politische Krisenbewältigungsprogramm der äußersten Reaktion, das uns die Unionsparteien hier vorlegen.

Widerstand gegen Rechtsruck

Die beabsichtigte politische Wende nach ganz rechts muß auf den entschiedenen Widerstand der Werktätigen und aller Demokraten stoßen. Sie ist für bald geplant. Am 7. Januar konnte man in der Zeitung einen Kommentar von Edmund Stoiber, CSU-Generalsekretär, lesen, der den Titel trug: **„1982 für Wende in Bonn sorgen".**

Diese Zeitung war die „Welt der Arbeit", das „Zentralorgan" des DGB. In der ersten Nummer des neuen Jahres gab sie einem Exponenten des reaktionärsten Kurses die Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Statt unzweideutig und kompromißlos die Kollegen zum Kampf gegen den Vorstoß der Reaktion aufzurufen!

Die Arbeiterklasse ist die Hauptkraft im Kampf gegen die Reaktion und den Kurs auf ein neues '33. Das hat sich konkret auch im Kampf gegen den Machtantritt von Strauß bewiesen. Ihre Kampfkraft muß voll zum Einsatz gebracht werden gegen den Sozialabbau, und ebenso gegen die damit verbundene verschärfte Faschisierung in unserem Lande. Dieser Kurs muß sich auch in den Gewerkschaften durchsetzen, und wer sich dem entgegenstellt, übt Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse.

Das Programm der Union verdeutlicht zudem die Notwendigkeit einer Volksfront — ein Schreckenswort für Strauß und Co! — gegen Reaktion und Faschismus in unserem Lande. Zu ihrem Zustandekommen beizutragen, ist eine wichtige Aufgabe für 1982!

Delegiertenwahlen zum Bundeskongreß der VOLKSFRONT

Das wird ein guter Kongreß!

VOLKSFRONT kämpft gegen Ausländerfeindlichkeit — Viele ausländische Kollegen machen mit

DORTMUND. — Ende Januar findet in Frankfurt der 2. Bundeskongreß der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg statt. Innerhalb der Organisation sind mit den Landesdelegiertenkonferenzen bzw. Mitgliederversammlungen, mit der Wahl der Delegierten für den Kongreß wesentliche Vorbereitungen abgeschlossen.

Mit Freude und großen Erwartungen gehen diese Antifaschisten zu ihrem Kongreß. Das ist unser Eindruck aus vielen Gesprächen und eigener Anschauung. Und dazu gibt es auch gute Gründe.

Der Bundeskongreß der VOLKSFRONT ist von Bedeutung für die gesamte antifaschistische und Friedensbewegung in unserem Land. Denn er stellt aufgrund der in den letzten anderthalb Jahren gemachten Erfahrungen die Weichen für die zukünftige Arbeit der Organisation, die sich — ihrem Namen entsprechend — zum Ziel gesetzt hat, wirklich die breite Front des Volkes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg aufzubauen, die die gegenwärtige, durch allgemein fortschreitende Faschisierung des gesellschaftlichen Lebens und durch massive Kriegsvorbereitungen geprägte Lage so dringend erfordert.

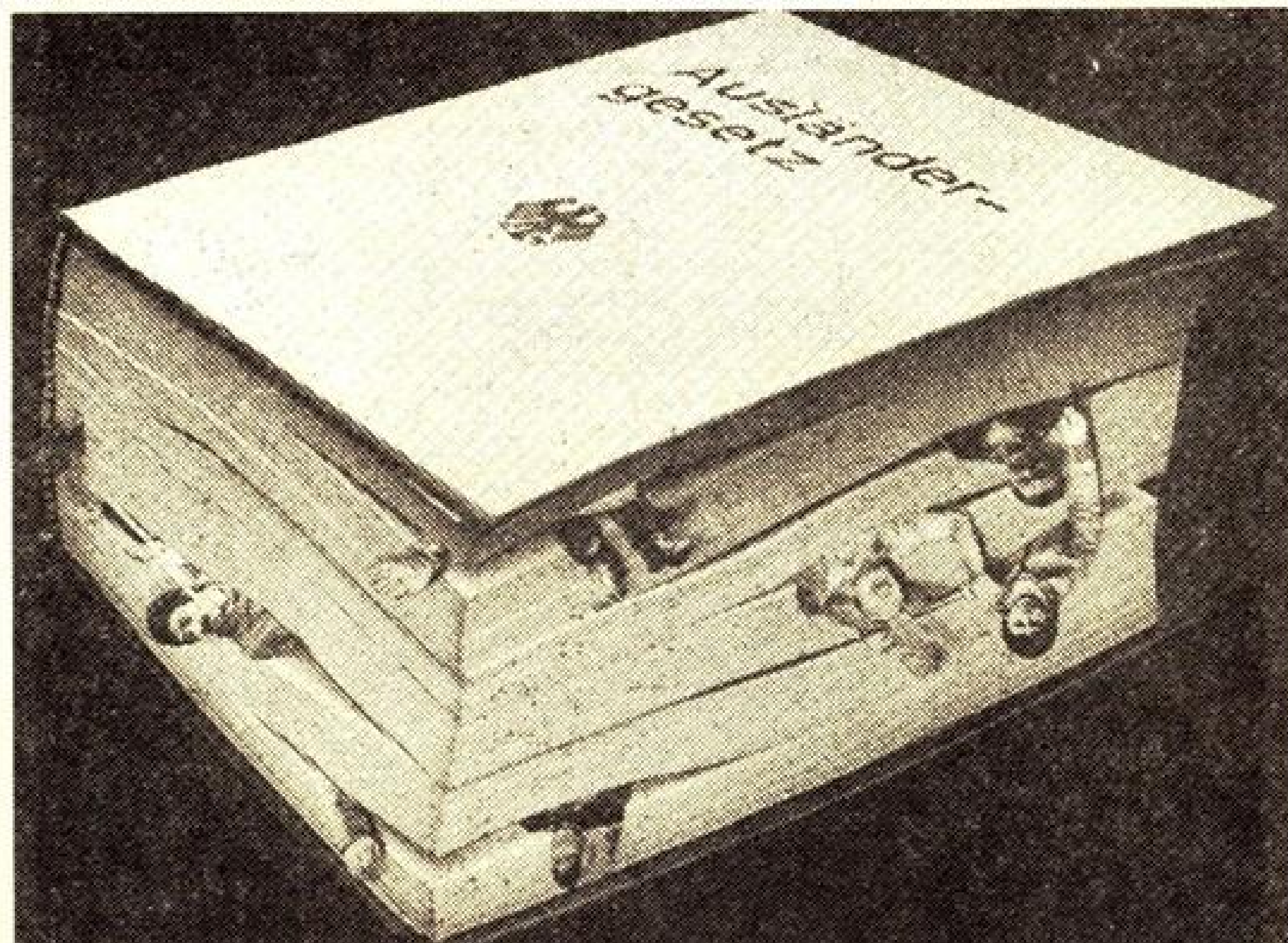
In der Zusammensetzung von Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen spiegelt sich wider, daß das Wirken der VOLKSFRONT in diesem Sinne — bei allen Mängeln in der Arbeit, die hier darzustellen nicht der Platz ist, die aber besonders in den örtlichen Versammlungen ausführlich besprochen wurden und in den Beschlüssen und Resolutionen des Bundeskongresses ihren Niederschlag finden werden — bereits eine Anziehungskraft auf viele Menschen hat, die auf dieser Grundlage aktiv werden wollen und die ansonsten nicht politisch organisiert sind. Und wie ganz allgemein der Gedanke von der Notwendigkeit einer Volksfront zunehmend die Runde macht, so wird offensichtlich auch die konkrete organisierende Arbeit der VOLKSFRONT Gegenstand der Diskussion in anderen politischen Organisationen. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die Empfehlung der Leitung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) an seine Mitglieder, der VOLKSFRONT auf der Grundlage ihrer Grundsätze beizutreten. Einige von ihnen nahmen bereits an den Versammlungen teil.

Diese Tatsachen untergraben auch immer offensichtlicher die Glaubwürdigkeit der von der Bourgeoisie in die Welt gesetzten Behauptung, bei der VOLKSFRONT handele es sich schlicht um eine „Tarn-" oder gar „Nachfolge-Organisation der KPD".

Die Fülle von Anträgen an den Bundeskongreß, die zum großen Teil auf den vorbereitenden Versammlungen beraten wurden, geben die Intensität der Diskussionen über die bisherige und zukünftige Arbeit der VOLKSFRONT wider.

Ausländer in der VOLKSFRONT

Einer der Schwerpunkte dieser Arbeit in nächster Zukunft, das wurde bereits ganz deutlich, wird der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit sein.



Zahlreiche Teilnehmer am Bundeskongreß, das ist in diesem Zusammenhang sicher von besonderer Bedeutung, werden ausländische Kollegen, besonders Kollegen aus der Türkei sein.

In einer Pause während der Landesdelegiertenkonferenz NRW sprach ein RM-Redakteur kurz mit Kollegen aus der Türkei.

RM: Hier ist heute schon viel über Fragen gesprochen, die besonders die ausländischen Kollegen betrafen, über die ausländerfeindliche Hetze, die Faschisten usw. Wie seid ihr jetzt selber zur VOLKSFRONT gekommen, was erwartet ihr von der VOLKSFRONT, wie kann man sie Ausländern, wie könnt ihr sie euren Kollegen nahebringen?

H.: Ich finde es einfach richtig, daß ein Antifaschist in der VOLKSFRONT mitarbeiten muß, auch wenn er ein ausländischer Antifaschist ist, weil die VOLKSFRONT eine antifaschistische Organisation ist, die gegen den Krieg, die Faschisierung und die reaktionären Beschlüsse kämpft. Wir sind doch davon betroffen, wir sind dagegen, und wir möchten deshalb auch mitarbeiten.

Ich bin seit langem in der VOLKSFRONT und arbeite da mit. Ich meine andererseits, daß die VOLKSFRONT noch viel mehr machen muß, um die türkischen Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen. Weil es zur Zeit keine konkreten Informationen in türkischer Sprache gibt, kann man sie nicht so leicht überzeugen. Aber wenn man mit ihnen spricht und die Ziele der VOLKSFRONT klarmacht, warum sie gegründet wurde — dadurch werden sie überzeugt und treten auch ein.

RM: Ihr persönlich redet also viel mit euren Kollegen. Habt ihr in letzter Zeit auch tatsächlich konkret solche Erfolge gehabt, wie du sie von der Möglichkeit her angesprochen hast?

H.: Ja, wir diskutieren eben in den Orten mit türkischen Kollegen, wir haben ihnen unsere Ziele erklärt, und wir hatten jetzt neun neue Eintritte.

RM: Welchen Eindruck habt ihr von der Vorbereitung des Bundeskongresses, habt ihr den Eindruck, daß die VOLKSFRONT auch in der Lage ist, diesen Aufgaben nachzukommen?

H.: Es hat mir ganz gut gefallen, daß alle Anträge dazu so diskutiert wurden. Wir glauben, daß das ein Beitrag dazu ist, die ausländischen Kollegen auch für die VOLKSFRONT zu gewinnen.

Wir haben aber auch Bedenken über die Arbeit in verschiedenen Ortsgruppen. Oft gibt es nur eine schwache Arbeit, obwohl es viele Mitglieder gibt.

Aber ich glaube: wo hier so gut diskutiert wurde, wird auch der Bundeskongeß der VOLKSFRONT gut auslaufen, und er wird ganz bestimmt auch Maßnahmen für die bessere Arbeit unter den ausländischen Kollegen ergreifen.

M.: Ich bin seit zwei Jahren in Deutschland. Ich habe an vielen Diskussionen teilgenommen, ich habe nur die Volksfront-Idee richtig gefunden, habe mit vielen VOLKSFRONT-Kollegen gesprochen. Und deshalb mache ich mit. Ich finde die Arbeit der VOLKSFRONT ganz richtig!

RM: Danke für das Gespräch, und viel Erfolg in der weiteren Arbeit!

Brokdorf-Prozesse

Solidarität mit den angeklagten AKW-Gegnern

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Am Freitag, den 22.1.82 findet in Hamburg im Audimax um 19 Uhr eine Solidaritätsveranstaltung zu den Brokdorf-Prozessen statt.

Am 1.10.81 begann der erste Prozeß wegen der Brokdorf-Demo. Angeklagt sind dort als erste zwei Demonstranten, Markus Mohr und Michael Duffke, wegen des sogenannten „Grabenfotos", das nach der Demonstration im „Stern" veröffentlicht wurde und als Fahndungsfoto, Titel „Mörder von Brokdorf gesucht", durch Presse und Fernsehen ging.

Es ist so, daß es noch weitere Prozesse (einer endete mittlerweile mit einem Freispruch) gegen Brokdorf-Demonstranten geben wird. Sie werden im Anschluß an die ersten, von der Klassenjustiz als Schauprozesse durchgezogen, laufen.

Man muß diese Prozesse in Zusammenhang bringen mit dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Demonstrationsverbot, Polizeistaat usw. Man muß den Zusammenhang zwischen Brokdorf, Nürnberg, Frankfurt usw. sehen.

Am 28.2.81 demonstrierten über hunderttausend AKW-Gegner in der Wilster Marsch gegen das AKW-Brokdorf. Hunderttausend, die sich nicht beirren ließen von demagogischen Kampagnen von Politikern und Medien, von Bürgerkriegsmanövern der Polizei und des Bundesgrenzschutzes.

Während ein Großteil der Demonstranten mittlerweile zur „Tagesordnung" übergegangen ist, sei es, den Kampf auf anderen Schauplätzen weiterzuführen, sei es, es nur bei dem einen Protest zu belassen, sei es, sich in die Resignation treiben zu lassen, ist die Demo vom 28.2.81 für den Staatsapparat, Justiz und AKW-Betreiber noch lange nicht zu Ende. Hunderttausend gegen ihre Pläne — das darf nicht sein, das muß korrigiert werden. Vielmehr soll man in Zukunft von „gewalttätiger Entgleisung", „Mißbrauch des Demonstrationsrechts" usw. sprechen. Es soll allen Teilnehmern kommender Massendemonstrationen gezeigt werden, daß sie dabei Strafen riskieren.

Was der Staatsapparat zur Einschüchterung liefert und welche Schauermärchen er erfindet, ist dazu gut geeignet: SEKs mit dem einzigen und ausdrücklichen Auftrag, Demonstranten festzunehmen, Provokationen von prügelnden Polizeitruppen und vorabpräparierte „Waffenschauen". Es ist ihnen völlig egal, wer festgenommen wird — hauptsächlich. Darunter waren: Gewerkschafter vom Aktionskreis Leben, Sanitäter, langjährige AKW-Gegner und Leute, die zum ersten Mal auf einer Anti-AKW-Demo waren. Es hätte jeder sein können, es geht nicht um Person oder Aktion sondern um eine Massendemonstration — den Störfaktor. Die Angeklagten stehen für alle beteiligten Demonstranten.

Wir solidarisieren uns mit den Angeklagten, weil wir wissen, daß es sich um politische Prozesse handelt. Wer sich davon distanziert, distanziert sich von sich selbst. Das Ziel ist: Noch leichter eine Demo zu kriminalisieren, Verschärfung des Demonstrationsrechts, Vermummungsverbot, Ausweitung des Landesfriedensbruchsparagraphen und noch größere Bewaffnung der Polizei.

Wer das nicht will, muß heute was dagegen tun, damit die demokratischen Rechte nicht noch weiter ungehindert eingeschränkt werden können. Die Wiese von Brokdorf ist zum politischen Rasen der BRD geworden. Wir fordern alle auf, nach ihren Kräften Solidarität mit allen Brokdorf Angeklagten unter Beweis zu stellen.

- Sofortige Freilassung von Michael Duffke;
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren gegen AKW-Gegner;
- Sofortiger Baustopp in Brokdorf;
- Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo;
- Uneingeschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit

Unterstützer bisher u.a.: AStA Uni, AL, AStA Hfbk, AStA HWP, AKL, BUU Bartelsstraße, BBU, BI Uhlenhorst, BWK, DKP, DFU, FR Jura 2, VOLKSFRONT, VDJ, GIM, Judos, Jusos, KPD, KJD, KBW, KB, SDAJ, Die Grünen, RHD e.V.

Solidaritätsveranstaltung 22.1.82, 19 Uhr

Es treten auf: u.a. Elbe 1, Schauspieler aus dem Schauspielhaus, Liekedeeler

Es reden u.a.: Markus Mohr, Angeklagter
Kay Seligmann, Angeklagter
Prof. Normann Peach, Rechtswissenschaftler, Vorsitzender vom Verband demokratischer Juristen (VdJ)
Heinrich Voß, Kläger gegen AKW Brokdorf
Inge Ammonn, Vorstand BBU
P. Magsam, Rechtsanwalt
G. Baisch, Rechtsbeistand von Michael Duffke
Ein Vertreter des AStA Uni Hamburg
Ein Vertreter der Gewerkschaft

P.S.: Die Presseerklärung schicke ich euch nächste Woche zu.
Rot Front
Wolfgang (Hamburg)

Meldungen

Vermummungsverbot

Immer neue reaktionäre Maßnahmen in Westberlin: Im Zusammenhang mit Demonstrationen am 8. und 10. Januar erließ der Westberliner Polizeipräsident Hübner in Absprache mit Innensenator Lummer erstmals ein „Vermummungsverbot" und ein Verbot der „passiven Bewaffnung". Die Demonstranten wurden also gezwungen, mit vollständig unverdecktem Gesicht und z.B. ohne Motorradhelme zu demonstrieren. Dadurch soll erreicht werden, daß alle Demonstranten von der politischen Polizei auf Filmen und Fotos deutlich erkennbar festgehalten werden können und daß sie bei eventuellen Zusammenstößen mit der schwerbewaffneten reaktionären Polizei ungeschützt den Angriffen der „Ordnungshüter" ausgesetzt sind. Es ist damit zu rechnen, daß zumindest weitere CDU-regierte Länder diesem Beispiel folgen werden.

Graue Wölfe

Pressemitteilung

Seit einiger Zeit werden an der GHS Essen Mitglieder der türkischen faschistischen Organisation „Graue Wölfe" aktiv. So ist es schon mehrmals vorgekommen, daß türkische Kommilitonen, unter anderem der kurdische Ausländerreferent, von ihnen bedroht wurde. Es wurden sogar Morddrohungen ausgesprochen. Daß dies keine leeren Drohungen sind, kann man an den politischen Morden sehen, die von den „Grauen Wölfen" in der Türkei und in der BRD verübt worden sind.

Aus diesem Grund fordert der AStA der GHS Essen das Verbot der „Grauen Wölfe" und ihrer Aktivitäten.

AStA Pressereferent
Unterschrift



Bundesgrenzschutz schützt Neonazis

In Hilders im Kreis Fulda hielten Mitglieder der militanten neofaschistischen Gruppe „Wiking-Jugend" ein sogenanntes Winterlager ab. Um sie vor dem Protest der Antifaschisten zu schützen, waren nicht nur Polizisten, sondern auch BGS-Einheiten aufgezogen!

Gegen diesen Skandal — es ist bereits die 14. Nazi-Zusammenrottung dieser Art — protestierten mehrere hundert Menschen, darunter viele Gewerkschafter, mit einer Demonstration und Kundgebung in Hilders. Der antifaschistische Schriftsteller Peter O. Chotjewitz forderte im Namen der Demonstranten und aller Antifaschisten das Verbot aller faschistischen Organisationen und der Umtriebe alter und neuer Nazis.

Ostfriesland — Armenhaus Westdeutschlands?

Arbeiterkorrespondenz aus Emden

Liebe Genossen!
Ich möchte einmal am Beispiel Ostfrieslands die Auswirkungen der Teuerung, der Rotstiftpolitik und der Massenarbeitslosigkeit auf diese Region aufzeigen.

Die Teuerungsrate klettert z.Z. auf über 7 Prozent im Bundesgebiet hinauf. Das ist aber nur die Zahl für den Bundesdurchschnitt, hier in Ostfriesland gibt es einen kräftigen Schlag drauf. Ich habe einmal die Zahlen für die Stadt Emden zusammengetragen, alle Erhöhungen gelten ab Januar 82. Die Müllabfuhr wird ihre Preise um 100 Prozent erhöhen. Normalerweise wird der Müll zweimal wöchentlich abgeholt; doch damit wir richtig eingestimmt werden, wurde der Müll zwischen den Feiertagen nur einmal die Woche abgeholt. Aber man kann ja städtische Müllsäcke kaufen.

Die Abwasserabgabe wird um 29 Prozent, Gas und Strom um 20 Prozent, der Wasserpreis pro Kubikmeter um 9 Prozent, die Straßenreinigungsgebühren um 5 Prozent erhöht. Auch vor den Toten wird nicht haltgemacht, die Hinterbliebenen müssen gleich 35 Prozent mehr für die Grabgebühren hinblättern. Nur einmal diese Zahlen für sich genommen ergeben eine Erhöhung der Ausgaben um 31 Prozent für diese Bereiche. Die Erhöhung der Grundmiete, die bei der Neuen Heimat bald anstehen wird, ist dabei noch gar nicht berücksichtigt.

All die anderen bekannten Kürzungen aus unseren Geldbeuteln will ich gar nicht erwähnen.

Als Gegenleistung hat der Kämmerer der Stadt Emden kräftige Kürzungen auf allen Gebieten angekündigt. Die Bereiche Schulen, Soziales und Gesundheit sind davon besonders betroffen.

Ich will das am Beispiel des Rettungsdienstes aufzeigen.

Emden hat 51 186 Einwohner, laut Erlaß des niedersächsischen Sozialministers muß auf 12 000 Einwohner ein Krankenwagen kommen. Nach Adam Riese wären das vier bis fünf Krankenwagen für die Stadt, davon müßten ein bis zwei Rettungsfahrzeuge mit qualifiziertem Personal sein. Wie sieht es aber nun aus?

Im Jahr 81 gab es in diesem Bereich bereits vier Entlassungen, die Besetzung der Wagen wurde runterqualifiziert und Fahrzeuge wurden gestrichen. Ab 1. Januar sollen nun ein Rettungswagen und ein Krankentransportwagen rund um die Uhr, ein weiterer Krankentransportwagen von sieben bis 16 Uhr im Einsatz sein. Die Besetzung soll dann aus einem Rettungssanitäter und einem Zivildienstleistenden bestehen. Das gab es seit 15 Jahren in Emden nicht mehr. Unter diesen Bedingungen läßt sich ein guter Rettungsdienst nicht mehr durchführen, es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis der erste Notfallpatient buchstäblich auf der Strecke bleibt.

Menschenfeindliche „Sparpolitik“

Aber die Rettungssanitäter des DRK wollen diesen Zustand nicht hinnehmen. Sie verteilten Flugblätter und sammelten über 4 600 Unterschriften, die sie mit einer Resolution dem Oberbürgermeister der Stadt, Alberts, übergaben. In der Resolution stellen sie ihre Mindestforderungen:

- Ein Rettungswagen, der mit zwei Rettungssanitätern rund um die Uhr besetzt ist;
- Zwei Krankenwagen, die mit je einem Rettungssanitäter und einem Zivildienstleistenden rund um die Uhr besetzt sind;
- Ein Krankenwagen, der mit einem Rettungssanitäter und einem Zivildienstleistenden bei Bedarf eingesetzt wird.

Z.Z. versuchen die Rettungssanitäter, mit einer einstweiligen Verfügung beim Verwaltungsgericht Oldenburg gegen die neue Regelung der Stadt vorzugehen. Die Stadt hat den Sanitätern inzwischen verboten, öffentlich zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Aber es ist klar, sie dürfen sich nicht den Mund verbieten lassen, nur durch den aktiven Widerstand gegen die Rotstiftpolitik läßt sich was erreichen.

Schon dieses kleine Beispiel zeigt, wie menschenfeindlich die Rotstiftpolitik bis in die Kommunen hinein ist, wie sich die kapitalistische Krise auf die Bevölkerung im einzelnen auswirkt.

Übrigens: Emden ist seit jeher eine Hochburg der Sozialdemokraten.

Und was tun die Gewerkschaften gegen diese Politik? Der DGB Kreis Emden/Norden befürchtet, daß im Haushalt 1982 der Stadt Emden an der falschen Stelle gespart werden soll. Noch vor der Verabschiedung des Etats Ende Januar will sich der Kreisvorsitzende des DGB mit kommunalpolitischen Gremien zusammensetzen.

Das ist bis jetzt alles, ansonsten haben sie nichts zu sagen. Auch hier oder gerade in dieser Region wäre es dringend notwendig, mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Sparpolitik zu Felde zu ziehen.

Im Juni des Jahres schloß das Kaufhaus Hertie — das einzige in der Stadt — seine Tore. Die Begründung der Hertie-Konzernherren möchte ich euch nicht vorenthalten, denn sie läßt an Zynismus nichts mehr zu wünschen übrig. Die Konzernleitung verwies auf die hohen Arbeitslosenziffern im ostfriesischen Raum, auf das niedrige Lohnniveau und die schlechten Verbindungen und zog die Schlußfolgerung daraus, daß die Kaufkraft dadurch gesunken sei. Hertie war nicht bereit, sinkende Umsätze hinzunehmen, und löste lieber ein komplettes Kaufhaus auf. Wer arbeitslos ist, der braucht sich offensichtlich um seine Versorgung nicht mehr zu sorgen, sie wird einfach eingestellt.



1500 Beschäftigte mehrerer Betriebe besetzten im Mai letzten Jahres das Rathaus in Leer, um gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu protestieren.

Über 20 Prozent Arbeitslose

Damit wären wir bei dem Thema Arbeitslosigkeit.

Wie ich heute die „Emder Zeitung“ aufschlage, fällt mir gleich eine Überschrift ins Auge: „Höchststand zum Jahresende: „Über 20% Arbeitslose in Norden‘.“

Die Arbeitslosenquote liegt im Bundesgebiet bei 6,4 Prozent. 1980 lag sie im Bundesdurchschnitt bei 3,8 Prozent, im Bezirk Emden bereits bei 7,3 Prozent und im Bezirk Leer sogar bei 7,6 Prozent. Das war 1980. Das Jahr 1981 war für die Ostfriesen ein hartes Jahr. Seit den ersten Januartagen herrschte hier Massenarbeitslosigkeit. Im Bezirk Emden 13 Prozent, im Bezirk Leer 16,9 Prozent, Aurich 15,3 Prozent und in Norden schon 17,2 Prozent. Die Zahlen sanken zwar im Laufe des Jahres, wie es ja auch üblich ist. Der Winter ging vorbei, doch mit jeder neuen Arbeitslosenzahl kamen neue Schreckensmeldungen: Höchste März-Quote seit '59 (11,2 Prozent), seit 24 Jahren nicht so viele Arbeitslose im April (9,2 Prozent). Erstmals kein Rückgang der Arbeitslosenzahlen im September...

Die Arbeitsplatzvernichtung geht in Riesenschritten voran. In Leer wurde die Landwirtschaftsmaschinenfabrik Cramer teilweise geschlossen, Olympia/Leer wird stark reduziert (Olympia/Leer sollte ganz dichtgemacht werden, aber der Kampf der Kollegen, Demonstration, kurze Besetzung einer Kreuzung, ohne Anmeldung Zug ins Rathaus, konnte eine volle Schließung verhindern). Doornkaat in Norden macht für vier Monate die Türen zu, Hertie/Emden machte ganz dicht. Massenentlassungen im Baugewerbe von Leer und Norden. Und wieder kommt der Winter.

In Leer wurde zum 1. Oktober 518 Bauarbeitern gekündigt. Nun soll zum 2. Januar 1982 weiteren 1 000 Kollegen im Bauhandwerk gekündigt werden. Damit sind in Leer 2 950 Bauarbieter arbeitslos und 600 Kollegen haben im Bauhandwerk noch Arbeit. Damit liegt ab Januar in Leer die Arbeitslosenquote über 20 Prozent.

In Aurich wird damit gerechnet, daß 70 Prozent bis 80 Prozent der 70 Baufirmen die gesamte Belegschaft entlassen.

Norden ist die zweite Stadt in Ostfriesland mit über 20 Prozent Arbeitslosen. Jeder fünfte erwerbstätige Norder ist arbeitslos.

In Betrieben des Emder Hafens wird kurzgearbeitet.

Nach Angaben des Emder Arbeitsamtes könnte der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit noch bevorstehen! Zwei der vier „großen“ Städte Ostfrieslands liegen jetzt schon bei über 20 Prozent Arbeitslosen. Die „Utopie“ von 5 Millionen Arbeitslosen Mitte der achtziger Jahre nimmt hier in dieser Region schon ganz konkrete Formen an.

Und das, obwohl es im VW-Werk Emden seit August 1 436 Neueinstellungen gab und VW plant, bis April von jetzt 9 320 auf über 10 000 Beschäftigte zu gehen. Man muß natürlich berücksichtigen, daß VW nicht nur einstellt, sondern auch unliebsame Kollegen rausschmeißt. Was wäre aber, wenn VW/Emden z.Z. nicht einstellen würde? Was man allerdings nicht übersehen darf,ist, daß die Neueinstellungen nur deswegen gemacht werden, weil der neue Passat ein „Renner“ ist. Nur wie lange noch? VW scheute sich vor mehreren Jahren nicht, als es bergab ging, rigoros zu entlassen. Und dann kommt es knüppelhageldick!

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Ostfriesland beträgt im Dezember 15 Prozent; das sind mehr als 13 000 Arbeitslose. Besonders ist auch hier die Jugend davon betroffen. Die neuen gesetzlichen Regelungen, die der neue Bundeshaushalt den Arbeitslosen beschert, werden unsere Region natürlich besonders treffen.

Herausforderung an die Gewerkschaft

Gerade hier muß wieder die Frage gestellt werden, wie sich die Gewerkschaften, wie sich der DGB verhält.

Die DGB-Landesbezirke Nordmark und Niedersachsen haben 1980 ein „Strukturprogramm Küste“ herausgegeben, wo sie unter Punkt C. (Regionale Maßnahmen) folgende Feststellungen treffen:

1. „Es muß eine aktive Arbeitsmarktpolitik gemacht werden“,
2. „Stärkere Ausrichtung wirtschaftspolitischen Handelns auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer“.

Was diese Punkte konkret heißen sollen, darüber wird sich ausgeschwiegen.

3. „Intensivierung der Arbeitsvermittlung“.

Hier wird den Arbeitsämtern die Schuld an der Misere gegeben. (Was ein bißchen stimmen mag, aber nie ein Hauptgrund sein kann).

4. „Aufbau eines zukunftsorientierten Arbeitsmarkt-Informationssystems“.

Das sind alles Worte, die schön klingen, aber auf ein „Bitte, bitte, lieber Kapitalist“ hinauslaufen. Kein konkreter Vorschlag, keine Öffentlichkeitsarbeit und keine Mobilisierung der Kollegen.

Hier kann nur eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaften etwas ändern, hier müssen alle fortschrittlichen Gewerkschafter Druck machen. Ein erster Schritt wäre es, wieder in den Gewerkschaften, unter den Kollegen und Bürgern der Stadt die Losung auf die Tagesordnung zu setzen: Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Rot Front
L.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Auf seiner Delegiertenkonferenz im vergangenen November hat der KBW eine „Resolution zum Kampf gegen den drohenden Krieg“ verabschiedet, in der breiten Teilen der gegenwärtigen Friedensbewegung vorgeworfen wird, sich ausschließlich auf die Waffenfrage zu konzentrieren, statt eine „politische Gesamtkonzeption gegen den Krieg“ zu entwickeln. Der KBW selbst hat eine solche „Gesamtkonzeption“ natürlich bei der Hand.

Wir wollen im folgenden untersuchen, inwieweit sie geeignet ist, die ja tatsächlich vorhandene Begrenztheit der Friedensbewegung zu überwinden und eine brauchbare Perspektive für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu entfalten.

Wenn vom drohenden Krieg gesprochen wird, erhebt sich für jeden, der diesen Krieg nicht als eine Naturkatastrophe begreift, als erstes die Frage: **Wer bereitet ihn vor und in welchem Interesse?** Darauf antwortet Hans-Gehart Schmierer, Sekretär des KBW: „Die Hauptkriegsgefahr geht von den beiden Supermächten und ihrem Weltherrschaftsstreben aus.“ („Kommunismus und Klassenkampf“ [KuK] 6/81, Seite 11.) Soweit so gut. Nun machen aber Schmierer und der KBW zwischen diesen beiden Supermächten beträchtliche Unterschiede. In der oben erwähnten Resolution etwa heißt es, die Sowjetunion sei Mitte der 70er Jahre zu einem Kurs der strategischen Expansion übergegangen, während die USA dem gegenüber erst seit Bildung der Reagan-Regierung „zur Vorbereitung von gezielten Gegenmaßnahmen übergegangen“ wären. Und nach Schmierer dienen auch diese „Gegenmaßnahmen“ nur der Sicherung des bestehenden Machtbereichs der amerikanischen Imperialisten. **Hier haben wir also das sattsam bekannte Schema von der aggressiven und der defensiven Supermacht, wie es von den chinesischen Revisionisten entwickelt wurde, zu deren „Drei-Welten-Theorie“ sich der KBW im übrigen mit geringen Abstrichen auch bekennt.**

Amerikanische Defensive?

Was den Wahrheitsbeweis für die angeblich amerikanische Defensive gegenüber der Sowjetunion betrifft, so verzichtet der KBW großzügig auf jeden Versuch, einen solchen Beweis zu führen. Kein Wunder. Man muß sich nur diejenige Region der Welt ansehen, die seit geraumer Zeit im Zentrum der Rivalität beider Supermächte steht, den Nahen Osten nämlich. Dort haben die Moskauer Sozialimperialisten entscheidende Bastionen (Somalia und vor allem Ägypten) schon in der Ära Kissinger an die amerikanischen Konkurrenten verloren, während ihr Einfluß auf die Nahost-Politik insgesamt beträchtlich sank, schließlich auch der Irak ins Lager des US-Imperialismus überwechselte und es den Kreml-Herren bis heute nicht gelang, zumindest die strategische Niederlage der amerikanischen Supermacht im Iran für ihre eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen.

Es könnten noch viele andere Faktoren angeführt werden, die keineswegs für eine amerikanische Defensive sprechen, etwa das gelungene Einbinden Chinas in eine gemeinsame Front gegen die Sowjetunion. Oder die Entwicklung in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika, wo die Sozialimperialisten ebenfalls dabei sind, Positionen wieder zu verlieren, die sie sich durch ihre Politik der vorgeblichen Unterstützung der Befreiungsbewegungen in diesen Ländern erworben hatten. Gerade hier zeigt sich bei nüchterner Betrachtung, daß es Moskau nicht geringe Schwierigkeiten bereitet, seine Interessensgebiete zu konsolidieren und gegen die amerikanischen Rivalen abzusichern.

Anmerkungen zur Haltung des KBW im Friedenskampf

Wie der KBW den westdeutschen Imperialismus „verschwinden“ läßt

Hier geht es nun nicht etwa darum, den Beweis zu erbringen, daß die amerikanische Supermacht aggressiver sei als die sowjetische. Für unsere Stellung zum imperialistischen Krieg ist es völlig ohne Belang, welche der beiden Supermächte in einer bestimmten Phase aggressiver auftritt als die andere. „Es ist nicht Sache der Sozialisten“, sagte Lenin, „dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland) zu helfen, die älteren sattgefressenen Räuber auszuplündern. **Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen.**“ Das ist die Haltung einer kommunistischen Partei gegenüber zwei imperialistischen Mächten oder Machtgruppierungen, deren Rivalität einen Krieg hervorzubringen droht. Es ist aber nicht die Haltung des KBW. Seine Konstruktion einer defensiven und einer aggressiven Supermacht dient letztlich — wie sich noch zeigen wird — dazu, den einen Räuber gegen den anderen zu unterstützen.

Der „zweitrangige“ Imperialismus

Zunächst aber wollen wir uns ansehen, wie der KBW die Rolle „unserer“ Bourgeoisie in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges einschätzt. Dazu schreibt Günter Schabram im theoretischen Organ des KBW: „Heute gibt es zwei Supermächte, die europäischen Mächte sind zweitrangig und nicht mehr Weltmächte. Sie können nicht mehr Subjekt, Ausgangspunkt für einen neuen Krieg werden, sondern Objekt, Bedrohte des drohenden Krieges.“ (KuK 8/81, Seite 24.) Wohlgemerkt: Hier ist nicht von den europäischen **Ländern**, sondern ausdrücklich von den imperialistischen europäischen **Mächten** als den Opfern eines kommenden Krieges die Rede.

Ein Freispruch erster Klasse also. Der KBW stellt „seiner“ Bourgeoisie den Persilschein aus und erklärt sie schon im Vornherein für unschuldig an einem möglichen kommenden Massenmorden. Die europäischen Imperialisten sind nicht aktiv Handelnde bei der Vorbereitung des Krieges, sie sind nur Objekte der amerikanisch-sowjetischen Machenschaften. Sie sind Bedrohte genau wie die Völker Europas — und das alles nur wegen einer Kleinigkeit — weil sie nämlich „zweitrangig“ sind. Aber wie verträgt sich die Freisprechung der europäischen Mächte mit der Tatsache, daß sie Mitglieder der von den Supermächten beherrschten Koalitionen sind? Wie mit der Tatsache, daß sie imperialistische Ziele verfolgen, die sich letztlich nur mit militärischen Mitteln (im Rahmen der Blöcke), mit dem Krieg verwirklichen lassen?

Lenin jedenfalls hatte über die Rolle der „zweitrangigen“ Imperialisten eine andere Meinung als der KBW: „Ist der Krieg ein reaktionärer, imperialistischer Krieg, d.h. ein Krieg, der von zwei Mächtegruppen der imperialistischen, gewalttätigen, raubsüchtigen, reaktionären Weltbourgeoisie geführt wird, **so macht sich jede Bourgeoisie (sogar die eines kleinen Landes) der Mittäterschaft am Raube schuldig.**“ (LW Bd. 28, Seite 287) Wie man sieht, bestimmt sich die Rolle, die eine herrschenden Klasse bei der Vorbereitung und Durchführung eines Krieges spielt, nicht dadurch, ob sie eine große oder eine kleine Macht repräsentiert, sondern aus dem Charakter des Krieges. Und den bezeichnet — was den drohenden Weltkrieg betrifft — ja auch der KBW als imperialistisch.

Die These von der „zweitrangigen Macht“ als unschuldigem Opfer ist denn auch allzu kläglich. Aber der KBW hat nicht nur seinen Schabram. Er hat auch immer noch seinen



Belgische Aggressionstruppen im Kongo — nach Meinung des KBW gibt es keinen europäischen Imperialismus mehr.

Schmierer als bewährten Cheftheoretiker, der noch jeder Wendung in der Politik des KBW einen „wissenschaftlichen“ Anstrich zu geben wußte. Schmierer weiß natürlich sehr wohl, daß man nicht mit dem Anspruch als kommunistischer Vordenker auftreten und dann mit solch jämmerlichen Kategorien wie „klein“ und „groß“ bei der Beurteilung imperialistischer Machtpolitik kommen kann. Also geht er in die Vollen, nimmt sich Lenins Imperialismus-Theorie vor und entwickelt sie weiter — natürlich „schöpferisch“, nach Art des KBW.

Schmierers „Weiterentwicklung“ der Imperialismus-Theorie

Was dabei herauskommt? Nun, beispielsweise dies: „In Deutschland gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexport, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht...“ (KuK 6/81, Seite 29). Nicht etwa, daß Hans-Gerhart Schmierer Lenin widerlegen wollte. Nichts liegt ihm ferner. Aber Lenin ist nun schon so lange tot, und „der Imperialismus hat sich weiterentwickelt“. (KuK 6/81, Seite 29) Lenin hat eine ganz brauchbare Analyse des Imperialismus entwickelt, aber die galt eben nur für seine Zeit. Für Schmierer gilt: Neue Zeiten, neue Theorien — und schwupp! ist der deutsche Imperialismus verschwunden.

Bevor wir uns näher mit diesem Zauberkunststück beschäftigen, wollen wir die bekannte Leninsche Definition des Imperialismus anführen.

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. Es bilden sich internationale monopolitische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. **Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.**“ (LW Bd. 22, Seite 270)

Lenin hat also, das wird aus diesem kurzen Zitat schon deutlich, mit dieser Definition keineswegs eine bestimmte vorübergehende Erscheinung beschrieben, sondern den Imperialismus ausdrücklich als eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus bezeichnet. Also müßte sich der Kapitalismus in Deutschland entweder auf eine frühere Stufe zurückentwickelt, oder aber in den Sozialismus weiterentwickelt haben, wenn es heute — wie Schmierer behauptet — keinen deutschen Imperialismus mehr gibt. Aber schon der oberflächlicheste Augenschein zeigt ja, daß weder das eine noch das andere der Fall gewesen ist.

Schmierer macht es uns nicht leicht, das Rätsel um den verschwundenen Imperialismus zu lösen. Auf Beweisführ' ng wird auch hier verzichtet. Es gibt lediglich drei Hinweise:
1. „Imperialismus ist Streben nach *Welt*herrschaft, Beherrschung und Eroberung fremder Länder, und trotz hochentwickeltem Kapitalismus ist es mit der Eroberung und Beherrschung fremder Länder durch die BRD gegenwärtig nicht weit her.“ 2. Es gibt keinen deutschen und überhaupt keinen europäischen Kolonialismus mehr. 3. Die westdeutschen Monopole sind „in den seltesten Fällen Monopole, die zusammen mit anderen Monopolen die Welt unter sich aufteilen könnten.“ Zudem haben sie „fast keine Möglichkeit, sich die Konkurrenz politisch vom Halse zu schaffen.“ (KuK 6/81, Seite 29)

Da liegt es ja auf der Hand, daß der Imperialismus nicht nur bei uns, sondern — so Schmierer — in ganz Eurpa (mit Ausnahme der Sowjetunion natürlich) verschwunden ist und, daß die europäischen Mächte überaus friedlich geworden sind. Beispielsweise schließt Schmierer kriegerische Auseinandersetzungen zwischen diesen Ländern und der „Dritten Welt“ aus.

In Kautskys Spuren

Eigenartige Gebilde sind da also entstanden. Ihre ökonomische Basis ist das Monopol — darauf jedoch baut sich eine friedliche, nicht imperialistische Politik auf. **Aber solche Zwitterwesen gibt es eben nur im Märchen, oder in der verrotteten Phantasie eines Menschen, der mit allen Mitteln dem sozialchauvinistischen Kurs seines Vereins eine „wissenschaftliche“ Grundlage geben will.** Denn ganz offensichtlich ist doch das friedliche Zusammenleben von „Dritter Welt“ und den europäischen Mächten („Zweiter Welt“) ein ausgemachter Schwindel. Man braucht nur an die blutigen Aggressionen Frankreichs in Zaire und im Tschad zu erinnern, an die Beteiligung der DDR am Ausrottungsfeldzug gegen Eritrea, an die schon abgemachte Unterstützung der US-Eingreiftruppe durch britische Verbände usw.

Ganz offensichtlich setzt Schmierer den Imperialismus einfach mit dem Kolonialismus gleich, um mit diesem auch jenen verschwinden zu lassen. Bezeichnenderweise fehlt ja in seinen Ausführungen jeglicher Hinweis auf die Existenz des Neokolonialismus als derjenigen Form, mit der heute die imperialistischen Mächte die Ausplünderung und Beherrschung der „Dritten Welt“ betreiben. Wobei sich natürlich auch die westdeutschen Monopole an der Konkurrenz um die Aufteilung der Welt beteiligen — und nicht nur in den „seltensten Fällen“. Insgesamt versucht Schmierer nichts anderes, als die ökonomischen Grundlagen des Imperialismus (die er ja auch in der BRD als gegeben ansieht) von der daraus **notwendig** erwachsenden Politik zu trennen.

Damit erweist er sich nur als „moderne“ Variante des Uralt-Renegaten Kautsky, dem schon Lenin vorwarf: „Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzkapital ‚bevorzugten‘ Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, **als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik.** Als ob die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Form des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großmächten bildet, vereinbar wäre mit einer nicht imperialistischen Politik. Das Resultat ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalen Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, **das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.**“ (LW Bd. 22, Seite 274)

Damit weist Lenin darauf hin, daß es die inneren Gesetzmäßigkeiten des monopolistischen Kapitalismus selbst sind, die ihn dazu treiben, die Sicherung des Maximalprofits nicht nur durch vermehrte Ausbeutung des Proletariats im eigenen Land zu suchen, sondern auch durch die systematische Versklavung und Ausplünderung der Völker anderer Länder (und darüber hinaus dann auch durch die Militarisierung der Wirtschaft und schließlich durch den Krieg). Wobei — um das noch einmal zu sagen — die Versklavung eines Landes durch eine imperialistische Macht durchaus nicht an die „klassische“ Form der direkten Kolonialherrschaft gebunden ist. Sicher gibt es heute kein Land der „Dritten Welt“, das hauptsächlich oder gar ausschließlich vom deutschen Imperialismus beherrscht würde. (Das ist eine Folge seiner Niederlage im letzten Weltkrieg.) Diese Tatsache schließt jedoch nicht aus, daß der deutsche Imperialismus an der neokolonialistischen Herrschaft über andere Länder **beteiligt** ist.

Was bedeutet Streben nach Weltherrschaft?

Was schließlich die Frage des Krieges betrifft, so versucht sich Schmierer dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er als Imperialismus nur das Streben nach Weltherrschaft gelten läßt — mit der Betonung auf **„Welt“**. Nun wird niemand behaupten wollen, aus der Politik des westdeutschen Imperialismus erwachse das Bestreben, sich in einem kommenden Krieg die ganze Welt, also alle fünf Kontinente, unter den Nagel zu reißen. Aber was Schmierer hier macht, ist ein Taschenspielertrick, eine absurde Verdrehung der Leninschen Begriffe. Schließlich hatten sich die imperialistischen Mächte im Ersten Weltkrieg auch nicht die Weltherrschaft in diesem Sinne zum konkreten Kriegsziel gesetzt, sondern vielmehr ganz bestimmte Annexionen, die Schwächung der Konkurrenten, die Erweiterung ihres Kolonialgebiets usw. **Dennoch bestreitet selbst der KBW nicht, daß es sich dabei um einen Krieg mit imperialistischer Zielsetzung bei allen beteiligten Mächten gehandelt hat.**

Und was den heutigen westdeutschen Imperialismus angeht, so dürfte doch unbestritten sein, daß er mit seiner Politik der Nichtanerkennung der DDR und der polnischen Westgrenze offen Gebietsansprüche stellt, die sich letztlich nicht mit friedlichen Mittel befriedigen lassen. Allein schon dieses Ziel,

Fortsetzung auf Seite 10

Wie der KBW den westdeutschen Imperialismus „verschwinden" läßt

Fortsetzung von Seite 9

die DDR und Westpolen zu annektieren, ist für ihn ein Grund zur Beteiligung am amerikanischen Militärblock und an der Vorbereitung des Krieges. **Denn es wird bei diesem Krieg um die Neuaufteilung der Welt und damit um die Aufteilung der Beute unter diejenigen Mächte gehen, die zu den „Siegern" gehören.**

Der KBW jammert darüber, daß der friedliche westdeutsche Nichtimperialismus doch nur zu den Opfern eines solchen Krieges zählen könnte. Da denken die Monopolherren wahrhaftig anders: Nach ihrer verbrecherischen Logik soll als Ergebnis des Völkergemetzels wenigstens das alte Großdeutschland unter ihrer Herrschaft wiedererstehen. **Und dann wird man weitersehen.**

Es gehört ja zu den besonderen Dreistigkeiten der KBW-Theoretiker, daß sie von Lenin behaupten, er hätte in seiner Analyse des Imperialismus dessen mögliche „Weiterentwicklung" nicht berücksichtigt. Sie selbst aber starren auf eine bestimmte historische Kräftekonstellation im imperialistischen Lager, die sich in den 60er Jahren herausgebildet hat und halten sie für das ewigwährende Gesicht des Imperialismus.

So wie sie das ökonomische Grundgesetz des monopolistischen Kapitalismus leugnen, „übersehen" sie auch das Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung. Lenin hat während des Ersten Weltkrieges geschrieben: „Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftlich, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar', daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren *un*verändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar." (LW Bd. 22, Seite 300)

Im Gegensatz zu den „marxistischen" KBW-Theoretikern haben die westdeutschen Imperialisten durchaus ein gewisses Verständnis von den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung. Und das bedeutet eben nicht zuletzt, daß sie sich von einem kommenden Krieg auch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses unter den „Siegermächten" erhoffen — so wie nach dem letzten Krieg die USA auf Kosten Englands und Frankreichs aufgestiegen sind —, um dann den Kampf um die Weltherrschaft auf einer neuen Stufe wieder aufzunehmen.

Im nächsten RM: Der KBW und der „Verteidigungskrieg" gegen die Sowjetunion. Volksbewaffnung oder Unterstützung der Bundeswehr? Die Losung vom „Blockfreien Europa".

II. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks/ML

Ein Parteitag im Zeichen des proletarischen Internationalismus

Kürzlich fand in Dänemark der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) statt. Er fand seinen offiziellen Abschluß mit einer internationalen Veranstaltung am Abend des 2. Januar in Kopenhagen.

Der II. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten zog Bilanz über den Kampf, den die Partei in den drei Jahren seit ihrer Gründung geführt hat. In diesen drei Jahren haben die dänischen Genossen nicht nur ihr Ziel erreicht, die Partei in allen Regionen des Landes aufzubauen. Sie haben in dieser Zeit auch wichtige Erfolge bei der Verankerung der Partei in den Massen errungen. In der Grußadresse unserer Partei zum II. Parteitag der KPD/ML heißt es dazu:

„Ihr habt Eure Partei im Kampf aufgebaut und ward von Anfang an bestrebt, Euch unter den Massen zu verankern: In den Betrieben, wo Ihr den Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreibt; im Kampf für die Gleichberechtigung und für die Befreiung der Frau; im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg; bei der Unterstützung einer antikapitalistischen Front auf dem Land usw. usf.

Mit den Erfolgen, die Ihr dabei errungen habt, habt ihr zugleich die bürgerliche Lüge widerlegt, daß sich der Marxismus-Leninismus heute angeblich in einer Krise befindet. Ihr, wie jede Partei, die den Marxismus-Leninismus unter den Arbeitern und den Werktätigen propagiert, stellt täglich fest, daß der Marxismus-Leninismus auch heute die einzige Wissenschaft ist, die auf die brennenden Fragen und Probleme der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen eine Antwort geben kann."

Die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten hatte die marxistischen Parteien anderer Länder nicht nur zur Teilnahme an der internationalen Abschlußveranstaltung des Parteitages eingeladen, sondern auch zur Teilnahme am Parteitag selbst. Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien aus der Bundesrepublik, aus Spanien, Portugal, Frankreich, Britannien, Türkei, Kanada und eine Delegation aus Schweden nahmen als Gäste am Parteitag teil. Mit dieser Einladung der Bruderparteien zu ihrem Parteitag hat die KPD/ML, wie auch in der Grußadresse unserer Partei betont wurde, einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, um die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien zu stärken und die Diskussion über konkrete Fragen des Kampfes voranzutreiben.

Die internationale Abschlußveranstaltung des Parteitags wurde mit einer Rede des Vorsitzenden der KPD/ML, Genosse Klaus Klausen, über die Ergebnisse des II. Parteitags eröffnet. Anschließend sprach Genosse Agim Popa, der Leiter der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens. Es folgte der Genosse Chivite von der KPSp/ML, der im Namen der anwesenden marxistisch-leninistischen Parteien zu den Anwesenden sprach. Alle Reden wurden mit begeisterndem Beifall von den Veranstaltungsteilnehmern begrüßt.

Der zweite Teil der Veranstaltung wurde von revolutionären Kulturschaffenden gestaltet und zeigte anschaulich, welche Erfolge die KPD/ML in der kurzen Zeit seit ihrer Gründung bereits erringen konnte.

Der II. Parteitag und die internationale Abschlußveranstaltung zeigten deutlich, mit welch revolutionärem Elan die KPD/ML die großen vor ihr stehenden Aufgaben anpackt. Wir wünschen ihr in ihrem weiteren Kampf viel Erfolg. Wir — so hieß es auch abschließend in der Grußadresse unserer Partei auf dem II. Parteitag der KPD/ML — werden uns über die Erfolge der KPD/ML genauso freuen wie über unsere eigenen. Denn unsere beiden Parteien stehen in einer gemeinsamen Kampffront für ein gemeinsames Ziel: für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus!



Auf der öffentlichen Abschlußveranstaltung des zweiten Parteitags der KP Dänemarks(M-L): (von links) der Genosse der KP Kanadas(M-L), der KP(Wiederaufgebaut) aus Portugal, der Partei der Arbeit Albaniens, Genosse Klaus Klausen, Vorsitzender der KPD/ML, Genossin Karin Wagner, die unsere Partei vertrat, die Genossen der KPSp/M-L und der Aufbauorganisation der KP Schwedens.

Warum spricht plötzlich alles von Jalta?

Jalta, die Halbinsel auf der sich einst die Staatschefs der drei großen Alliierten gegen die faschistischen Achsenmächte trafen, ist plötzlich ins Gespräch gekommen, in Schlagzeilen und Kommentaren gegenwärtig. Jalta, so die offizielle bürgerliche Propaganda, sei die Konferenz gewesen, auf der die europäische Nachkriegsordnung geschaffen und die Einflußsphären aufgeteilt worden seien. Und mehr oder minder deutlich wird dabei unterstrichen, daß es jetzt an der Zeit sei, „Jalta" zu überwinden.

Nun: diese Propaganda geht schon von einer Lüge aus. Es gab keine Konferenz über Einflußsphären usw. auf Jalta, sondern ein Treffen, auf dem besprochen wurde, was in den faschistischen Staaten nach deren Kriegsniederlage geschehen sollte, wo Grundlagen für das Potsdamer Abkommen gelegt wurden.

Es ist die eigene Imperialistenlogik, die die westlichen Propagandisten dazu verführt, von solchen Einflußzonen zu reden. Oder glaubt jemand etwa ernsthaft, daß die westeuropäischen Kommunisten damals auf den Kampf um den Sozialismus verzichtet hätten, verzichten sollten — zugunsten eines, wie auch immer gearteten „Jalta"?

Natürlich versuchen heute beide imperialistische Supermächte, den Völkern in den von ihnen beherrschten Blöcken jeden Wunsch nach einer Veränderung auch mit solchen Argumenten auszutreiben, natürlich wollen beide ihre Einflußzonen mit Waffengewalt sichern, nur hat dies nichts mit dem Treffen von Jalta zu tun. Und es zeigt sich ja auch, daß weder damals noch heute die Völker Europas nicht einfach Dominosteine sind, mit denen man hin und herziehen kann nach Belieben.

Wenn dies heute so massiv in die Debatte gebracht wird, dann hat das vor allem anderen einen Grund: daß die Politik der USA immer deutlicher darauf abzielt, die Blockfrage zu stellen, den Gegner aufzuweichen, anzugreifen. Das zeigen nicht nur die unterschiedlichen Reaktionen zur CSSR 1968 und zu Polen 1982, das zeigt auch eine Vielzahl anderer Tatsachen.

Und bei diesem Vorgehen soll die Jalta-Diskussion einer der ideologischen Bausteine für die Politik des US-Imperialismus sein.

KZs für Flüchtlinge

Reagan bekräftigt Unterstützung für Duvalier

„Keine Unterdrückung in Haiti"

MIAMI. — Der Hungerstreik von 700 geflüchteten Haitianern in einem Lager („Krome North") bei Miami werde nicht dazu führen, so der stellvertretende US-Generalstaatsanwalt Giuliani, daß die 2 500 Haitiflüchtlinge in den USA als politische Asylanten anerkannt würden. Zwei Tage nach dieser Äußerung bekräftigte US-Präsident Reagan persönlich die Unterstützung der US-Regierung für das Regime von „Baby Doc" Duvalier in Haiti.

Haiti, früher oft die „Perle der Karibik" genannt, ist heute nicht nur das Armenhaus dieser ohnehin nicht reichen Gegend. Dort gibt es auch keinerlei politische oder gewerkschaftliche Rechte für die wenigen, die Arbeit haben. Stattdessen herrscht dort die Tigergarde des „größten Diebs der Karibik" wie ihn ein prominenter Dichter nannte, eben Duvaliers, der die Regierungsgewalt von seinem gestorbenen Vater übernommen hat.

Diese Familiendiktatur dauert nun bereits 24 Jahre. Die US-Regierung beharrt nun darauf. Argumente wie man sie auch aus der Bundesrepublik kennt — es handele sich bei den rund 15000 in den beiden letzten Jahren nach USA geflüchteten Haitianern nicht um politische Asylanten sondern um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge — werden vorgebracht.

Die Folterkeller der Tigergarden und die anonymen nächtlichen Mordkommandos auf der Insel, die ganz zufällig auf all die treffen, die sich irgendwie oppositionell betätigen, diese unumstößlichen Tatsachen passen den Reagan und Co. nicht ins Bild eines demokratischen Haiti, das sie den Menschen und der Öffentlichkeit aufschwatzen wollen.

Und so wird noch die Hälfte der Flüchtlinge aus Haiti in KZs gehalten, mit Hungerrationen versorgt, medizinisch ohne Betreuung, Krankheiten und Seuchen grassieren. Dagegen haben sich die Lagerinsassen zur Wehr gesetzt, und der Präsident des US-Flüchtlingszentrums in Miami, Gerald Jueste, bestätigte ihnen die Berechtigung ihrer Forderungen.

Jetzt auch bei Ford/Großbritannien

39-Stunden-Woche erkämpft

LONDON. — Die Kampfbereitschaft der britischen Ford-Arbeiter hat dazu geführt, daß die Geschäftsleitung ein neues, wesentlich besseres Angebot vorgelegt hat, in dem in einer ganzen Reihe von Punkten die Forderungen der Belegschaft erfüllt wurden. In der anschließenden Urabstimmung stimmte zwar eine große Anzahl von Arbeitern für einen Streik, um alle Forderungen durchzusetzen, doch war die Mehrheit jetzt gegen einen Streik.

Das Angebot der Geschäftsleitung bestand in folgendem: statt wie bisher 4,5 Prozent wurden jetzt 7,4 Prozent Lohnerhöhung angeboten, dazu eine Verbesserung der Betriebsrente ab 1.8.82. Und ab 1. Juni wird in den britischen Ford-Werken die 39-Stunden-Woche eingeführt. Die Belegschaften der Werke in Swansea, Bridgen und Halewood stimmten mehrheitlich gegen dieses Angebot, da ihnen im Angesicht der Inflationsrate die Lohnerhöhung zu gering war.

Entscheidend für das breite Votum für die Annahme war die Frage der Arbeitszeit gewesen, wo die Gewerkschaft die Einführung dieser verkürzten Wochenarbeitszeit gefordert hatte, als Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Ford ist damit der erste Betrieb der britischen Automobilbranche, in dem es gelang, in die 40-Stunden-Woche eine Bresche zu schlagen. Die Unternehmer hatten vorher die auch aus der Bundesrepublik sattsam bekannten Argumente angeführt, nach denen diese Arbeitszeitverkürzung den Arbeitern selbst und vor allem den Arbeitslosen nichts bringen würde. Demgegenüber verwiesen die Gewerkschaften darauf, daß — unter anderem — jene Branchen, die bereits eine kürzere Arbeitszeit als 40 Stunden in der Woche haben, immer noch die geringsten Arbeitslosenquoten haben.

Zahlreiche Warnstreiks und Streiks von Teilbelegschaften und einzelner Werke hatten die Kampfbereitschaft der Ford-Arbeiter bereits im Vorfeld der Urabstimmung gezeigt, die nach dem ersten Angebot auch eine überwältigende Mehrheit für Streik ergeben hatte. Ford ist nun zwar der erste Autokonzern, bei dem nur noch 39 Stunden gearbeitet werden wird, aber bereits 5,5 Millionen britischer Werktätiger haben eine Arbeitszeit unter 40 Stunden die Woche. Gewerkschaftliche Berechnungen in Großbritannien gehen dabei davon aus, daß diese in verschiedenen Branchen erreichten Arbeitszeitverkürzungen die Verteidigung von rund 125 000 Arbeitsplätzen bedeutet hat.

Eine weitergehende und alle Branchen umfassende Arbeitszeitverkürzung durch den gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen, um so weitere Arbeitsplätze zu gewinnen, das sei nun eine der wichtigsten Aufgaben im Angesicht der katastrophalen Lage, die durch die Thatcher-Regierung herbeigeführt wurde, hieß es in den Reihen der Gewerkschafter nach diesem wichtigen Teilerfolg.

„Polnische Normalisierung"

Wann tritt das „Wiedergutmachungsgesetz" in Kraft?

WARSCHAU. — Das, was die polnische Militärdiktatur und die revisionistische Propaganda so schön „Normalisierung" nennen, hat auch verschiedene sehr materielle Aspekte für die jeweiligen gesellschaftlichen Klassen. Während es für die Arbeiter heißt, noch weniger Geld und keinerlei Rechte mehr zu haben, heißt es für die Bonzen Polens, einige jener Privilegien wiederzubekommen, die sie in den letzten Jahren eifrig genossen hatten.

Dabei sind zwei Gesetze, die 1972 verabschiedet worden waren und während der Streikbewegung der polnischen Arbeiter außer Kraft gesetzt worden waren, besonders wichtig.

Vor zehn Jahren wurde zum ersten Mal in Polen in festumrissener Weise eine schriftliche Zentral- und Bezirksnomenklatur eingeführt. Das heißt, alle Posten in Staat und Wirtschaft, die von der Parteispitze selbst bestimmt werden, wurden einschließlich ihrer Mandatsträger festgeschrieben — ein wichtiger, ja entscheidender Schritt zur Stabilisierung der neuen herrschenden Klasse in Polen, denn alle, die in dieser Nomenklatur erfaßt waren, hatten die Garantie, nie wieder daraus zu verschwinden, was auch passiert.

Dies wurde durch zwei Gesetze abgesichert: ein sogenanntes „Wiedergutmachungsgesetz", das jenen Entschädigung und Rente bzw. neue Stellungen anbot, die während früherer Krisen beseitigt worden waren — so zum Beispiel all jene, die 1970 aufgrund des Unmuts der Arbeiter ihren Posten räumen mußten. Und darüber hinaus und für alle Zukunft sozusagen ein „Gesetz über die materielle Versorgung von Staatsfunktionären".

Dieses Funktionärsgesetz galt für alle, die die 2800 Posten der Zentralnomenklatur innehatten. Der Inhalt ist ebenso einfach wie eindeutig. Jeder dieser 2800 Funktionäre hat ein Recht darauf, seine vollen Bezüge bis zum Lebensende zu beziehen. Und nicht nur das: Dieses Gehalt wird im Falle des Todes auch seiner Familie weiter bezahlt.

Dieses Gesetz war in die Schußlinie der Kritik der polnischen Arbeiter gekommen, als die Auseinandersetzung über die Rentenversorgung im Herbst 1980 größere Formen angenommen hatte. Zunächst hatte die polnische Gewerkschaftsbewegung nur die Besserstellung der Polizei gegenüber den Arbeitern in der Rentenversicherung kritisiert, die schon ein Mehrfaches von Arbeitern erhalten.

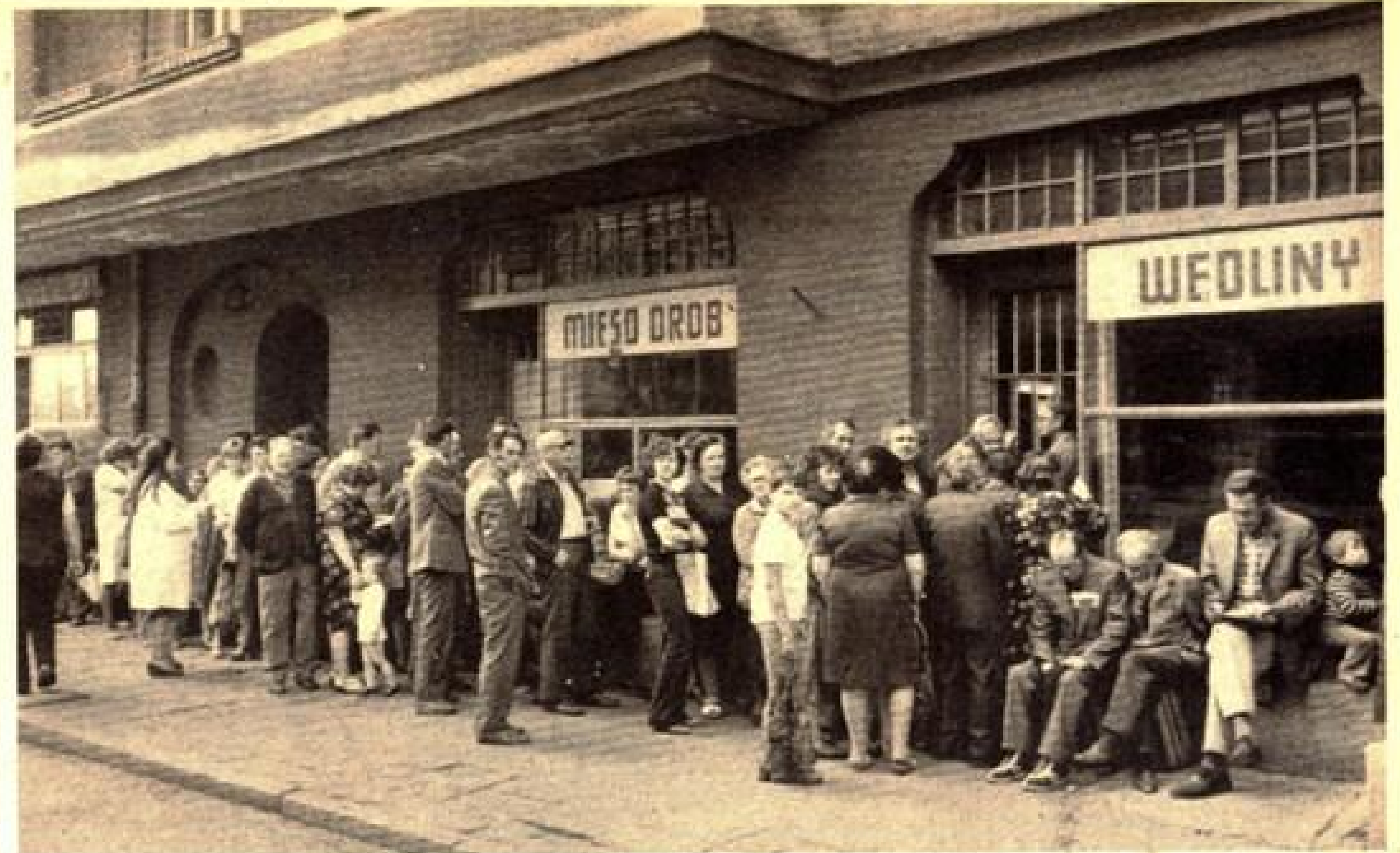
Aber je länger sich die Öffentlichkeit mit dieser Frage beschäftigte, desto mehr wurden auch diese beiden Klassengesetze zugunsten der neuen Kapitalisten kritisiert und deswegen zunächst einmal außer Kraft gesetzt — also ein ganz konkreter Grund für die polnischen Bonzen, die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu fürchten.

Denn es ist ja bekannt, daß die Einkommensunterschiede in Polen extrem groß sind, daß die Klasse der leitenden Funktionäre und der Direktoren großer Betriebe astronomisch hohe Summen erhalten, die es ihnen erlauben, in ungeheurem persönlichen Luxus zu schwelgen. Luxusvillen, Luxuslimousinen, mehrere Dienstboten, Sommer und Winter-„Häuschen", eigene Gemäldesammlungen, Friseurbesuch in Paris und eben mal Blumen von der italienischen Riviera — alles das waren Dinge, die im letzten Jahr öffentlich bekannt wurden. Und diesen Lebensstandard unter allen Umständen halten zu können, wie es diese Gesetze garantieren, das ist natürlich für diese Bonzen ein ganz wichtiger Schritt, ihre Lage dauerhaft einzurichten — wenn ihnen nicht die Arbeiter in die Quere kommen.

Und so ziehen sich die Kreise immer klarer, denn wenn da die Arbeiter ankommen und fordern, ihre Betriebsdirektoren selbst wählen zu dürfen, wo bleibt da die Lebensstellung und wie paßt da eine solche Rentenversorgung dazu, die man ja in solcher Weise wirklich nur aus den kapitalistischen Staaten kennt?

Mit Sicherheit wollen die polnischen Bourgeois im Prozeß ihrer sogenannten „Normalisierung" jene Entwicklung umkehren, in deren Verlauf ihnen die Arbeiterbewegung die Sicherung ihrer Klassenprivilegien streitig gemacht hat.

Und wenn man auch vielleicht Gierek opfert, ihn verurteilt und ihm damit seine „Rente" entzieht — alle jene, die mit ihm zusammengearbeitet haben, auch wenn sie abgesetzt wurden, brauchen keine Angst haben, solange die Revisionisten regieren.



Wirtschaftliche Not herrscht in Jaruzelskis Polen.

In aller Heimlichkeit

Massenweise Urteile gegen Gewerkschaftsfunktionäre in Polen

Lügnerische Beteuerungen Jaruzelskis

WARSCHAU. — Keinerlei offiziellen Äußerungen über die Zahl der in Polen verurteilten Gewerkschafter gibt es seit dem 22. Dezember. An diesem Tag hatte der Innenminister bekannt gegeben, daß bis dahin, in neun Tagen, also im Schnellverfahren, 1200 Urteile gefällt worden seien. Seitdem werden nur noch einzelne Fälle berichtet.

So wurden Anfang Januar in der Hütte bei Katowice neun Solidarność-Funktionäre verurteilt. Die meisten von ihnen erhielten drei Jahre Gefängnis, wie dies schon bei einer ganzen Reihe von Urteilen, die in den letzten Tagen bekannt geworden waren, das Strafmaß gewesen war. Mehrere von ihnen erhielten aber auch höhere Strafen, einer davon sogar sieben Jahre Gefängnis für gewerkschaftliche Betätigung.

Solche Urteile gegen ein halbes bis ein ganzes Dutzend Funktionäre der Gewerkschaft aus einem Betrieb werden jetzt immer mehr bekannt — sie zeigen das offensichtliche Bemühen der polnischen Militärrichter, das Rückgrat der Gewerkschaft zu zerschlagen, ihren organisatorischen Kern zu vernichten.

Das wurde auch aus Jaruzelskis abermaligen Beteuerungen deutlich. Sofort, nachdem aus Moskau schärfste Kritik an seiner Äußerung über die Möglichkeit des Weiterbestehens von Solidarność geübt worden war, präzisierte er seine Vorstellungen. Es müsse darum gehen, so gab ein Sprecher des Militärrats kund, daß es bei einem eventuellen Weiterarbeiten von Solidarność gesichert sei, daß diese Organisation auch wirklich eine Gewerkschaft sei, sich auf gewerkschaftliche Aufgaben beschränke.

Um so eine Scheingewerkschaft zu haben, die man möglicherweise auch noch eine unabhängige Gewerkschaft nennen wird, tut es natürlich not, die bisherige Gewerkschaft zu zerschlagen und dazu möglichst auch noch einige bisherige Funktionäre zumindest für einige Zeit zur Mitarbeit zu gewinnen. Deshalb auch die verschiedentlich lancierten Meldungen, dieser oder jener bekannte Solidarność-Funktionär habe sich bereits zur Mitarbeit erklärt. Alle solche Meldungen wurden bisher sofort von Solidarność, aus dem Untergrund arbeitend, als falsch zurückgewiesen.

Einer der Schachzüge, derer sich die polnische Militärjunta, in der offensichtlich nach wie vor verschiedene politische Strömungen der Reaktion vertreten sind, dabei bedient, ist die Aufwertung der Rolle der Kirche. Nicht umsonst hatte man Priester vorgeschickt, um streikende Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, was meistens scheiterte. Jetzt ist man dazu übergegangen, der Kirche vorzuschlagen, sogenannte Sozialbeiräte zu gründen, die sich für die sozialen Interessen der Werktätigen einsetzen sollen — offensichtlich ein Versuch, der Gewerkschaftsbewegung Boden zu entziehen.

Dagegen geht man in der Wirtschaftspolitik ganz offen gegen die werktätige Bevölkerung vor: Neben den drastischen Preiserhöhungen, mit denen bereits begonnen worden ist und die alle unbedingt nötigen Waren des alltäglichen Bedarfs umfassen, ist auch die offizielle Abwertung des Zlotys ein Schritt zur weiteren Verteuerung der immer größeren Importe. Zwar wurde der offizielle Dollarkurs, der nur für den Tausch in Polen von direktem Interesse ist, da man nach wie vor noch nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds werden „durfte", nur von 1:34 auf 1:80 verändert worden. Und der auf dem inneren schwarzen Markt bezahlte Kurs beträgt in manchen Fällen bereits 1 : 1000.

Aber es ist ein Anzeichen für die immer weitere Wertlosigkeit des Zloty, für das Mißtrauen der Bevölkerung in die eigene Währung und auch ein Anzeichen für die künftige Entwicklung, vor allem auch bei einer in der Zukunft möglichen IWF-Mitgliedschaft. Dafür wäre nämlich eine der Bedingungen eine Abwertung, die zumindest einigermaßen dem üblichen Kurs entsprechen würde, und das würde für die arbeitende Bevölkerung Polens eine ungeheure Teuerungswelle bedeuten. Aus all diesen wirtschaftlichen Maßnahmen, ob bereits ergriffen oder noch in Planung oder Vorbereitung, wird nicht nur klar, daß hier ein Wirtschaftskurs gegen die Arbeiter gesteuert wird, sondern auch, daß es der Junta offensichtlich nicht gelingen wird, eine wirtschaftliche Befriedung zu erreichen.

Auch ohne große Westschulden eine schwierige Lage

Energiekrise in der Tschechoslowakei

PRAG. — Die Verlautbarungen, die Anfang des Jahres vom Finanzminister Ler und dem Vorsitzenden des Plankomitees, Potac, herausgegeben wurden, zeigen, wie sich die wirtschaftliche Lage auch in der Tschechoslowakei verschlechtert, und zwar vor allem aufgrund einer immer schlechteren Situation auf dem Energiesektor.

1982 wird die CSSR nur noch 17 statt bisher 19 Millionen Tonnen Rohöl aus der UdSSR erhalten. Aus Rumänien fallen bisher gelieferte 350 Millionen Kilowattstunden Strom aus,und die polnischen Kohlelieferungen werden wohl völlig ausfallen. Die eigene Kohleproduktion kann aber nur um eine auf rund 125 Millionen Tonnen gesteigert werden.

Das führt dazu, daß die Stahlproduktion beispielsweise um 1,3 Millionen Tonnen gesenkt werden muß, um weniger Energie zu verbrauchen.

Obwohl bereits 1981 das Ziel, um 2 Prozent weniger Energie zu verbrauchen, nicht eingehalten werden konnte, sollen im nächsten Jahr abermals 3 Prozent zusätzlich eingespart werden. Das wird zu Einsparungen in verschiedenen privaten Bereichen führen.

So wird die Tschechoslowakei nicht zuletzt durch ihre enge Einbindung in das gesamte RGW-System mit in die Krise gerissen, bzw. wird ihre eigene krisenhafte Entwicklung wesentlich verstärkt.

Auch für die CSSR ist die Handelsbilanz in den letzten Jahren immer negativer geworden, vor allem in jenem Drittel des Außenhandels, der mit westlich-kapitalistischen Ländern abgewickelt wird. So müssen beispielsweise jährlich im Durchschnitt des letzten Planjahrfünfts für fast zehn Milliarden Mark Getreide eingekauft werden — im letzten besonders schlechten Jahr nochmals zusätzlich über anderthalb Millionen Tonnen über dieses Maß hinaus.

Und die revisionistischen Wirtschaftsmanager kennen auch in der CSSR stets nur das eine Mittel, um ihrer wirtschaftlichen Krise zu entkommen: Jetzt wird ein Prozeß eingeleitet, mit dem die Reprivatisierung der Landwirtschaft beginnt, indem heute begrenzte Flächen wieder privat bewirtschaftet werden dürfen.

Auf der Tagung der Nationalversammlung, auf der diese Beschlüsse gebilligt wurden, wurde in der Debatte verschiedentlich unterstrichen, daß man in der Zukunft noch weitere Maßnahmen ergreifen müsse, um die materielle Interessiertheit der Verantwortlichen zu heben und so die Produktion zu steigern.

So wird in der CSSR für die gesamte Organisation der Wirtschaft, jetzt ein Prozeß eingeleitet, der jene Oberflächenkorrekturen, die nach der Beseitigung der „Prager Reformer" vorgenommen worden waren, wieder rückgängig macht und erneut zeigt, daß die Unterschiede zwischen jenen Revisionisten, die einen sogenannten Marktsozialismus haben wollen und jenen, die für „Zentralisierung" sind, äußerst gering sind.

In Ceaucescus Rumänien

Die Betriebe werden zum Arbeitergefängnis!

BUKAREST. — Mit drastischen Maßnahmen — auf Kosten der Arbeiter — will die herrschende bürgerliche Klasse in Rumänien ihre bisherige Mißwirtschaft überwinden. Eine weitgehende Umänderung der Produktion soll dazu dienen, die mit rund 30 Milliarden Mark verschuldete rumänische Wirtschaft zu sanieren.


Rumänische Bergarbeiter streikten im letzten Monat erneut.

Das entscheidende Mittel hierzu, so die revisionistische rumänische Presse, sei es, die Produktivität der Arbeit zu heben. Und was darunter verstanden wird, ist nur eine einzige Maßnahme: Die Arbeiter sollen mehr arbeiten.

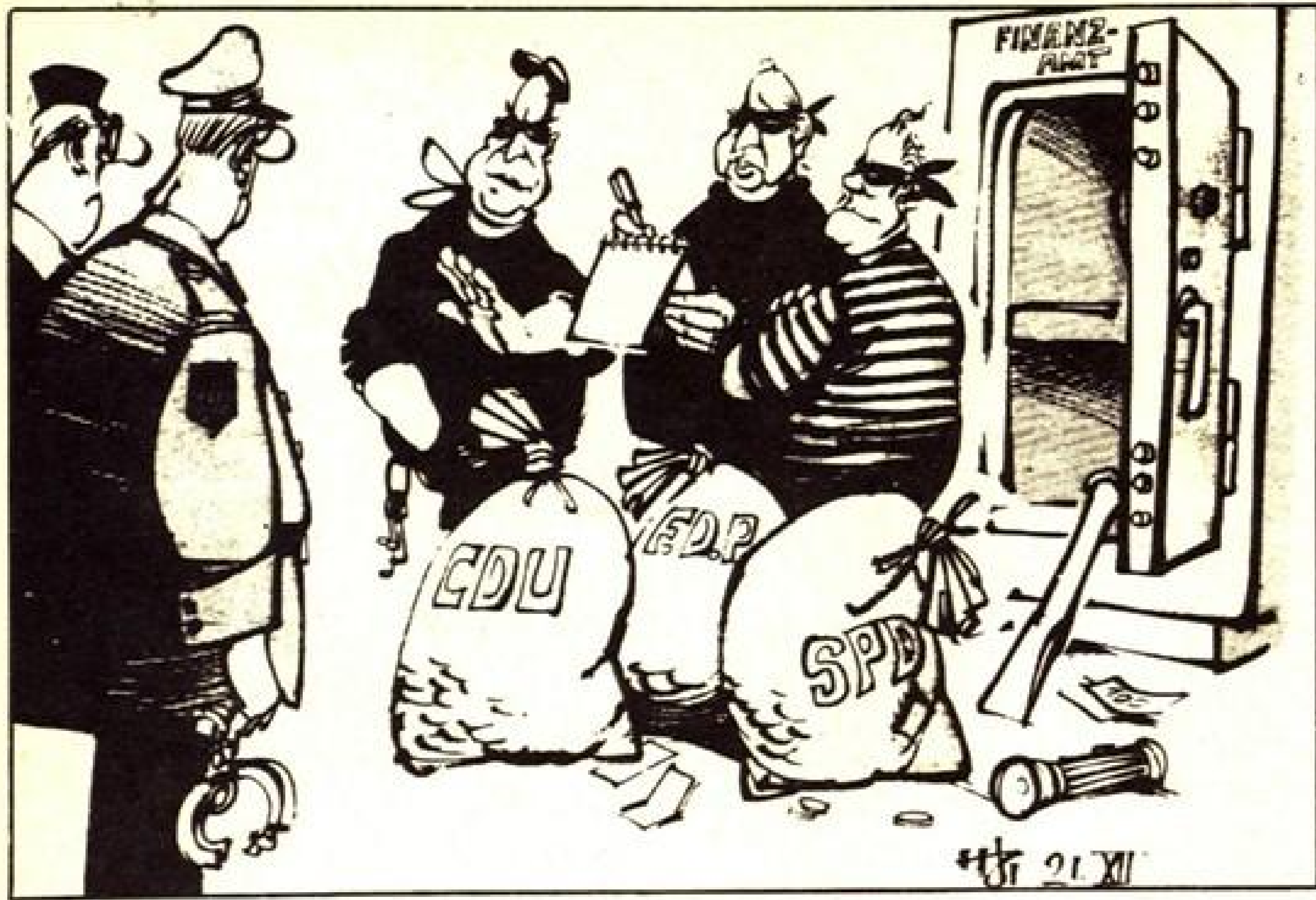
Wer am Arbeitsplatz eine Zigarette raucht oder einen Schnaps trinkt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer unentschuldigt fehlt oder Arbeitsschutzvorschriften mißachtet, muß mit derselben Bestrafung rechnen. Wer durch mangelnde Arbeitsdisziplin einen schweren Arbeitsunfall verursacht, kann sogar bis zu 20 Jahren Gefängnis erhalten.

Mit einem Wort: Die rumänischen Betriebe werden im wahrsten Sinne des Wortes zu einem einzigen Arbeitergefängnis. Man kennt ja solche Versuche auch etwa in der Bundesrepublik, anscheinend mit Mitteln, die angeblich die Arbeitssicherheit garantieren sollen, die Arbeiter völlig rechtlos zu machen. Aber so weit wie jetzt in Rumänien ging die Drohung in Friedenszeiten noch nie, egal in welchem kapitalistischen Land.

Und man muß sich vorstellen, in welch krassem Gegensatz gerade diese brutalen Strafandrohungen für die Arbeiter zu all dem stehen, was sich die neuen rumänischen Kapitalisten in den letzten Jahren alles geleistet haben. Aber für die Verantwortlichen für die großen Grubenunglücke gab es ebensowenig Strafen wie für diejenigen, die an der heutigen rumänischen Mißwirtschaft die Hauptschuld tragen, nämlich die revisionistische Partei und Staatsführung.

Je tiefer die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus die scheinsozialistischen Staaten Osteuropas erfaßt, desto deutlicher wird der arbeiterfeindliche Charakter der dort herrschenden Cliquen.

Ceaucescu, der sich gerne als Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit feiern läßt, hat dafür gesorgt, daß sein Land neben Polen in der besorgniserregendsten wirtschaftlichen Lage ist.



„Momentchen, Herr Staatsanwalt, wir formulieren Ihnen gerade noch schnell unseren Freispruch."

Bonner Spendenaffäre

Die Schlinge zieht sich zusammen

In der letzten Woche sind weitere Einzelheiten aus den Ermittlungsakten in Sachen Spendenbetrug an die Öffentlichkeit gedrungen. In noch größerem Maße als bisher vermutet sind Spitzenpolitiker aller Parteien belastet — nicht nur als Betrüger, es tauchen inzwischen auch Hinweise auf den Tatbestand der Bestechung auf.

Nach wie vor wird mit allen Mitteln versucht, die Betrugsaffäre aus der Welt zu schaffen, ihr Ausmaß zu vertuschen und die belasteten Politiker aus der Schußlinie zu ziehen.

Die Justizministerin in der Düsseldorfer SPD-Regierung, Inge Donnep, erklärte, die Kenntnisse der Öffentlichkeit über die Spendenaffäre seien auf „illegale Weise" erlangt worden. Sie habe „alle nur denkbaren Vorkehrungen treffen lassen, damit derartige Indiskretionen nicht mehr vorkommen." Zu diesen Vorkehrungen gehört auch ein Ermittlungsverfahren, das gegen Unbekannt wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses eingeleitet wurde.

Das Ziel dabei ist offenkundig: Die Sache soll aus den Schlagzeilen verschwinden, bis man den Zeitpunkt für gekommen sieht, die ganze Affäre zu begraben. Offenbar fordert dabei die FDP-Führung immer noch, daß hier der kürzeste und wirksamste Weg gegangen wird, daß nämlich Justizministerin Donnep den ermittelnden Staatsanwälten die Weisung erteilt, ihre Ermittlungen einzustellen. Der „Stern" zitierte letzte Woche FDP-Boß Genscher mit der Drohung: „Wenn die SPD-Justiz an den Lambsdorff rangeht, kündige ich die Koalition".

Der Bonner Wirtschaftsgraf ist nach wie vor einer derjenigen Spendenbetrüger, die am stärksten belastet sind. Aber auch über die betrügerischen Machenschaften der SPD-Spitze gibt es inzwischen neue Erkenntnisse. Wie der „Rote Morgen" schon berichtete, war oder ist es die Spezialität dieser Partei, ihre Spenden von Konzernen so einzutreiben, daß sie ihnen Rechnungen für in Wirklichkeit nicht erbrachte Leistungen ausstellte, die dann von den Konzernen als Betriebsausgaben abgebucht wurden.

Nach dieser Methode sind — wie jetzt bekannt wurde — 1977 auch 50000 Mark vom VEBA-Konzern in die Parteikasse geflossen. Beweis dafür ist ein beschlagnahmter Brief des SPD-Managers Petersen an den VEBA-Boß Bennigsen-Foerder persönlich, in dem es heißt: „Wie im vergangenen Jahr überreiche ich Ihnen wiederum drei Rechnungen und verbleibe mit nochmaligem Dank...".



Der sehr ehrenwerte Minister und Graf.

Eine andere Methode, derer sich die SPD-Finanzleute bei der illegalen Spendeneintreibung bedienten, waren Schein-Abonnements. So bezog etwa der Unilever-Konzern den „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst" der SPD und bezahlte für das „Abo" in den Jahren 1976/77 40000 Mark. Ein besonders beliebtes Objekt in den Konzernzentralen war offenbar das monatlich erscheindende SPD-Blättchen „Demokratische Gemeinde". Den Bezug dieser Zeitschrift ließ sich das Zigaretten-Unternehmen Reemtsma in Hamburg beispielsweise allein in den Jahren 1967 bis 1975 die gewaltige Summe von 398929 Mark kosten. Auch andere Unternehmen ließen sich beim Bezug dieser Zeitschrift nicht lumpen. Flick etwa zahlte 62000 Mark, die Salzgitter AG 47000 Mark, Triumph-Adler 100000 Mark usw.

Der Neue Vorwärts Verlag, in dem die „Demokratische Gemeinde" herausgegeben wurde, hatte sich zur Verschleierung dieser Praktiken eine ganz dreiste Geschichte ausgedacht. Der Bezug der Zeitschrift wurde als „Patenschaftsabonnement" deklariert, mit den aus den Konzernkassen eingehenden Riesensummen sollte angeblich die Verschickung der „Demokratischen Gemeinde" an Bewohner der DDR finanziert werden. Das nannte der ermittelnde Staatsanwalt Pohl „gelinde ausgesprochen dubios". Sein Urteil über die teuren Abonnements: „Alles Scheinrechnungen".

Auf eine andere Weise als die SPD betrieben die FDP und die Union das kriminelle Geschäft der Spendenbeibringung. Sie unterhielten sogenannte gemeinnützige Vereine, über die das Geld am Finanzamt vorbei aus den Konzernkassen auf die Parteikonten geschleust wurde. Was den CDU-Schatzkanzler Kiep betrifft, der schon seit längerem mit im Zentrum der Betrugsaffäre steht, wurde jetzt ein von ihm unterzeichneter Brief bekannt, in dem er einen spendenwilligen Industriekaufmann ausdrücklich aufgefordert hat, diesen illegalen Weg zu beschreiten. „Abwicklungstechnisch notwendig" sei es, so heißt es in diesem Brief, die angekündigte 70000-Mark-Spende nicht an die CDU direkt, sondern zunächst an eine „staatsbürgerliche Vereinigung" zu überweisen.

Für Kiep ist das Auffliegen seiner Verstrickung in die kriminellen Praktiken nicht zuletzt deshalb äußerst unangenehm, weil er im Juni Bürgermeister in Hamburg werden will. So ist es auch nicht verwunderlich, daß ihm jetzt sein Generalbevollmächtigter Lüthje zu Hilfe eilt. Lüthje erklärte, nicht Kiep, sondern er selbst habe die fraglichen Briefe verfaßt und dann mittels eines Automaten mit dem Schriftzug „Walter Kiep" versehen. Wie man sieht, verfügen die Spendenbetrüger nicht nur über ein gerütteltes Maß an krimineller Energie, sie lassen sich auch immer neue Märchen einfallen, um sich aus der Schlinge zu ziehen.

Wie der FDP-Minister Lambsdorff das bewerkstelligen will, ist allerdings fraglich. Der „Spiegel" veröffentlichte am Montag lange Auszüge aus den Ermittlungsakten, die noch eindeutiger als bisher bekannt belegen, daß der Minister jahrelang Eintreiber von illegalen Spenden gewesen ist. Darüber hinaus, so heißt es in den Akten, seien bei der Durchsuchung des Flick-Konzerns Beweisstücke sichergestellt worden, „aus denen sich Strafverfahren nach dem Paragraphen 331 ff StGB" ergeben könnten — und das bezeichnet den Strafbestand der Bestechung von Amtsträgern.

„Aus der Luft gegriffen"

Über einen Hetzartikel im „Spiegel", in dem eine Zusammenarbeit zwischen dem BWK und der KPD einerseits und faschistischen Banden andererseits unterstellt wurde, haben wir im RM 52/81 berichtet und dabei auch die faustdicken Lügen geradegerückt. Bislang hat sich der „Spiegel" übrigens geweigert, eine entsprechende Gegendarstellung unserer Partei zu veröffentlichen — das muß nun auf gerichtlichem Wege erzwungen werden.

Im folgenden veröffentlichen wir einen Ausschnitt aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung" vom 17.12., der sich mit den „Spiegel"-Märchen beschäftigt.

„(...) In der neuen Ausgabe des Magazins ist nachzulesen, daß ‚Genossen vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)' an einer Wand der Osnabrücker Universität rechtsextreme Sprüche aufgesprüht haben sollen: ‚Blut muß fließen, knüppeldick, wir scheißen auf die Freiheit der Judenrepublik'. Die Uni-Verwaltung sucht nun fieberhaft nach dem Spruch, während der zuständige ‚Spiegel'-Redakteur jetzt auf ein Foto verweist — es sei im Mai oder Juni aufgenommen worden. Herausrücken wollte er das Schwarzweiß-Alibi allerdings nicht.

Auch die Industrie- und Handelskammer ist laut ‚Spiegel' von ‚linken' Rechten aufgesucht worden. An die Parole ‚Tod dem Faschismus — BWK' oder ‚Weg mit dem KPD-Verbot' kann sich in der IHK allerdings niemand erinnern. Lediglich ein Hausbesetzer-Graffito prangt an einer der vier Wände.

Auch die Gaststätte Grüner Jäger wird in der Zeitschrift erwähnt: Dort sollen rechte und linke Extremisten ihre Erfahrungen mit Verfassungsschützern und Waffen austauschen. Der Mann vom ‚Spiegel' benennt das niedersächsische Innenministerium als Informationsquelle. Grüner-Jäger-Inhaber, Helmut Roop, sieht das Ganze als ‚Verleumdung' seines Lokales an: ‚Aus der Luft gegriffen'.

Dabei hat der ‚Spiegel'-Redakteur, wie er sagt, vier Wochen Arbeit in seine Geschichte gesteckt!"

Skandalurteil in Buxtehude

„Der Angeklagte ist ein Überzeugungstäter." Zu dieser Ansicht kam der Buxtehuder Amtsrichter Engelken in einem Verfahren, bei dem es um die Nazi-Parole „Rotfront verrekke" ging. Und er verdonnerte den „Überzeugungstäter" zu zwölf Tagessätzen.



Nicht die Nazi-Hetzer werden bestraft, sondern Antifaschisten

Noch viel zu wenig, möchte man da sagen. Doch halt — angeklagt in Buxtehude war nicht ein Nazi-Hetzer, sondern — so unglaublich es klingen mag — ein junger Lehrer, der sich über die faschistische Mordhetze empört hatte. Fritz Tiemann hatte in Stade NPD-Leute mit der Parole „Rotfront verrecke" durch die Straßen laufen sehen und in einem Leserbrief an die örtliche Zeitung darauf hingewiesen, daß diese Parole auf die Forderung nach neuen KZs hinausliefe. Und das brachte ihm die erwähnte Strafe ein — wegen Beleidigung der NPD.

Verständlich, daß dieses Skandalurteil nicht nur an der Unterelbe, sondern im ganzen Bundesgebiet auf scharfen Widerspruch stieß. Dem Richter Engelken flatterten von überall her Protestbriefe ins Haus. So zum Beispiel auch von den Schriftstellern Günter Grass und Jurek Becker. In einem gemeinsam mit dem Pastor Heinrich Albertz verfaßten Schreiben heißt es unter anderem: „Wir halten es für alarmierend, mit welcher Einäugigkeit und Ignoranz Urteile im Namen des Volkes verkündet werden dürfen."

Nun zeigte sich aber auch, daß es sich bei Engelken keineswegs um eine besonders reaktionäre Einzelerscheinung handelt. Der Richter bekam vielmehr massive Unterstützung von oben. Der Präsident des Landgerichts Stade, Gert März, verteidigte das Schandurteil in der Presse. Den Kritikern Grass, Becker und Albertz warf er vor, gegen den „bei uns ungeschriebenen Grundsatz der Nichteinmischung in ein schwebendes Verfahren" zu verstoßen. Denn es stehe noch eine Berufungsverhandlung bevor. Doch damit nicht genug: Ein solcher Verstoß, so ließ März wissen, würde in anderen Ländern mit Strafe bedroht. „Und das mit gutem Grund." Wenn es nach diesem Herrn ginge, würden also auch diejenigen noch bestraft, die es wagen, die willkürliche Aburteilung eines Antifaschisten zu kritisieren.

In dem erwähnten Berufungsverfahren ist der Vorsitzende Richter übrigens der Landgerichtspräsident März. Man kann sich also jetzt schon ausrechnen, wie die Berufung ausgehen wird.

Tips

Sonntag, 17. Januar
20.15 Uhr, Südwest III
Das neue Programm. Mit dem Kabarettisten Hanns Dieter Hüsch.

***

Montag, 18. Januar
23.00 Uhr, ARD
Die Macht des Gottes. In diesem thailändischen Spielfilm von Pakorn Promvitak geht es um das Schicksal von Bauern, die von ihrem Land vertrieben werden.

***

Montag, 18. Januar
22.15 Uhr, NDR III
Gespräche am Abend. Der inzwischen 83jährige Schriftsteller Axel Eggebrecht erzählt unter anderem von der Tätigkeit linksoppositioneller Schriftsteller in der Weimarar Republik.

***

Montag, 18. Januar
22.00 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge über die Befreiung Polens durch die Rote Armee.

***

Dienstag, 19. Januar
20.15 Uhr, WDR III
Dichtung und Wahrheit. Dietmar Grieser ist in seinem Bericht den Spuren des berühmten Romans „Wem die Stunde schlägt" nachgegangen, in dem Ernest Hemingway den Kampf des spanischen Volkes gegen die Faschisten darstellte.

***

Dienstag, 19. Januar
22.30 Uhr, WDR III
Nachtschalter. In der ersten Folge dieser neuen Sendereihe wird ein Stück vorgestellt, das Gelsenkirchener Bürger selbst geschrieben und aufgeführt haben. Das Thema ist der Kampf für die Erhaltung von Zechensiedlungen.

***

Mittwoch, 20. Januar
21.00 Uhr, NDR III
Wohnungsnot in Deutschland. Eine Diskussion über die Wohnungsmisere in der Bundesrepublik, bei der auch Betroffene zu Wort kommen.

***

Mittwoch, 20. Januar
20.15 Uhr, HR III
Das aktuelle Thema. Bericht über die Rüstungsproduktion und über die Friedensbewegung in Kassel.

***

Donnerstag, 21. Januar
19.00 Uhr, WDR III
No Future oder Kein Bock auf Illusionen. Film über Punker im Ruhrgebiet.

***

Donnerstag, 21. Januar
20.15 Uhr, ARD
Die Ganoven der Genossen. Lutz Lehmann berichtet über die steigende Kriminalität in der DDR.

***

Donnerstag, 21. Januar
22.40 Uhr, WDR III
Der schreibende Funktionär. Hans Dieter Baroth porträtiert den Schriftsteller Bernt Engelmann, den Vorsitzenden des westdeutschen Schriftsteller-Verbands.

***

Solidarität mit den verhafteten Genossen in der DDR (Teil III)

Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus“


Funktionärstagung der SED

Im „Roten Morgen“ 51/81 und 1/82 veröffentlichten wir die beiden ersten Teile einer Rede, die der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust im Rahmen der Solidaritätskampagne mit den inhaftierten Genossen in der DDR gehalten hat. Diese beiden Teile behandelten die Zuspitzung der Klassenwidersprüche in den Ländern des „realen Sozialismus“ und den Kampf der Sektion DDR der KPD, der einzigen wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei in den revisionistischen Ländern. Im hier abgedruckten dritten Teil geht es vor allem um die Entwicklung der DDR hin zu dem Staat einer neuen kapitalistischen Klasse, der sie heute ist. In der nächsten Woche werden wir abschließend Auszüge aus der zweiten Hälfte der Rede bringen — der ganze Text erscheint in Kürze im theoretischen Organ der KPD, dem „Weg der Partei“.

Warum werden die Prozesse gegen die Genossen in der DDR unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt? Warum geheim? War es früher in der Sowjetunion, in anderen sozialistischen Staaten nicht üblich, Prozesse politischer Art in aller Öffentlichkeit, in Anwesenheit bürgerlicher Pressevertreter zu führen? Man hatte nichts zu verbergen. Haben sie, die führenden Herren der SED etwa Angst, daß die Angeklagten Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt u.a. zu Anklägern werden könnten, zu Anklägern ihres sozialfaschistischen Herrschaftssystems?

Sozialfaschistisch? Sicher, mit der Art des Faschismus Nazideutschlands, lateinamerikanischer Diktaturen, der Türkei usw., läßt sich das Regime der DDR nicht vergleichen. Wenn wir von „sozialfaschistisch“ sprechen, dann meinen wir damit jene besondere Art der Diktatur, die sich aus der Entartung des Sozialismus, dem Entstehen einer neuen bürgerlichen Klasse, der staatskapitalistischen Herrschaftsform entwickelte. Mehr oder minder ausgeprägt existiert sie in allen revisionistischen Ländern. **Die Herrschaft der polnischen Militärkamarilla ist derzeit der höchste Ausdruck einer sozialfaschistischen Diktatur.**

Typisch für den Faschismus ist, daß die Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem ihre kommunistische Vorhutpartei, aber auch die Gewerkschaften zerschlagen wurden, und ihr jedwedes organisierte Handeln verboten ist. Was nicht ausschließt, daß sich die Faschisten ihre eigenen pseudoproletarischen Arbeiterorganisationen, wie z.B. die Nazis die „Deutsche Arbeitsfront“, zulegen. Typisch für den Sozialfaschismus ist das gleiche, nur daß hier die Errichtung der staatskapitalistischen Diktatur durch die langsame Umwandlung der Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem ihrer kommunistischen Vorhutpartei, wie auch der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen aus Instrumenten zur Sicherung der Diktatur des Proletariats in Instrumente zu seiner Niederhaltung und Unterdrückung erfolgte.

Die Außerkraftsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in Partei und Staat hatte zur Folge, daß sich ein Regime des Kommandierens und Administrierens etablierte, das die Arbeiter, die Werktätigen jeglicher demokratischer Rechte beraubte, wie sie noch in der Verfassung der DDR verankert sind. **Das trifft auch zu auf den Artikel 28** „Alle Bürger haben das Recht, sich im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Verfassung friedlich zu versammeln. Die Nutzung der materiellen Voraussetzungen zur unbehinderten Ausübung dieses Rechts, der Versammlungsgebäude, Straßen und Kundgebungsplätze, Druckereien und Nachrichtenmittel wird gewährleistet“ **sowie den Artikel 29** „Die Bürger der DDR haben das Recht auf Vereinigung, um durch gemeinsames Handeln in politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Vereinigungen und Kollektiven ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung zu verwirklichen“.

Demokratische Rechte — auf dem Papier

Das Recht auf Vereinigung in politischen Parteien? Sicher, die DDR hat solch ein revisionistisches Recht. Da gibt es bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Parteien wie die „Liberal Demokratische Partei Deutschlands“, die LDPD, die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“, DBD, die „National Demokratische Partei Deutschlands“, NDPD. Und alle geben regelmäßig ihre Presseorgane heraus. Doch eine wirklich marxistisch-leninistische, eine kommunistische Partei gibt es nicht — mehr. **Warum — wenn schon bürgerliche — läßt man nicht eine Partei zu, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt wie die Kommunistische Partei Deutschlands?** Weil die KPD nicht in Übereinstimmung steht mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung?


Immer wieder kommt es zu spontanen Unmutsäußerungen, wie hier von Jugendlichen auf dem Alexanderplatz

Bitte mit welchen nicht? Mit dem Marxismus-Leninismus, der Verwirklichung des Sozialismus? Daß der „Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates steht“? Daß „was des Volkes Hände schaffen des Volkes eigen sei“? Das die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt“ sein soll? **Gerade das ist es doch, wofür unsere Genossen der DDR, wofür unsere Partei mit aller Entschiedenheit kämpfen.**

Wer diese Prinzipien in Frage stellt, verrät, das sind doch gerade sie, die Honecker und Co. **Wie in der Bundesrepublik klafft auch in der DDR ein Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit.** Viel stärker als beispielsweise in der Bundesrepublik, ähnlich wie zu Zeiten des Hitler-Regimes, ist die Presse, sind die Massenmedien der DDR gleichgeschaltet. Presseerzeugnisse dürfen nur mit Lizenz erscheinen, die bei mangelndem Wohlverhalten gegenüber der neuen Bourgeoisie wieder entzogen wird. Die Arbeiterklasse kommt nirgends zu Wort. Das höchste, daß man hin und wieder einen kritischen Leserbrief veröffentlicht. Somit sind all die schönen Worte in der Verfassung der DDR nichts als Schall und Rauch, dazu bestimmt, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen. Nimmt jemand die dort garantierten Recht wirklich in Anspruch, wie unsere Genossen in der DDR, so landet er hinter Gefängnismauern.

Somit trifft auf die DDR heute das zu, was für die Grundgesetze, die Verfassungen aller bürgerlicher Staaten gilt, und was Lenin wie folgt formulierte: **„Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Versammlungs- und Pressefreiheit, die ‚Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz‘ — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei er auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, bei Verstößen gegen die ‚Ruhe und Ordnung‘ — in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavendasein ‚verstößt‘ und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhalten — Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u.a.m.** (Lenin, Bd. 28, S. 243)

Militär gegen Arbeiter, Belagerungszustand, wer denkt dabei nicht an Polen? Und Herr Honecker irrt sich gewaltig, wenn er, wie auf dem letzten Plenum des ZK der SED, behauptet, die oppositionellen Kräfte in Polen und wohl auch in der DDR seien gegen einen Sozialismus mit Bolschewiki. Das mag auf ein Großteil der Führer der „Solidarität“, erst recht auf den katholischen Klerus, der überhaupt gegen den Sozialismus ist, zutreffen. Auf uns, auf die Genossen der KPD Sektion DDR, trifft es überhaupt nicht zu. Im Gegenteil. **Wir sind entschieden für einen Sozialismus mit Bolschewiki! Nur, daß diese bolschewistische Partei, diese Partei neuen Typus nach leninschem Muster, eine Partei der offenen Kritik und Selbstkritik, die aufgebaut ist nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus in der DDR nicht die SED ist, daß es diese bolschewistische Partei in den anderen revisionistischen Ländern nicht mehr gibt!**

Der Entartungsprozeß

Ohne eine solche korrekte marxistisch-leninistische Partei, die sowohl Trupp als auch Vortrupp ihrer Klasse ist, läßt sich — wie die Ereignisse bewiesen — der Sozialismus nicht erfolgreich verwirklichen. Bekanntlich fängt der Fisch am Kopf an zu stinken. Und so begann die revisionistische Entartung, die Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen in den Ländern des Sozialismus stets mit der Entartung der kommunistischen Parteien. Die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, wurden außer Kraft gesetzt, Kritiken abgewürgt, Selbstkritik zu leeren Phrase.

Bestand in Kampfzeiten, vor der Revolution, durch die Verfolgungen durch die Bourgeoisie noch eine natürliche Auslese ihrer Mitglieder, so drängten sich nach der Errichtung des Sozialismus Karrieristen, Trittbrettfahrer und andere bürgerliche Elemente in die Partei. Intrigen und Machtkämpfe wuchsen. Es waren nicht mehr die Besten, die Vorhut des Proletariats, die da aufgenommen wurden, sondern die besten Ja-Sager und Anpasser, die sich mit dem Parteibuch ein schnelles Fortkommen erhofften. Die Opferbereitschaft sank. Erschwerend für die DDR kam noch hinzu die Vereinigung der KPD mit der SPD zur SED.

Es war sicher richtig, nach der gemeinsam erlittenen Verfolgung in der Zeit des Hitler-Faschismus, zu versuchen, eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Doch solch eine Partei konnte nur eine bolschewistische sein. Das heißt, es hätte eine gründliche ideologische und politische Schulung und Umerziehung der ehemaligen sozialdemokratischen Genossen erfolgen müssen, was auch anfangs ansatzweise geschah. In der Perspektive aber setzte sich mehr und mehr revisionistisches, sozialdemokratisches Gedankengut durch.

Auch bei den Kadern traten nach 1945 Entartungserscheinungen auf. Mancher, der unter kapitalistischen Verhältnissen Opfer gebracht hatte, wollte jetzt die Früchte seines Kampfes ernten. Nicht im allseitigen Aufbau des Sozialismus, sondern im eigenen persönlichen Wohlergehen. Man entfernte sich mehr und mehr von der eigenen Klasse. War es nach 1945 noch zu verstehen, daß diejenigen, die aus den KZs, aus der Emigration heimkehrten, zur Regenerierung ihrer Kräfte mehr erhielten als jene, die dem Hitler-Regime keinen Widerstand entgegengesetzt oder gar von ihm profitiert hatten, so mußte dieser Unterschied beim weiteren Aufbau des Sozialismus doch nach und nach verschwinden.

So leben die Mächtigen

Das jedoch geschah nicht. Stattdessen wurden diese Sonderrechte der Parteiprominenz, der Einkauf in Sonderläden, die bessere medizinische Versorgung in eigenen Kliniken und Erholungsheimen zur Regel. Bestimmt war es richtig die Kapitalisten aus ihren Luxusvillen und Schlössern zu jagen, soweit sie sich nicht schon selbst abgesetzt hatten, doch nicht, um sie zu eigenen Luxusherbergen zu machen sondern zu Kindergärten, Erholungsheimen für die Werktätigen, Gästehäusern usw.

Wohin diese Entwicklung geführt hat, sehen wir heute. Eine Partei- und Staatsprominenz, die sogenannten Wandlitzfürsten Honecker, Stoph u.a., die ihr Domizil in bester Lage am Wandlitzsee nördlich von Ostberlin errichteten. Umgeben von meterhohen Mauern, bewacht von einem Bataillon von Elitesöldnern. In Luxusvillen mit 10 bis 15 Zimmern, eingerichtet mit Bädern aus Frankreich, Möbeln aus Italien, Sommer- und Winterdatscha, eigener Ferieninsel, einem Heer von Bediensteten vom Butler und Koch bis zum Zimmer- und Kindermädchen etc. unterscheidet sich das Leben dieser crème de la crème, der obersten 200 der DDR, in deren Händen sich alle Macht befindet, nicht mehr vom Leben ihrer kapitalistischen Klassenbrüder im Westen.

Kaum weniger angenehm lebt die Schicht der oberen 10000, der Generäle, hohen Partei- und Staatsfunktionäre, Manager, Direktoren, Technokraten, FDGB-Spitzenfunktionäre, Chefredakteure, Spitzenmediziner, -wissenschaftler, -künstler etc. auf die sich ihre Herrschaft stützt. **Ihre Gehälter, Prämien und Sondervergütungen betragen das Vielfache eines Arbeiterlohns.** Sie haben ihre eigenen Erste-Klasse-Krankenhäuser, Erholungsheime und Clubs, zu denen normale DDR-Sterbliche keinen Zutritt haben. Sie dürfen ins westliche Ausland reisen, ihre Kinder besitzen besondere Privilegien und werden besonders gefördert, um später die Plätze ihrer „alten Herren“ einnehmen zu können.

Der Satz der DDR-Verfassung: „Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen“, wurde zur Parodie. Richtig müßte es heißen: „Was des Volkes Hände schaffen, soll der Bonzen eigen sein“. **Kollektiv, über den Staatsapparat, eignet sich die neue Bourgeoisie der DDR einen Teil des von der Arbeit der Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwerts an.** Zynisch wird von den Machthabern in Ostberlin diese Ausbeutung der Arbeiter der DDR auch noch mit dem sozialistischen Leistungsprinzip begründet: Wer der Gesellschaft mehr gibt, soll auch mehr von ihr erhalten. Wer mehr gibt, das bestimmen die Herren selbst. Nur nach welchen Kriterien?

Das sozialistische Prinzip heißt: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“ Eben nach seiner Leistung für die sozialistische Gesellschaft. Wer aber erbringt die höchste Leistung? Doch wohl jene, die seit Jahrhunderten alle Werte, die Fabriken, die Werke, Maschinen, die Güter, die Häuser, die Straßen geschaffen haben, die die Kohle, das Erz aus der Erde holen, die Schiffe bauen, die die Meere befahren usw. usf. Sie waren es, die den Reichtum der Gesellschaft schufen, nur, daß sie im Kapitalismus keinen Anteil an diesem Reichtum hatten. **Sie sind es, die im Sozialismus der Gesellschaft am meisten geben, die Arbeiter** und auch die Bauern, die die Ernährung der Gesellschaft sichern.

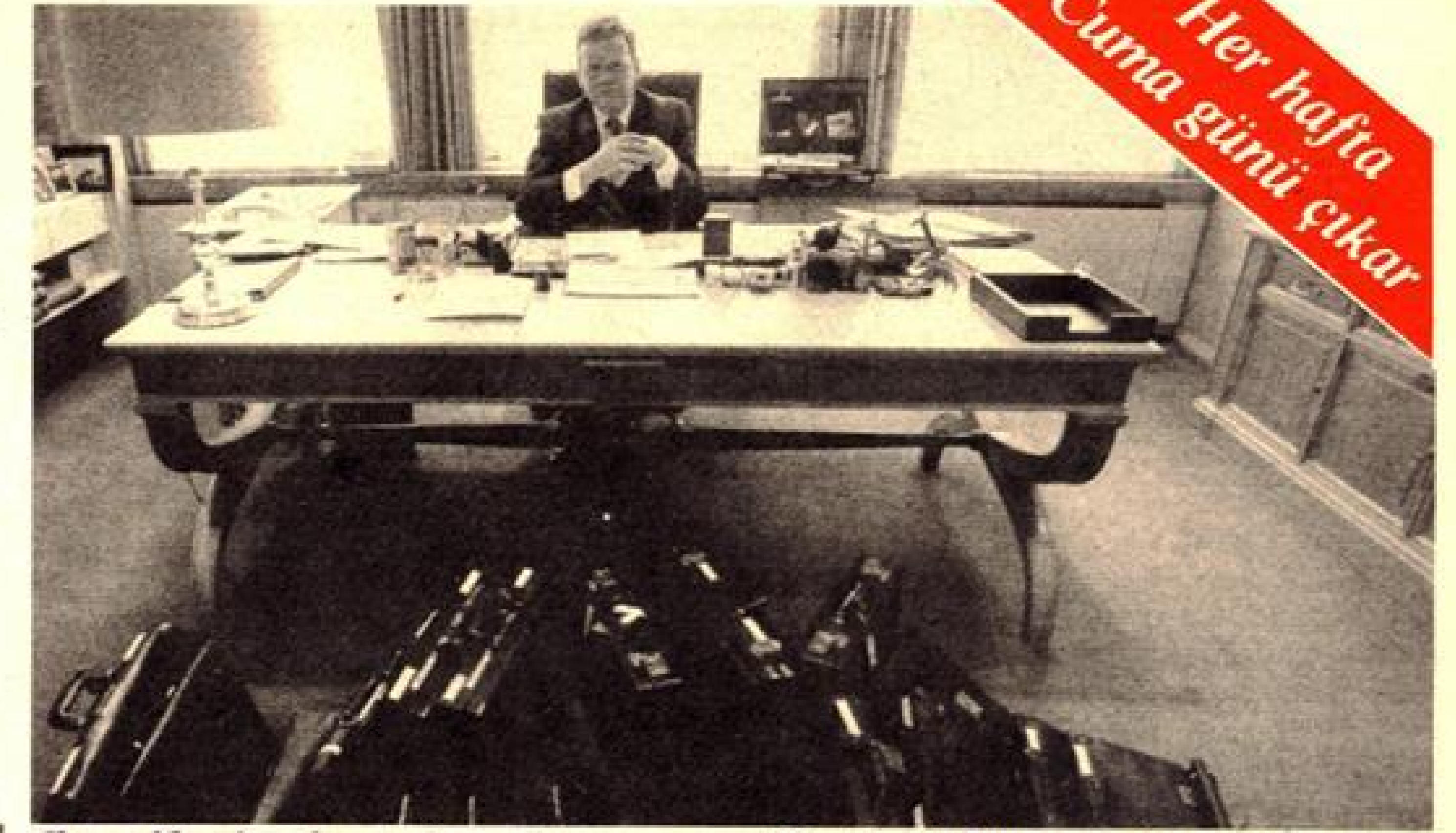
Das heißt, daß im Sozialismus diejenigen, die oft unter schwersten körperlichen Bedingungen — wie z.B. der Bergmann vor Ort, der Arbeiter am Hochofen etc. — den Reichtum der Gesellschaft schaffen, auch die höheren Löhne erhalten. So ist es auch im sozialistischen Albanien, wo die Unterschiede zwischen höchsten und niedrigsten Löhnen heute zwei zu eins betragen. Hier erhält der Bergmann vor Ort mehr als der Direktor der Grube, ein Bezirksparteisekretär oder Minister, der Hochofenarbeiter mehr als der leitende Arzt der betrieblichen Poliklinik oder ein Lehrer.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 2, 15 Ocak 1982 Yıl: 16 1 DM



Partilerin hepsine rüşvet verilmiştir **Flick tekeli Bonn'daki partilerin tümüne rüşvet vermiştir. (Resimde Flick tekelinin yetkili vekili Brauchitsch görülmektedir) Bonn'daki partilerin vergi kaçırma olayı ile ilintili olarak, Flick tekelinin tüm bürolarında da arama yapıldı. Şimdi açığa çıktığı gibi, bu aramalarda tekelin sadece Bonn'daki partilere vergi kaçırmak için gizli olarak verdiği bağışlara ilişkin değil, aynı zamanda onun "devlet görevlilerine de rüşvet yedirdiğine" dair bilgiler mevcuttur. Tüm bu bilgiler rüşvet verilen devlet görevlilerinin Bonn'daki bakanlar olduğuna işaret etmekteler.**

İşsizlik ortalaması yüzde 7,3'e yükseldi

2 milyon emekçi işsiz!

Nürnberg Federal Çalışma Dairesi geçen hafta içerisinde 1,7 milyondan fazla emekçinin aralık ayı sonunda kayıtlı işsiz olduklarını açıkladı. Bu rakam 28 yıldan bu yana işsizliğin en yüksek orana ulaştığını ifade etmektedir. Bu rakama kara listede bulunan işsizlerin sayısını da ekleyecek olursak, böylece gerçek işsiz sayısı en az 2,5 milyona ulaşmış durumdadır. Tüm bu kabarık rakamlara rağmen yetkililer tarafından en küçük işsizliği önleyici bir tedbire dahi başvurulmamaktadır. Onlar bunu yapmak yerine işyerlerinin acımasız bir şekilde yok edilmesine göz yummaktalar.

Geçen yılın aralık ayında işsizliğe kayıtlı emekçilerin sayısında 213 886 bir artış kaydedildi. 1980 yılına göre 1981 yılının aralık ayında işsizliğe kayıtlı emekçilerin sayısı 600 000, yani yüzde 52'den daha fazla bir artış gösterdi. Bu süre zarfında işsizlik ortalaması yüzde 4,8'den yüzde 7,3'e yükseldi. 1980 yılının sonuna kıyasla 81 yılının aralık ayında teklif edilen iş yerlerinin sayısı 226 000'den 118 000'e düştü.

İşsizliğin bu aşamaya ulaşmasının sorumluları kamuoyu önünde bu durumun kendilerini de "düşündürdüğünü" açıklamaktalar. Fakat onların eylemleri kendilerinin başka bir dilden konuştuklarını çok açık bir şekilde göstermektedir. Bu durumun sorumluları işyerlerine en küçük bir sınırlandırmayı dahi yapmamaktalar. Aksine onlar iş yerlerinin yok edilmesini, acımasız bir şekilde rasyonalleştirilmesini ve toptan çıkışlara gidilmesini teşvik etmekteler. Öte yandan sahte acıma duygularını dile getiren aynı sorumlular sosyal hakları yoğun bir şekilde kısıtlamakta ve kamu işletmelerinde iş yerlerinin yok eedilmesi yönünde alınan önlemleri daha da sertleştirmekteler.

Peki DGB sendikası bu saldırılara karşı ne yapıyor? Sendika yönetcileri ise göstermelik protestolarla bu durumu geçiştirmeye çalışmaktalar. Onlar iş yerlerinin yoğun bir şekilde yok edilmesine ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadeleci önlemler almadıkları ve protesto eylemleri örgütlemedikleri gibi, bu yönde gelişen mücadeleyi her türlü araçla bloke etmekte ve saptırmaya çalışmaktalar.

Ayrıca Vetter ve Loderer sürekli bir çalışma programından dev vurmaktalar. Fakat onların bu adımı DGB'nin gerçekte işsizliğe karşı var olmayan bir stratejisini iki yüzlüce varmış gibi göstermeye hizmet etmektedir.

Sendika patronları randımanın artırılması istemlerinden dolayı iş yerlerinin pervasız bir şekilde yok edilmesini, tamamen kapatılmasını ve böylece toptan çıkışlara gidilmesini destekledikleri, işçi ve emekçilerin saldırılarına karşı direnişini örgütlememekte dayattıkları sürece, onların "çalışma programı insiyatifleri" de sadece uyutma manevrasından başka bir anlam taşımamaktadır.

Bugün bu koşullar altında, işyerlerinin kapatılmasına ve yokedilmesine karşı kararlı sendikal mücadelenin örgütlenmesi gereklidir. Öte yandan gerekli nokta, tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleşmesi için mücadelenin sürdürülmesidir. Ve ayrıca devletin sosyal hakları kısıtlamasına karşı uzlaşmaz ve kararlı direnişin sürdürülmesini sağlamaktır. İşte işsizliğe karşı mücadelenin temel esaslarını bunlar oluşturmaktadır.

İşyerlerinin kapatılmak istenmesine karşı

Videocolor emekçileri süresiz greve gittiler!

ULM. — 2. 1. 1982 Pazartesi sabahı renkli televizyon ekranı üreten Ulm'daki Videocolor GmbH firmasında sabah vardiyasına gelen işçiler süresiz grevi başlattılar. Videocolor personeli başlattıkları süresiz grevle, Videocolor'un bağlı olduğu Fransa'daki Thomson-Brand tekelinin iş yerinin kapatılmaması için söz vermesini elde etmek istiyorlar.

Ulm Videocolor firması toplam olarak 1650 yerli ve yabancı emekçinin çalıştığı bir firmadır. Fransız Thomson-Brand ve Amerikan elektronik tekeli RCA, Videocolor firmasını 1979 yılında AEG tekelinden satın aldılar. Onlar üretimi başka ülkede yapmak ve dünya çapında renkli televizyon alanında üretimlerini genişletmek için modern makinalarla donatılmış Ulm Videocolor firmasını daha başından kapatmayı amaçlıyorlardı. Videocolor mallarının piyasada satılma şansı iyi olmasına rağmen, patronlar 19 Kasım'da Ulm Bölge Mahkemesi'ne iş yerinin kapatılması ve denkleştirilmesi yapılması için dilekçe talebine bulundular. Patronlar çeşitli oyunlara baş vurarak firmada 185 milyon DM zararın olduğunu ileri sürdüler. Toplam makinaların değeri 30 milyon tahmin edilen firmanın üretimini patronlar Fransa ve İtalya'ya aktarmak istiyorlar.

Videocolor emekçileri geçen yıl içerisinde de iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için bir kaç gün süren iş yeri işgaline gitti ve bu yönde çeşitli eylemler düzenlediler. Aynı şekilde geçen yılın kasım ayı sonunda da iş yerinin kapatılmasını protesto amacıyla Ulm'da düzenlenen yürüyüşe 6 000 emekçi katıldı. Öte yandan işçi arkadaşlar mücadeleci eylemler örgütlemelerine rağmen, IG Metall Yönetimi elimize geçen haberlere göre kararlı eylemler örgütleyerek grevdeki işçilerin mücadelesini desteklemek istemiyor. Grevin başladığı esnada Ulm'da bulunan IG Metall Baden Württemberg Eyalet Başkanı Steinkühler IG Metall'in resmi olarak grevi desteklemesinin söz konusu olmadığını belirtti.

İşte bu nedenle sınıf mücadeleci sendikacıların grevdeki Videocolor emekçileri ile dayanışmaya girmeleri daha da gerekmektedir. Videocolor işçilerinin sürdürdüğü bu mücadele tüm işçi sınıfı için ardı arkası kesilmez bir şekilde artan işsizliğe karşı mücadele açısından büyük bir öneme sahiptir! Öyleyse sende seyirci kalma, Videocolor emekçileri ile iş yerinde dayanışma eylemleri örgütle!

(„Videocolor-Belegschaft im unbefristeten Streik")

Polonya da

Sendikaya karşı saldırılar yoğunlaşmaktadır

VARŞOVA. — Geçen hafta içerisinde Jaruzelski cuntası, Polonya'da sıkıyönetimin gevşetildiğini, durumun normale dönüştüğünü ve tüm Polonyalıların memnun olduğu izlenimini çeşitli önlemlere baş vurarak lansetmeye çalıştı. Bunun için cuntanın tekrardan katolik kilisesi Başpiskoposu Glemp ile yaptığı görüşme abartılarak her tarafta yaygınlaştırıldı.

Ancak bu sis yığınağının arkasında, sıkıyönetimin ilan edilmesinin esas hedefi, Polonya işçi sınıfının sendikal hareketinin dağıtılması ve yeni kapitalist sınıfın sarsılan iktidar mevkilerinin ve imtiyazlarının sağlamlaştırılması olduğu giderek daha da açığa çıkmaktadır.

Her ne kadar Polonya askeri cuntası sıkıyönetimin gevşetildiğinden vb. şeylerden dem vurursa vursun, onların 1980 Ağustosu'na sürekli geriye dönüşün olamayacağını belirtmeleri bile bunların birer sahte açıklamalar olduğunu ortaya koymaktadır.

Son günlerde sosyal faşist askeri cuntanın tutuklu bulunan "Dayanışma Sendikası" elemanlarına karşı kışkırtma kampanyalarını yoğun bir şekilde sürdürmek ve yeni suçlamalara girişmek için hazırlıklar yapması, onların en sert bir şekilde durumu, yani Polonya işçi sınıfının sendikal hareketinin dağıtılmasını ve elemanlarının cezalandırılmasını sona erdirmek istediklerini göstermektedir. Öte yandan cuntanın bu yönde sürdürdüğü kışkırtma propagandası, tümüyle Moskova'dan Doğu Berlin'e kadar tüm revizyonist basının aylardan beri "Dayanışma Sendikası"nın bir cinayet şebekesi, iktidarı yıkmaya yemin eden bir örgüt olduğunu ileri süren nakaratının bir tekrarlamasından başka bir şey değildir. Ve bugün cunta tarafından yoğun saldırılara ve kışkırtmaya uğrayan "Dayanışma Sendikası"na yeniden faaliyetlerini sürdürme hakkının tanınacağını hiç bir kimse aklından bile geçirmez.

(„Polnisches Kriegsrecht immer schärfer gegen Gewerkschaft")

Yeni toptan çıkışlara gidileceği açıklandı

İnşaat sektöründe sınırsız iflaslar birbirini izlemekteler

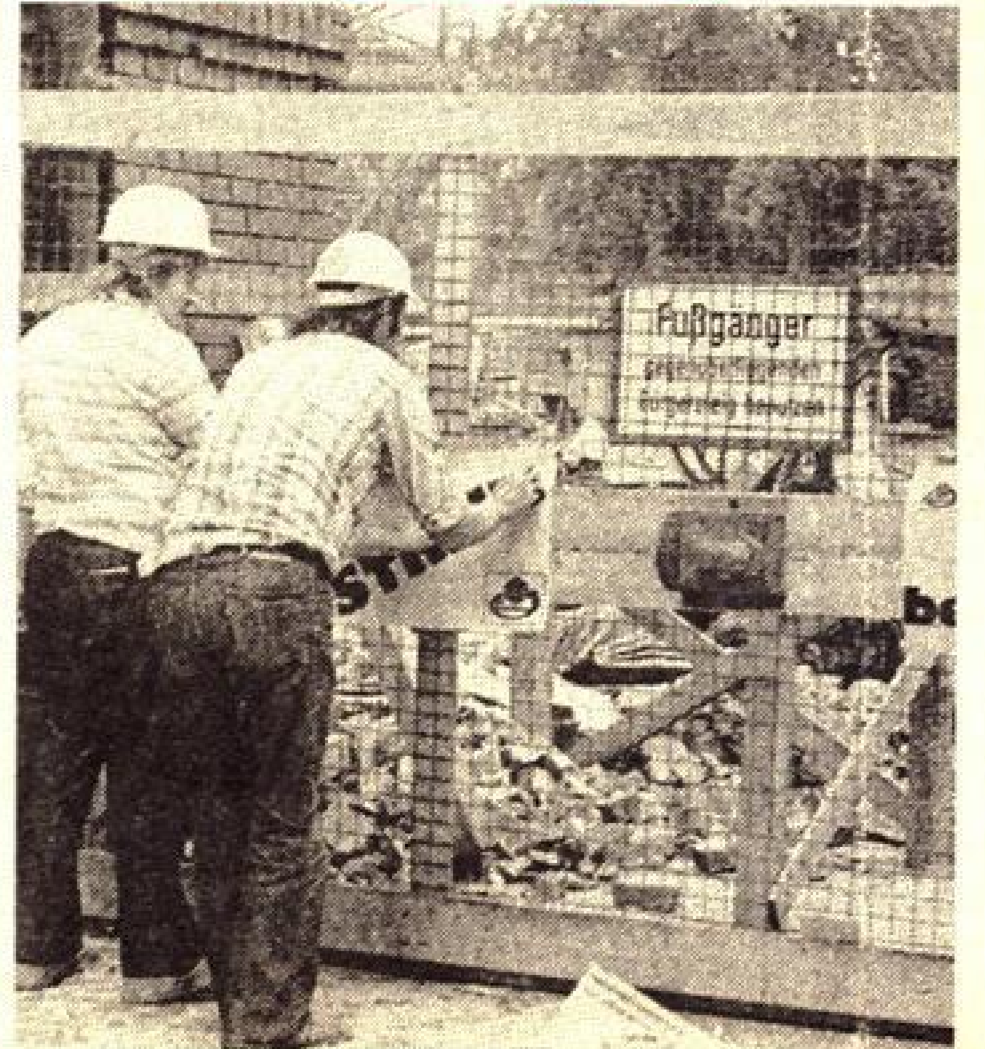
1981 yılı, Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana inşaat firmalarının en fazla iflas ettiği bir yıl oldu. Ancak tüm gelişmeler bu rekorun şimdiki düzeyinde kalmayacağını, daha da artacağını göstermektedir. Çünkü daha şimdiden her tarafta, inşaat sektöründe yeni çıkışların verileceği açıklanmaktadır.

1975 yılında toplam 1220 inşaat firması iflas ederek rekor kırmıştı. Ancak geçen yıl 1500 inşaat firmasının iflas etmesi ile bu rekor çoktan aşılmış oldu. İnşaat sanayiisi Başkanı Herion bu duruma ilişkin yapılan bir kurultayda, iflas dalgasının henüz odak noktasına ulaşılmadığını, çünkü esas olarak gelecek yıl özel siparişlerde gerilemenin olacağını belirtti. Bu diğer anlamıyla inşaat sektöründe daha bir çok iş yerinin iflas edeceğinin bir belirtisidir.

Eğer iflaslar odak noktasına ulaşacak olursa, böylece bu inşaat sektöründe 150 000 inşaat işçisinin daha iş yerini "kaybedeceği" demektir. Yapılan siparişlerin azalması bu kadar işçinin işsiz olacağını doğrulamaktadır. Çünkü tüm inşaat sektöründe siparişler 2,2 aya kadar cadde yapımında ise 1,7 aya kadar düştü.

Bunun yanı sıra büyük bankalar da yatırımlarını küçük firmalardan geri çekip, 1974 ve 1975 yılındaki krizden sonra kurulan büyük inşaat tekellerine vermeleri ile birlikte daha fazla küçük inşaat firmaları iflas edecektir. Bir kaç gün önce Hochtief tekelinin Holzmann inşaat firmasının hisse senetlerinin yüzde 20'sini devralması bunun en belirgin bir örneğidir. Bu diğer yandan sadece küçük ve orta inşaat firmalarında iş yerlerinin tehlikede olmadığını, aynı şekilde büyük inşaat tekellerinde de iş yerlerinin tehlikede olduğu demektir.

(„Pleitewelle der Bauindustrie ohne Ende")



İnşaat işçileri daha şimdiden bile işsizler ordusunun büyük bir kısmını oluşturmaktalar. Ve ayrıca gelecekte inşaat firmalarında 150 000 işçiye daha çıkış verileceği belirtilmektedir.

Loderer ve Jansen'in çirkin entrikaları

IG Metal Başkanı Loderer ve onun "Toplu Sözleşme uzmanı" Hans Jansen bir taraftan göstermelik olarak ücretlerin güvence altına alınmasından dem vururken, öte yandan da patronlara bu sözlerin pek öyle ciddiye alınamayacağı yönünde sinyal vermekteler.

Jansen Frankfurt'ta yaptığı bir açıklamada, IG Metall'ın bu yılda bütün ekonomik yaşam açısından bir sorumluluk "taşıdığını'' ve ücret politikasında buna göre hareket edeceği hesaba katılmalıdır.

Bunun açık ifadesi şudur: Patronlar bu yılda IG Metall yönetiminin ihanetinden ve manevralarından medet umabilirler. Bunu sendika patorlarının yaptıkları diğer açıklamalar da doğrulamaktadır.

Sendika yöneticileri bu çirkin amaçlarını örtbas edebilmek için, içinde bulunduğumuz yılda yapılacak olan fiyat artışları tahminlerinden hareket ederek ücret artışı talebini tespit ettikleri sahtekarlığına baş vuruyorlar. Ancak bununla gene kandırılmaya çalışılan işçi ve emekçilerdir.

Sendika patronlarının bu sahtekarlığına karşı şu gerçeği ortaya koymalıyız: Biz şu ve bu tahmin fiyat ortalamasından değil, gerçeklerden hareket etmekteyiz! Ve biz gerçek ücretlerimizin güvence altına alınmasında güncel fiyat artışları oranını göz önünde bulundurmalıyız ki, burjuva istatistikleri gerçek fiyat artışlarını somut olarak dile getirmemektedir bile.

Şimdi gerçek ücretlerin güvence altına alınması geniş çaplı sendikal eylemleri daha da zorunlu kılmaktadır. Geçen yılki ücret turlarında edinilen tecrübeler ve gelişmeler bu yılki ücret turlarında işçi sınıfının gerçek ücretleri güvence altına alabilmesinin hiç bir şüphe götürmeyecek bir şekilde ancak ve ancak geniş çaplı bir greve gidilmeksizin gerçekleştirilemeceğini olanak dışı kılmaktadır. Daha da açık ifade edecek olursak,geniş çaplı greve gidilmeksizin ücretlerin güvence altına alınması düşünülemez. Öyleyse ücret turlarının kızışmaya başladığı şu dönemde, işçi sınıfının tüm mücadele gücünü seferber edebilmek için tüm ilerici ve sınıf bilinçli sendikacılar harekete geçmelidir!



Daha bugünden yüzlerce emekçi Arbeitsamtlar'da iş için beklemektedir!

Ücret turları başladı

Gerçek ücretler güvence altına alınmalıdır

FRANKFURT. — Bu hafta içerisinde metal sanayisinde toplu sözleşme turları başlıyor. Böylece bu yılki ücret turlarının en kızgın dönemi başlamış oldu. Bu yılki ücret turları işçi ve emekçiler için büyük bir öneme sahiptir. Eğer bu ücret turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınmasını sağlarsak, yaşam koşullarımızın daha da ağırlaştırılmasını belirli oranda engellemiş oluruz.

İşçi ve emekçiler üzerindeki etki kapsamı henüz somut olarak ölçülemeyecek Bonn Hükümeti'nin tasarruf önlemleri ile birlikte gerçek ücretlerin güvence altına alınması sınırının altında yeni bir toplu sözleşme anlaşması yapılırsa, bu ücretlerimizin daha da düşeceği anlamına gelmektedir.

İşte gerek Bonn'daki partiler, gerekse de kapitalistlerin istedikleri de tam da gerçek ücretleri güvence altına alınamayacağı bir ücret anlaşmasını gerçekleştirmektir. Sendikanın ücretlerin güvence altına alınması talebine karşı küstahca kışkırtma kampanyalarına girişmeleri, onların ceplerimizdeki son kuruşa da göz diktiklerini göstermektedir. Gerek Bonn'daki partilerin gerekse de kapitalistlerin istedikleri şudur: Patronların kârlarının daha da artması için işçi ve emekçilerin kemerlerini daha fazla sıkmak.

Bizi daha fazla sömürebilmek için patronlar ve onların Bonn'daki temsilcileri ücret artışlarından vaz geçmenin iş yerlerinin garanti altına alınmasına ve ekonomik gelişmenin sabitleşmesine hizmet edeceği propagandasını yapmaktalar. Aksi takdirde krizin daha da derinleşeceğini, işsizliğin daha da artacağı propagandasını yaygınlaştırmaktalar.

İşçilerin ücretlerinde bir kayıbı göze almaları tamamen desteklenemeyecek ve ayrıca bu ekonomik krizin nedenlerini de ortadan kaldırmayacak bir şeydir" diyor HBV sendikası Başkanı Günter Volkmar. O devamla, "ücret artışlarından vaz geçmenin, işçilerin alım gücünün düşmesine ve dolayısıyla da bir başka ekonomik sorunu ortaya çıkaracağını" belirtmektedir.

Bundan ötürü bu ücret turlarında sendikal hedef, geçen yılki ücret turlarında olduğu gibi, gerçek ücretlerin düşürülmesini ifade eden bir ücret anlaşmasını yapmak değil, gerçek ücretlerin ikinci bir kez düşürülmesini en azından önlemek olmalıdır! Buda gelecek yıl için yapılacak her hangi bir enflasyon oranı değil, şimdiki enflasyon oranından çıkılarak gerçek ücretleri net olarak eşitlemeyi gerçekleştirmek demektir!

Bilindiği gibi şu an resmi fiyat artışlarının oranı yüzde 6,5'tir. Buna bir de yükselen sosyal sigorta giderlerini ve vergileri eklersek, o zaman IG Metall'in yüzde 7,5 ücret artışı ve ileri sürdüğü ek sosyal talebinin altında olan taleplerde ücret anlaşmalarında kesinlikle gerçek ücretlerin güvence altına alınamayacağı açığa çıkmaktadır!

Öte yandan bazı küçük sanayii dallarında ücret anlaşmaları yapıldı. Örneğin ÖTV sendikası liman işçileri için gerçek ücretlerin güvence altına alınmasını hiç bir şekilde ifade etmeyen yüzde 4,8 bir ücret artışı anlaşmasını yaptı. Ve IG Bergbau sendikası ise Braunschweig kömür ocakları için yüzde 4,9 ücret artışı anlaşmasını kabul etti. Bu anlaşmalar gerçek ücretlerin güvence altına alınması hedefine karşı düzenlenen adice bir ihanettir! Bu tür düşük ücret artışı anlaşmaları ile gerçek ücretlerin daha düşük tutulması için patronlara zemin yaratılmış oldu.

Ücret artışı anlaşmalarının yapıldığı her iki sektörde de hiç bir sendikal mücadele eylemine baş vurulmadan anlaşmaya gidildi. Ancak bugün açık olan şudur ki, biz geniş çaplı sendikal mücadele eylemlerine baş vurmazsak, o zaman kapitalistler geçen yıl elimizi alırken bu yılda kolumuzu almaya çalışacaklardır. Şunu aklımızdan çıkarmayalım ki, bizim gerçek ücretleri güvence altına alınmasını sağlayacak gücümüz vardır. Ancak eğer sendikalar başından kapitalistlere karşı teslimiyet politikası izlemez ve sınıfın gücünü harekete geçirirlerse bu hedef gerçekleşebilir. Geçen yılki ücret turlarında metal işçileri mücadele etmek istediklerini ve hedeflerini gerçekleştirebilecek güce sahip olduklarını ispatladılar. Ancak bu yılda geniş çaplı bir grev düzenlenmeksizin gerçek ücretlerin güvence altına alınmasını sağlayacak bira anlaşmayı patronların kabul etmeyeceği şimdiden görünmektedir.

(„Reallohnsicherung heißt volle Durchsetzung der Forderungen!")



Metal işçileri gerçek ücretlerini güvence altına alabilmek için geniş çaplı grevler örgütlemelidir!

Artan işsizlik ve işsizliğe karşı mücadele

İşsizliğe karşı uzlaşmaz sınıf mücadeleci eylemler örgütlenmelidir!

NÜRNBERG. — Geçen yıl içerisinde Almanya'daki yerli ve yabancı emekçi işsizlerin sayısı giderek yoğun bir artış gösterdi. 1981 yılının aralık ayı sonunda 1980'in aynı ayına göre yüzde 52,4 bir artış kaydedildi. Bir çok büyük ve küçük şehirlerde İş ve İşçi Bulma Kurumları (Arbeitsamt) işsizlerin sayısının ortalama olarak yüzde 10'un üzerinde olduğunu bildirmekteler.

Sadece geçen yılın aralık ayında işsiz sayısı 213 886 artış göstererek 1703 862'ye ulaşmıştır. Bu süre zarfında işsizlerin oranı yüzde 6,4'ten yüzde 7,4'e yükselmiştir. Böylece yeni oranla birlikte 28 yıldan bu yana en yüksek işsizlik oranının olduğu açıklanmaktadır.

Geçen yılın aralık ayına kıyasla 1981 yılı aralık ayında işsizler sayısı 585 560, yani yüzde 52,4 bir artış göstermiştir. Bunun yanı sıra 1981 yılı sonunda kısa mesai yapan firmaların sayısı ise 2306'lık bir artış göstermiştir. Yani böylece şu an kısa mesai yapan firmaların sayısı toplam 11975'tir. Kısa mesai yapan emekçilerin sayısı ise 505 542'dir. Bu rakam 1980 yılının aralık ayına kıyasla yüzde 41,6 oranında bir artışı dile getirmektedir.

Ayrıca iş yeri tekliflerinde de 1980'nin Aralık ayına kıyasla 81 yılı sonunda yüzde 47,6'lık bir düşüş olmuştur. 1,7 milyon işsize karşılık sadece toplam 118 410 iş yeri teklif edilmektedir.

İşsizler arasında en büyük artış 20 yaşından küçük olan gençlerde baş göstermektedir. Gençler arasında 1981 yılı sonunda toplam 156591 kişinin resmi olarak kayıtlı işsiz olduğu açıklandı.

Öte yandan yoğun bir şekilde artan işsizlikten en fazla etkilenen kesimler ise yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilerdir.

Yabancı işçi arkadaşlar arasında işsiz sayısı kasım ayına kıyasla aralık ayında 20796 daha artarak toplam olarak 230120'ye yükselmiştir. Bu yabancı işsizler arasında işsizlik oranının yüzde 11,1 civarında olduğu demektir. Yabancı işsizlerin sayılarının en kabarık olduğu eyaletlerden biri Batı Berlin'dir. Burada bir önceki yıla göre 81'in Aralık ayında yüzde 71,8 artış kaydedilmiştir. Yani bu resmi olarak işsizliğe kayıtlı yabancıların sayısının 12019 olduğu demektir.

Genel işsizlik oranında en büyük artış ise Aşağı Saksonya Eyaleti'nde yaşanmaktadır. Patronların acımasız bir şekilde iş yerlerini rasyonalleştirmeleri ile önümüzdeki dönemde iş yerini kaybeden işçilerin sayısı daha da büyük bir artış gösterecektir. Tabii ki, eğer patronların aşırı kâr isteklerinden dolayı iş yerlerini rasyonalleştirmelerinin önü alınmaz ve buna karşı sendikalar tarafından mücadeleci eylemler örgütlenmezse, böylece işsizler ordusunun inanılmayacak derecede büyüyeceği daha bugünden gün ışığı gibi ortadadır.

İşsizliğe karşı mücadele

Bu şiar bugün bir propaganda şiarı olmaktan öte, atılması gereken somut bir adımın gerekli olduğunu dile getirmektedir. Yani sendikaların,kapitalistlerin iş yerlerini acımasız bir şekilde çıkarları uğruna yok etmelerine karşı uzlaşmaz sendikal pratik önlemlere baş vurmalarının gerekli olduğunu ortaya koymaktadır. Diğer bir ifadeyle sendikaların işçilerin eylemlerine destek olması ve işyerlerini uzlaşmaz bir şekilde savunmaları için sendikal mücadele eylemlerine seferber etmeleri gerekmektedir.

Ancak şimdi burada şunu sormak lazım: Peki DGB sendikası artan işsizliğe ve patronların aşırı kâr isteklerinden dolayı iş yerlerini yok etmelerine karşı ne yapıyor? Kısaca hiç bir şey! Onlar işsizliğin önlenmesi için çeşitli tedbirlerin alınması yerine bir kaç haftadan beri Bonn'daki partiler, hükümet yetkilileri ve patronlar ile kapalı kapılar arkasında, son tahlilde asla bir sonuca yol açmayan görüşmeler sürdürüyorlar. Sendika patronlarının bu adımlarını hiç şüphesiz işsizliğe karşı bir mücadele olarak gösteremeyiz. Çünkü bu görüşmeler işsizliğe karşı elle tutulur hiç bir tedbirin alınmasına yol açmadı. Vetter, Loderer, Kluncker ve şürekası işsizliğin önlenmesi için bir sendikal stratejinin geliştirilmesinden kaçınmaktadır. Onların yaptıkları tek şey varsa bol bol etrafa hayal yaymaları ve şirin sözler söylemeleridir.

Öte yandan DGB sendikasının aralık 1981 tarihli kadro yayın organı "Die Quelle"nin sayfalarını şöyl bir karıştırdığımızda "DGB işsizliğe karşı mücadele için insiyatife başvuruyor" başlıklı bir yazı göze çarpmaktadır. Yazının başlığına bakıldığında güzel bir şeyi ifade ediyormuş gibi görünüyor. Ancak makaleyi okuduğumuzda bu gibi bir insiyatifle DGB'nin neyi kastettiği pekala çok açık bir şekilde görülebilmektedir. Ayrıca birincisi, DGB çoktan işsizliğe karşı önlemler alması gerekirdi. Çünkü işsizlik dünden bugüne gökten zembille inmedi, ve bugünden yarına kendiliğinden ortadan kaybolmayacaktır. İşsizlik uzun zamandan beri vardı. İkincisi ise DGB yöneticileri boş sözleri bir tarafa bırakıp çoktan işsizliğin artmasının önlenmesi ve patronların iş yerlerini keyfice pervasız bir şekilde rasyonalleştirmelerine karşı çeşitli pratik sendikal önlemlerin alınmasına baş vurmaları lazımdı. Fakat onlar bunu yapmak yerine kof insiyatiflerden dem vurdular.

Ayrıca DGB sendika patronlarının bunu yapabilmeleri için sınıf uzlaşıcı siyasetlerini tarihin çöplüğüne atmalı, patronların ve hükümetin işçi sınıfı ve emekçi halka karşı giriştiği saldırıları geri püskürtmek için işçi ve emekçileri somut pratik sendikal eylemlere seferber etmesi lazımdır. Ancak DGB sendika patronları bunu yapmayacaklardır. Çünkü aksi takdirde sendika patronu olma konumlarını yitireceklerdir.

Ama sendika patronları kendiliğinden işsizliğin önlenmesine karşı bir adım atmayacaklar diye biz eli kolu bağlayıp, onların bir adım atmalarını mı bekleyeceğiz? Hayır, kesinlikle! İş yerlerinde yerli ve yabancı RGO'lu ve sınıf bilinçli sendikacılar artan işsizliğe, patronların keyfice rasyonalleştirme ve böylece binlerce işçiyi sokağa atmalarına sessiz kalamazlar. Onlar KPD'nin işsizliğin önlenmesi ve işyerlerinin keyfice rasyonalleştirilmesine karşı ileri sürdüğü aşağıdaki kupürdeki temel talepler çerçevesinde sendika tabanını örgütlemeli, işçi ve emekçi arkadaşlar arasında bu talepler doğrultusunda faaliyet sürdürmeli ve sendikaları patronların ve hükümetin saldırılarına karşı uzlaşmaz, sınıf mücadeleci sendikal eylemleri örgütlemeye zorlamalıdırlar.

(„Steigende Arbeitslosigkeit und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit")

KPD işsizliğe karşı mücadeleye ilişkin şunları talep etmektedir

★ Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası!

★ Emekliye ayrılma yaşı erkekler için 60 yaşına, kadınlar için ise 55 yaşına düşürülmelidir! Vardiya ve ağır işlerde çalışan kadın ve erkek işçiler 5 yıl önce emekliye ayrılmalıdır!

★ En az altı hafta izin verilmelidir!

★ Şu an geçerli olan toplu sözleşme anlaşmalarından hareket ederek, (haftada 40, günde 8 saat olan 5 günlük iş haftası) çalışma saati kanunu, (şu an kanuni olarak haftada 48 saat geçerli) sendikanın gerçekleştirilmesini talep ettiği 35 saatlik iş haftası talebi de göz önünde bulundurularak yeniden düzenlenmelidir! Patronlara işçi ve emekçileri kendi isteklerinin dışında mesai yapmaya zorlamaları yasaklanmalıdır!

★ Mevcut iş yerlerinin sayısını ve niteliğini değiştiren yatırımlar iş yeri işçi temsilciliğinin onayına tabii tutulmalıdır!

★ Toptan çıkışlarda iş yeri işçi temsilciliğine veto hakkı tanınmalıdır!

★ Kitlesel çıkışlarda patronlar, işçi temsilciliğine basitçe bildirme yükümlülüğü yerine, onaylatma yükümlülüne tabi tutulmalıdır!

★ Patronlara devlet tarafından yapılan para yardımları, yeni iş yerlerininin sağlanması veya korunması için hukuki yükümlülüklerle birlikte ele alınarak yapılmalı ve bunların denetlenmesi işçi temsilciliği tarafından sağlanmalıdır!

Volksfront'un Merkezi Kongresi için delege seçimleri yapıldı

Bu başarılı bir kongre olacaktır!

Volksfront yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi faaliyetinin ağırlık noktalarından biri olarak ele almaktadır

Bu ayın sonunda Volksfront (Halk Cephesi) Frankfurt'ta ikinci Merkezi Kongresi'ni yapacak. Bunun için çeşitli eyaletlerde delegeler konferansı yapıldı. Volksfront'un Kaza Birlikleri tarafından Eyalet Delegeler Konferansı'na yapılan öneriler tartışıldı, onaylanarak merkezi delegeler konferansına iletildi ve merkezi kongre için delegeler seçildi.

Çeşitli eyaletlerde yapılan delegeler konferanslarında gösterdiği gibi üyeler Volksfront'un ikinci Merkezi Kongresi'nden büyük başarılar elde edilmesini beklemekteler. Ve buna büyük bir umutla bakmaktalar. Kongre'den olumlu sonuçların elde edilmesini beklemeleri tüm üyelerin hakkıdır. Çünkü Volksfront'un 2. Merkezi Kongresi'nde geçmiş faaliyetlerin bir değerlendirilmesi yapılacak, hata ve zaaflar tespit edilecek, geçmiş faaliyetten edinilen tecrübelerin ışığında ve kongreye yöneltilen yeni öneriler temelinde gelecek çalışmaların ağırlık noktası belirlenecek.

Öte yandan gericiliğin saldırılarının arttığı, devleti faşistleştirme adımlarının atıldığı, savaş tehlikesinin giderek yaklaştığı şu dönemde, Volksfront'un yüklendiği görevleri ve hedefi açısından önemi daha da artmaktadır. İşte bu nedenle onun kongresini başarıyla sonuçlandırması, Batı Almanya ve Batı Berlin'deki anti-faşist ve barış hareketi içinde büyük öneme sahiptir. Çünkü bu kongrenin başarılı bir şekilde kapanması aynı şekilde onun önüne koyduğu hedefi, yani halkımızın çeşitli tabakalarından gelen anti-faşist ve demokrat düşüncelere sahip olan insanları, üyeleri bulundukları partilerden bağımsız olarak tek bir çatı altında birleştirmek istemesi ve böylece gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı barış özgürlük ve demokrasi uğruna halkın gercek cephesi olma yönünde de ileri doğru olumlu bir adım daha atmış olması demektir.

Volksfront'un şimdiye kadar gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı sürdürdüğü faaliyeti — burada ele almak istemediğimiz çeşitli hata ve zaaflarına rağmen, ki bunlar ayrıntılı olarak hem kaza birliklerinin, hem de eyalet delegeler toplantılarında tartışıldı ve yankısını aynı zamanda 2. Merkezi Kongre'nin ele alacağı kararlarda da gösterecektir — üye ve delegeler toplantısında da açığa çıktığı gibi, bir çok sıradan insan üzerinde etki yapmakta ve şimdiye kadar siyasi olarak hiç bir safta örgütlenmemiş sıradan insanlarda olumlu bir intibak bırakmaktadır. Ve ayrıca onlarda Volksfront'un faaliyetine katılarak aktiv çalışmaları yönünde ilgi uyandırmaktadır.

Bunun yanı sıra Volksfront'un giderek genişleyen faaliyeti çeşitli siyasi örgütler üzerinde de olumlu bir etki yaratmaktadır. Ve bu örgütler içerisinde onun gerekliliği üzerine tartışmalara yol açmaktadır. Örneğin ondaki olumlu bu gelişmenin ve onun gerekli olmasının sonucudur ki, BWK (Batı Almanyalı Komünistler Birliği) yönetimi Halk Cephesi'nin tüzüğü ve ilkeleri temelinde ona üye olma önerisinde bulundu. Ve bu örgütün taraftarlarından bir çoğu daha şimdiden Volksfront'un yaptığı toplantılara katılmaktalar.

Bu olumlu gelişmeler aynı zamanda Volksfront'un KPD'nin "bir yan" veya "onun devamı bir örgüt olduğu" burjuva tezini de çürütmektedir.

Volksfront'un önemi diğer yandan yoğunlaşan yabancı düşmanlığı açısından da giderek artmaktadır. Çünkü onun mücadesinin ağırlık noktalarından birini de gericiliğe ve faşizme karşı mücadele oluşturmaktadır. Bu nedenle o gelecek çalışmasının ağırlık noktalarından birini de yabacı düşmanlığına karşı oluşturmaktadır. Yabancı ilerici, demokrat ve anti-faşistlerle birleşik bir antifaşist cephenin çatısı altında, yabancı düşmanlığına karşı ortaklaşa mücadele sürdürmek ve yabancılara karşı yapılan saldırıları geri püskürtmek olanağını Volksfront sağlamaktadır.

Bu nedenle Türkiyeli ilerici, anti-faşist ve demokratlar gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı barış, özgürlük ve demokrasi uğruna mücadele için Volksfront'un safında yer almalıdırlar. Çünkü gelişmeler, ancak ve ancak Batı Berlin ve Batı Almanya'da yaşayan yabancıların gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı sürdürülen mücadelede yer aldıkları, yani diğer bir deyişle, yerli ve yabancı anti-faşistlerin mücadele birliği sağlandığı oranca Batı Almanya hakim sınıflarının saldırılarına başarılı bir şekilde karşı durulabileceğini göstermektedir.

Ocak ayının sonunda yapılacak Volksfront kongresinde yabancı, özellikle de Türkiyeli delegeler de katılacak. Kongrede şüphesiz yabancı, özellikle de Türkiyeli delegelerin yer alması, yerli ve yabancıların birliğini sağlama yönünde atılan olumlu bir adımdır. Ancak bu yeterli değildir. Çünkü yabancı, özellikle de Türkiyeli delegeler ve üyeler lisan zorluklarından ötürü onun faaliyetinde aktiv bir şekilde yer alamamakta ve böylece istenilen veri elde edilmemektedir. Bu nedenle daha da sağlam mücadele birliğinin oluşması yerli ve yabancıların, özellikle de Türkiyelilerin anti-faşist mücadelede ortaklaşa ve omuz omuza aktiv bir şekilde yer alabilmeleri açısından lisan eksikliğin giderilmesi yönünde çaba harcanmalıdır.

(„Delegiertenwahlen zum Bundeskongress der Volksfront")

Avrupa Konseyi Heyeti'nin Türkiye gezisi ve amaçladığı

7 Ocak'ta aralarında Avrupa Konseyi Siyasi Komisyonu'nun Raportörü Ludwig Steiner'in de bulunduğu bir heyet türkiye'ye gitti. Heyet "Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nde kalıp kalmamasını yerinde izleyerek" ocak ayı sonunda yapılacak olan Avrupa Konseyi toplantısı için bilgi toplamayı amaçladığını açıkladı.

Gazetemizin önceki sayılarında ele aldığımız gibi bugün Türkiye'ye giden Avrupa Konseyi Heyeti de kendilerinden önce giden Federal Dışişleri Bakanı H. D. Genscher'in ziyaretinde olduğu gibi aynı amacı gütmektedir. Batı Alman hakim sınıflarının Türkiye'ye yardımlarının gerekli olduğunu ve Türkiye'de bu yardımlarının devamı yönünde sözde "demokratikleşme" adımlarının atıldığını "ispatlamak" ve Türkiye'deki "gelişmeleri yerinde izlemek için" Genscher Türkiye'ye gitti. Genscher geriye döndüğünde Kenan Evren faşist cuntasının demokratikleşme yönünde adım attığını ve bundan ötürü de bu adımların hızlandırılması için "Türkiye yardımı"nın daha da gerekli olduğunu açıkladı.

Bugün ise daha önce Avrupa Konseyi'nde hazırladığı raporu ile cuntayı şirin gösteren Avrupa Konseyi Siyasi Komisyon Raportörü Avusturyalı L. Steiner ve onun beraberindeki heyetinde "Türkiye İncelemeleri' ile neyi amaçladıklarını şimdiden söylemek mümkündür. Eğer gerçekten Steiner ve diğerleri cuntanın Avrupa Konseyi'nden atılmasını isteseydiler, bunun için özel olarak Türkiye'ye gitmelerine bile gerek yoktu. Çünkü gerek Türkiyeli, gerekse de yabancı anti-faşist ve demokratlar çeşitli dillere dayanarak cuntanın azılı bir demokrasi ve insan hakları düşmanı olduğunu defalarca ispatladı ve hala da çeşitli somut gelişmelere ilişkin somut bilgileri ileri sürmekteler. Öte yandan bu yönde Uluslararası Af Örgütü de çeşitli somut bilgiler verdi.

İşte bu nedenle Avrupa Konseyi Siyasi Komisyonu Raportörü Steiner ve diğer heyet üyelerinin bu gezileri ile amaçladıkları faşist cuntanın Türkiye'de "demokratikleşme" yönünde adım attığı, insan haklarının çiğnenmediğini nakaratını tekrarlamak olacaktır. Çünkü gerek Türkiyeli, gerekse de diğer uluslardan anti-faşist ve demokratlar Kenan Evren faşist cuntasının Avrupa Konseyi'nden atılması talebini ileri sürdü ve hala da sürmekteler. Cuntanın Konsey'de kalmasını sağlamak için bir takım "demokratikleşme adımlarının atıldığı'' ispatlanması gerekir. Bunun içinde Konsey Heyeti'nin Türkiye'ye gitmesi ve "gelişmeleri yerinde incelemesi gerekmektedir! Yoksa başka nasıl cuntanın "demokratikleşme adımlarını attığını ispatlayabileceklerki!

Avrupa Konseyi heyetinin hangi amaçla Türkiye'ye gittiğini ve Türkiye'den hangi amaçla döneceğini Avrupa Konseyi'nin Hukuk Komisyonu Raportörü Dr. H. Bardens aşağıdaki şu sözleri ile çok açık bir şekilde dile getirmektedir. "Avrupa Konseyi'nin çoğunluğu Türkiye'nin üyeliğine karşıdır. Bu nedenle Konsey de Türkiye lehine bir karar çıkartabilmemiz için Türkiye'den kesinlikle olumlu izlenimlerle dönmemiz gerekmektedir..."

Heyetle birlikte Türkiye'ye giden H. Bardens'in yukarıdaki sözleri bile kendilerinin neden Türkiye'ye gittiğini çok açık bir şekilde ortaya koymaktadır. Demekki üst tarafta ortaya koyduğumuz gibi, heyet her şart altında cuntanın " demokrasi yanlısı olduğunu ve demokratikleşme adımlarını attığını" daha incelemelerine yapmadan kendilerine amaç edinmişler. Ve heyetin bu hafta cuma günü Türkiye'den geriye döndüğünde, niçin Türkiye'ye gittikleri ve hangi izlenimlerle ger döndükleri yönünde yapacakları açıklamalarda bizim yukarıdaki görüşlerimizi doğrulayacaktır.

Bu nedenle Türkiyeli ilerici, anti-faşist ve demokratlar demokrasinin azılı düşmanı faşist cuntanın teşhirini daha dahızlandırmalı ve ocak sonunda Avrupa Konseyi, Türkiye'nin üyeliğinin devam edip etmemesi konusunda kesin karar alma yönünde adım atacağından dolayı, Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması talebini daha da yükseltmelidirler! Bu yönde talebin Konsey'in oturumu dolayısıyla tekrardan gündeme gelmesi nedeniyle faşist cunta somut propaganda, ajitasyon vb. araç gereçlerle teşhir edilmelidir.

Kahrolsun askeri faşist cunta!
Türkiye Avrupa Konseyi'nden çıkarılmalıdır!

Faşist VSBD Berlin'de de katliam hazırlığı yapmaktadır!

BATI BERLİN. — Kelimenin tam anlamıyla bir katil çetesi ve militan neo-faşist bir birlik olan "VSBD" (Almanya Halk Sosyalist Hareketi) giderek çeşitli eyaletlerde de çeteler kurmaktadır. Batı Berlin'de VSBD'nin Eyalet Birliğini kurmak isteyen neo-faşist çetelerde 7 Ocak'ta çeşitli tipte silahlar ve faşist propaganda materyalleri ele geçirildi.

Batı Berlin Polisi 7 Ocak sabahı yaptığı seri ev aramalarından 16 ile 19 yaşları arasında olan 12 Batı Berlinli gencin evlerinde bıçak, dövme aletleri, 26 kapsül, eski ve yeni basılmış olan çeşitli dergi, gazete, plak vb. faşist propaganda materyelleri ele geçirdi. Öte yandan ev aramalarının ardından, VSBD'nin Batı Berlin Eyalet Birliği'ni kurmak isteyen faşistlerin tutuklanıp tutuklanmadıkları bile belli değil. Devlet makamları bu konuda bilgi vermeyi reddetmekteler. Ayrıca Batı Berlin'de faşistlerde ele geçirilen silahlar onların yeni bir katliam hazırlığı yaptıklarının bir göstergesidir.

VSBD'li faşistlerin giriştikleri katliamlar ve saldırıları bilinmesine, kendilerinde silah, patlayıcı madde ele geçirilmesine rağmen, Batı Alman devleti bu faşist çeteleri dağıtmak yerine, onları katliamlara teşvik etmekte ve bu faşist çeteleri kendi siyasi amaçları uğruna kullanmaktadır.

Bu nedenle yeni yılda faşist örgüt, parti ve çetelerin yasaklanması ve dağıtılması için sürdürdüğümüz mücadele bir atılım kazanmalıdır!

(„Mordet die VSBD auch in Berlin?")

HAFTANIN YORUMU

Batı Almanya ve Batı Berlin'de yayınlanan tüm burjuva basınında enternasyolan alanda kendini meşrulaştırmaya çalışan ve bu yönde göstermelik bir takım "demokratikleşme" adımları atan Türkiye gibi faşist cunta tarafından yönetilen bir ülkenin üzerine hiç bir yazının yayınlanmaması dikkatleri çekmektedir.

Türkiye'deki Kenan Evren faşist cuntasının işkencehaneleri, ordunun estirdiği terör, giriştiği kitlesel katliam ve sendikacılara, anti-faşistlere ve komünistlere karşı sürdürdüğü kitlesel davalar üzerine artık basında bir tek kelime dahi yer almamaktadır. Öte yandan beşli generaller çetesinin tarafsızlığını göstermeye yönelik olan Türkeş'in "duruşması" üzerine de son zamanlarda basında haberler yer almamaktadır. Burjuva basının her gün sayfalarını dolduran haberler ise sadece sosyal faşist Jaruzelski cuntası. Batı Almanya'daki burjuva basınında özellikle de kapitalistlerin amaçlarına uygun olduğu derecede de sendikacılara karşı sürdürülen kitlesel davalara, Polonya işçilerinin direnişine yer verilmektedir. Elbette bunlarla birlikte Sovyet sosyal emperyalizminin elebaşısı Brejnev'in Polonya'da gerçekleştirilen darbe ile ilişkisinin seviyesi üzerine de haberler basında yer almaktadır.

Polonya'dan dolayı Türkiye unutuldu mu?

Burjuva basını kapitalistlerin çıkarlarını uygun derecede Polonya askeri cuntası üzerine haberler yayınlarken, buna karşılık, revizyonist DKP ve onun siyasi etkisi altında bulunan örgütler ise Polonya askeri sosyal-faşist diktatörlüğüne övgüler dizmekte ve onun işçi sınıfına karşı saldırılarını haklı çıkarmaya çalışmaktalar; nasıl ki Türkiye'deki faşist cuntanın borazanı gerici ve faşist Türk burjuva basını Türkiye'de her şeyin "normale dönüştüğünü" yansıtmaya çalıştılarsa, bugün aynı nakaratı DKP Polonya için tekrarlamaktadır. Ayarıca DKP'li revizyonistler önceleri Türkiye'deki faşist cunta üzerine bir iki yuvarlak haber verirken ve cuntanın "faşist olmadığını" ılan ederken, bugün ise birden bire Türkiye'deki cunta üzerine sık sık haber yayınlamaktalar.

Görüldüğü gibi her iki bloğun, yani hem Varşova Paktı'nın hem de NATO'nun siyasi temsilcileri karşılıklı olarak birbirlerinin askeri cuntalarını hedeflemekteler. Bugün Batı Almanya basınında Türkiye üzerine haberlerin yer almaması, olayların gelişimi açısından tamamen açık olan bir şeydir. Çünkü Batı Alman emperyalizmi tarafından Türkiye'deki faşist cuntaya yapılan yardım, güncelliğini giderek yitirmeye başladığı bir dönemde, Polonya sorunu gündeme geldi.

Gercek bir komünistin, bir işçinin gerek Polonya'daki gelişmelere gerekse de Türkiye'deki gelişmelere bakış açısı hem revizyonistlerinkinden hem de gerici ve faşistlerinkinden farklı olmalıdır. İşçilerin katledildiği, sendikaların yasaklandığı, tüm demokratik hakların ortadan kaldırıldığı ve sendika elemanlarının tutuklandığı bir ülkede, ismi ne olursa olsun, işçi düşmanı bir yönetimin iktidarda olduğu demektir. Ve burada bir faşist cuntanın desteklenip, diğerinin mahkum edilmesinin söz konusu olmadığı gibi, aynı şekilde birbirine karşı harekete geçip diğeri göz ardı etmekte söz konusu değildir.

Bu nedenle her türlü eylemde, gericilerin ve faşistlerin Jaruzelski cuntasına karşı olmaları ve Türkiye'deki cuntayı desteklemeleri, buna karşılık DKP'nin ise düne kadar "faşist olmadığını" ileri sürdüğü Türkiye'deki cuntayı bugün hedefleyip ve Polonya'daki sosyal-faşist cuntayı desteklemesi arasında sadece bağ kurulmamalı, tam tersi bu iki görüşünde arkasında yatan amaçlar ortaya konmalıdır. Yani her iki cuntaya karşı da tavır belirlenmeli, gerek Polonya'daki askeri cuntanın destekçileri, gerekse de Türkiye'deki cuntanın destekçilerine karşı açık bir siyasi hat izlenmelidir.

Partimiz KPD emperyalizmin her türlüsüne ve onun billurlaşmış ifadesi olan faşizme karşı açık bir siyasi hat izlemektedir. Gerçekleştirilen darbeler ister sosyalizm maskesi isterse de parlamenter demokrasi vb. maskeler altında olsun, her ikisininde hedefi aynıdır. Yani işçi sınıfını, onun sendikal hareketini ve öncüsünü tasviye etmek. ***Kahrolsun Türkiye'deki faşist cunta!***
Kahrolsun Polonya'daki sosyal-faşist cunta!

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.